

Erziehung und Wissenschaft

Herkunft Religion **Tabu**
Unterschiede Zerissenheit
Toleranz **Islam** STIGMA
Identität Zukunft Möglichkeiten
Respekt **Ausgrenzung**
Chance **Debatte** Arbeit
Leben Verschiedenheit
Hautfarbe **Vorbild** **Kultur**
Gemeinsamkeit **Familie**
Feindseligkeit **Integration**
Freunde *Heimat* Anderssein
Auswanderung **SCHULE** **Freiheit**

Polemik nicht mit Wissen verwechseln

Im „New Yorker“ vom 9. April 1938 erschien eine klassische Witzzeichnung von Peter Arno. Aus einem fahrenden Cabriolet beugt sich ein Tourist mit Tropenhelm hinunter zu einem Turbanträger, der am Straßenrand kniet und die Hände vor sich auf dem Boden ausgestreckt hat. Im Hintergrund sieht man ein Ensemble schmuckloser Kuppelbauten mit einem freistehenden Turm. Der Autofahrer will vom Einheimischen wissen: „Hey Jack, which way to Mecca?“ Aus dem Gesichtsausdruck des Beters, der in seiner Verrichtung gestört worden ist, spricht nicht Zorn, sondern Verwunderung. Dieses ein-

fachste Grundwissen hätte er dem Ungläubigen dann doch zugetraut: dass zum Gebet des Muslims die Gebetsrichtung gehört, die Ausrichtung auf Mekka. Arnos Scherz ist menschenfreundlich: Das Blatt illustriert, dass es einen Zusammenhang zwischen Toleranz und Ignoranz geben kann. Der Besucher aus dem reichen Westen benimmt sich zwar grob unhöflich. Er merkt gar nicht, dass er den Ortskundigen im Gebet unterbricht. Aber im Verzicht

auf Floskeln der Gesprächsanbahnung, in der informellen Anrede verrät sich die optimistische Annahme, dass alle Menschen eine große Familie bilden. Wenn jeder Passant sich mit dem Allerweltsnamen Jack anreden lässt, ist ein weltbürgerlicher Zustand gegeben. Der motorisierte Mekkapilger aus Neugier weiß wohl nicht, dass nur Muslime die Geburtsstadt des Propheten betreten dürfen. In Deutschland sind Kenntnisse über den Islam heute weit verbreitet. Der Koran ist im Internet zugänglich und wird längst nicht nur von Christen studiert, die sich mit dem Gedanken der Konversion tragen. Wo eine Moschee gebaut werden soll, werden die Bauherren auf den Bürgerversammlungen mit Fragen nach einzelnen Suren konfrontiert. Der Buchmarkt hat einen neuen Typus des Bestsellers hervorgebracht: das dezidiert islamkritische Sachbuch. Nur sehr naive Aufklärer glauben, dass mit dem Wissen automatisch die Toleranz Fortschritte macht. Wenn man sich besser kennt, sieht man auch Unterschiede und Risiken besser. Fragen nach isla-

mischen Rechtstraditionen, die menschenrechtswidrige Unsitten begünstigen, müssen Muslime sich gefallen lassen. Sie beschreiben es gerne als Vorteil, dass es im Islam kein zentralbürokratisches kirchliches Lehramt gibt, und tatsächlich liegt darin eine Affinität zum liberalen Individualismus. Dann sollten sie uns aber auch erläutern, mit welchen argumentativen Ressourcen sie frauenfeindliche Auslegungen der koranischen Offenbarung entkräften können.

Umgekehrt neigen die Konsumenten der unterschiedlichen Islamkritik dazu, höchst polemische Deutungen mit gesichertem Wissen zu verwechseln. Da wird die Gebetsrichtung zum Beweis dafür, dass alle Muslime verpflichtet seien, für die Errichtung eines Weltstaats mit der Hauptstadt Mekka zu kämpfen. Politisches Wissen nimmt im öffentlichen Gebrauch die Gestalt von Formeln an, die man sich merken kann. Die nachgebetete Formel blockiert aber irgendwann die Erkenntnis: Diese Erfahrung gehört zur Dialektik der Aufklärung, deren Partei die Islamkritik ergreifen möchte. So ist auch der Gemeinplatz, „der“

Islam habe „die“ Aufklärung nicht erlebt, selbst zum Vorurteil geworden. Der Preis der kämpferischen Gewissheit ist eine schreckliche Vereinfachung unseres Selbstbilds. Islamkritiker verbreiten, auch im Abendland habe das freie Denken gegen die Kirchen erkämpft werden müssen. Sie verkennen, wieviel religiöse Unruhe ins säkulare Projekt der Selbsterkenntnis des Menschen eingegangen ist. Und sie wollen nicht sehen, dass der Islam als konsequenter Eingottglaube mit egalitärem Menschenbild seinen Platz in einer Weltgeschichte der Aufklärung hat. In dieser Religion ohne Klerus ist der einzelne Gläubige von Anfang an gehalten, das Verbindliche am eigenen Verstand zu prüfen. Islamkritik tut not. Sie verdient den Namen der Kritik aber erst, wenn sie Muslime als denkende Menschen betrachtet. Fünfmal täglich hat der Muslim sein Gebet Richtung Mekka zu sprechen, und auch beim fünften Mal sollte er sich dabei etwas gedacht haben.

Patrick Bahners, Feuilletonchef der Frankfurter Allgemeinen Zeitung



Foto: dpa

Patrick Bahners



Ein sommerliches Spielvergnügen:
Zum Dank für jedes im Mai
geworbene GEW-Mitglied erhalten
Sie ein Bouleeset. Mit Zielkugel und
Maßband in Nylonnetui. Viel Spaß
wünscht Ihre GEW.

Impressum

Erziehung und Wissenschaft Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung · 63. Jg.

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im Deutschen Gewerkschaftsbund.

Vorsitzender: Ulrich Thöne.

Redaktionsleitung: Ulf Rödde.

Redaktion: Helga Haas-Rietschel.

Redaktionsassistent: Renate Körner.

Postanschrift der Redaktion:

Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M.,

Telefon (0 69) 7 89 73-0, Telefax (0 69) 7 89 73-2 02.

Internet: www.gew.de

Redaktionsschluss ist der 10. eines jeden Monats. Erziehung und Wissenschaft erscheint elfmal jährlich, jeweils am 5. des Monats mit Ausnahme der Sommerferien.

Gestaltung: Werbeagentur Zimmermann, Hedderheimer Landstraße 144, 60439 Frankfurt
Druck: apm AG, Kleyerstraße 3, 64295 Darmstadt.

Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich Euro 7,20 zuzüglich Euro 11,30 Zustellgebühr inkl. MwSt. Für die Mitglieder der Landesverbände Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saar, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen werden die jeweiligen Landeszeitungen der E&W beigelegt. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung: Stamm Verlag GmbH, Goldammerweg 16, 45134 Essen, Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller, Tel. (02 01) 8 43 00-0, Telefax (02 01) 47 25 90, anzeigen@stamm.de; www.erziehungundwissenschaft.de, gültige Anzeigenpreisliste Nr. 37 vom 1. 1. 2009, Anzeigenschluss ca. am 5. des Vormonats.

E&W wird auf 100 Prozent chlorfrei gebleichtem Altpapier gedruckt.



ISSN 0342-0671



Foto: Canan Topcu

„Herkunft ist ein großes Wort ...“ meinen junge Migrantinnen und Migranten. Sie äußern sich über kulturelle Identität, über Gemeinsamkeiten und Unterschiede. Sie reden darüber, dass es nervt, immer nach „dem Islam“ gefragt zu werden. Und entgegenen: „Macht euch doch selbst ein Bild!“ Sie fordern von der Mehrheitsgesellschaft Akzeptanz der Vielfalt. Denn: „Wir sind so verschieden wie ihr!“ Sie wehren sich dagegen, als „Muslima“ oder „Muslim“ etikettiert zu werden. Und spüren Feindseligkeit. Doch auch für den Islam und seine Kritiker gilt: „Polemik darf Wissen nicht ersetzen.“ Respekt und Toleranz gebieten differenziertes Denken. Schwerpunkt „Identität und Integration“ **ab Seite 6**

Liebe Kolleginnen,
liebe Kollegen,

herzlichen Dank für Eure, Ihre fast durch die Bank positiven Reaktionen auf die Gründung der Stiftung „Fair Childhood“, mit der die GEW Jungen und Mädchen aus Kinderarbeit befreien und ihnen den Besuch von Bildungseinrichtungen ermöglichen will (s. Schwerpunkt der April-Ausgabe der „Erziehung und Wissenschaft“ sowie E&W-extra „Fair Childhood“). Vielen Dank auch an alle Kolleginnen und Kollegen, die mit ihrer Spende bereits jetzt einen Beitrag für den Erfolg des ersten Projekts der Stiftung geleistet haben. Noch in diesem Jahr soll der Startschuss fallen, um rund 100 Mädchen von den Baumwollfeldern Indiens zu holen und ihnen einen Platz in einer Brückenschule zu beschaffen. Am 12. Juni ist der „Welttag gegen Kinderarbeit“. Ein Anlass, sich mit dem Thema in den Bildungseinrichtungen auseinanderzusetzen. Um Eure, Ihre Arbeit zu unterstützen, hat die E&W-Redaktion Material zusammengestellt (s. S. 41). Weitere Infos findest Du, finden Sie auf der Website von „Fair Childhood“ unter: www.fair-childhood.eu und im GEW-Shop: www.gew-shop.de. Auf der „Fair Childhood“-Homepage kannst Du, können Sie auch online spenden (Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft, Kontonummer: 375 188 0 188, BLZ: 700 20 500). Herzlichen Dank für Deine, Ihre Unterstützung.

Ulf Rödde

Redaktionsleiter der „Erziehung und Wissenschaft“

Gastkommentar

Polemik nicht mit Wissen verwechseln Seite 2

Impressum

Seite 2

Auf einen Blick

Seite 4

Prämie des Monats

Seite 5

Titel: Identität und Integration

1. „Herkunft ist ein großes Wort ...“ Seite 6
2. „Wir sind so verschieden wie ihr“ Seite 10
3. Interview mit Hatice Akyün:
„Keine Entweder-Oder-Identität“ Seite 12
4. „Wir sind anders – aber gleich“ Seite 15
5. Ist Herr Özer ein toller Kumpel? Seite 18
6. Heimatsuche im Netz Seite 20
7. Kommentar zur Islamkonferenz: „Wir haben geredet“ Seite 22

Tarifpolitik

1. Mitgliederbefragung: 82,9 Prozent Zustimmung Seite 23
2. Mitgliederdiskussion: „Nicht kampflös“ Seite 23

Bildungspolitik

1. Deprofessionalisierung: Die „Heilsbringer“ kommen Seite 25
2. Bildungspaket: das Bürokratie-Monster Seite 26

Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit

1. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse:
Und am Wochenende wird gekellnert Seite 30
2. Kampagne gegen Fristverträge:
„Flexible Personalpolitik“ Seite 32
3. FES-Studie: Benachteiligte Jungs? Seite 34

E&W-Hintergrund Atomausstieg

1. Interview mit Michael Sailer:
„Es gibt keinen Rest beim Risiko“ Seite 35
2. „Fahrplan für die Energiewende“: Das Ende naht Seite 36
3. Energiebilanz verbessern:
„Frankfurter Modell setzt Maßstäbe“ Seite 37
4. Interview mit Norbert Rehner:
„Energie ist Thema in allen Fächern“ Seite 38

Hochschule

1. Interview mit Wilhelm Achenpöhler:
Freier Zugang zum Master Seite 39

Gesellschaftspolitik

1. GEW-Kommentar zum Euro-Plus-Pakt:
„Wer nicht spurt ...“ Seite 40

GEW-Stiftung „Fair Childhood – Bildung statt Kinderarbeit“

1. Materialien und Aktionsvorschläge:
„Alles Schoko – oder was?“ Seite 41
2. Alternativer Vertrieb:
Schoko-Genuss ohne Beigeschmack Seite 42

Leserforum

Seite 43

Recht und Rechtsschutz

Seite 44

Diesmal

Seite 48

Titel: Werbeagentur Zimmermann

Lehrstellen: Angebot nicht zufriedenstellend

Wirtschaftsaufschwung und geburtenschwache Schulabgängerjahrgänge haben zwar die Chancen bei der Lehrstellensuche deutlich verbessert. Das zeigt der aktuellen Berufsbildungsbericht, den Bundesbildungsministerin *Annette Schavan* (CDU) Anfang April dem Kabinett vorgelegt hat. Fakt ist allerdings auch: 2010 blieb jeder dritte Jugendliche, der eine Lehrstelle wollte, ohne Ausbildungsvertrag. Fakt ist außerdem: Fast 1,5 Millionen junge Menschen zwischen 20 und 29 Jahren haben in Deutschland keinen Berufsabschluss und befinden sich auch nicht in Qualifizierungsmaßnahmen. 46 Prozent der Betroffenen haben einen Migrationshintergrund. Dies geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion hervor. Wenn die Unternehmen nicht mehr Ausbildungsverträge anbieten wollen oder können, müsse der Staat einspringen. Das sei sinnvoller als Jugendliche in den Warteschleifen des Übergangssystems zu „parken“ und diese mit viel Geld als Notlösungen zu finanzieren, kommentierte *Stephanie Odenwald*, GEW-Berufsbildungsexpertin, die aktuelle Lage am Ausbildungsmarkt. Die GEW schlägt vor, die vollzeitschulische Ausbildung auszubauen, um mehr Jugendlichen einen qualifizierten Berufsabschluss zu ermöglichen.

„Weimarer Aufruf“: 8000 Unterschriften

Den „Weimarer Aufruf für Mindestlohn in der Weiterbildung“, den die GEW im vergangenen Herbst startete, haben 8000 Menschen unterschrieben. Die Initiatoren der Aktion fordern von der Bundesregierung weiterhin die allgemeine Verbindlichkeit des Branchentarifvertrages. Mit einem Mindestlohn für gewisse Teilssegmente der Weiterbildung geben sie sich nicht zufrieden.

Initiiert hatten den Aufruf die Personalreferenten für Weiterbildung der GEW-Landesverbände Thüringen und Hessen, *Uwe Roßbach* und *Hans-Georg Klindt*. Im Herbst vergangenen Jahres lehnte Bundesarbeitsministerin *Ursula von der Leyen* (CDU) eine Erklärung zur allgemeinen Verbindlichkeit des Tarifvertrages für Weiterbildung mit der Begründung eines „mangelnden öffentlichen Interesses“ ab.

GEW-Beitrag wird angepasst

Nach längerer Auseinandersetzung stand in der Tarifrunde für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder das Ergebnis fest (s. *E&W* 4/2011): Das Tabellenentgelt wird ab 1. April 2011 um 1,5 Prozent angehoben. Dazu kommt eine Einmalzahlung von 360 Euro im Mai 2011.

Der monatliche Mitgliedsbeitrag für Angestellte, die nach dem Tarifvertrag der Länder (TV-L) bezahlt werden, erhöht sich daher rückwirkend ab April 2011 entsprechend; auch die Einmalzahlung wird einmalig bei der Beitragsberechnung zum 1. Juni berücksichtigt. Für 2012 sind folgende Gehaltserhöhungen vereinbart worden: Das Tabellenentgelt wird ab 1. Januar um 1,9 Prozent plus 17 Euro erhöht.

Petra Grundmann, Schatzmeisterin der GEW

Politische Bildung: Kahlschlag verhindern

„Für den Haushalt des Bundesbildungsministeriums (BMBF) ist erneut eine deutliche Steigerung vorgesehen“, frohlockte

Bundesbildungsministerin *Annette Schavan* (CDU) Ende 2010. Die schwarz-gelbe Bundesregierung ist stolz darauf, zwar insgesamt weniger Geld auszugeben, jedoch nicht bei der Bildung zu kürzen. Doch das ist nur die halbe Wahrheit und betrifft lediglich den Haushalt des BMBF. Anders bei der politischen Bildung: Sie wird vom Innenministerium oder wie die politische Jugendbildung vom Familienressort finanziert. In beiden Fällen drohen den Trägern bereits 2011 kräftige Einbußen. In der Initiative „Demokratie braucht politische Bildung“ haben sich daher viele Träger zusammengeschlossen, um den Kahlschlag zu verhindern. Dass die Bundeszentrale für politische Bildung in diesem Jahr 1,55 Millionen Euro weniger überwiesen bekommt, konnte sie zwar nicht verhindern. Immerhin wird diese Kürzung um knapp fünf Prozent aber nicht ganz an die Träger weitergegeben. Ein winziger Teilerfolg. Ohne öffentlichen Druck werden weitere Einschnitte kaum zu verhindern sein.

Berliner Lehrerprotest

Ältere Berliner Lehrkräfte lassen sich ihre zunehmende Arbeitsbelastung nicht mehr gefallen. Über 3000 Lehrerinnen und Lehrer haben am 5. April ihre Arbeit niedergelegt und damit ein Zeichen gesetzt, das der Senat nicht übersehen kann.



Foto: Christian v. Polentz

Rose-Marie Seggelke, Anfang April noch Vorsitzende der GEW Berlin: „Die Lehrkräfte haben deutlich gemacht, dass sie – falls es aus dem Haus des Bildungssenators keine anderen Signale gibt – zu weiteren Aktionen bereit sind“. Der Landesverband hofft, dass Bildungssenator *Jürgen Zöllner* (SPD) seine strikte Ablehnung der Altersermäßigung überdenkt. Beharre *Zöllner* auf seiner Position, dass Berlin als einziges Bundesland eine zeitliche Entlastung älterer Lehrkräfte nicht benötigt, will die GEW weitere Proteste organisieren.

ne zeitliche Entlastung älterer Lehrkräfte nicht benötigt, will die GEW weitere Proteste organisieren.

Personalia

Mit einer deutlichen Mehrheit von 95 Prozent wählten die rund 200 Delegierten des 7. ordentlichen Gewerkschaftstages der **GEW Sachsen** die 56-jährige Wirtschaftshistorikerin *Sabine Gerold* erneut zur Landesvorsitzenden.

Erstmals in ihrer Geschichte hat die **GEW Berlin** in ihrer Landesdelegiertenversammlung Ende April drei gleichberechtigte Vorsitzende an die Spitze gewählt: *Sigrid Baumgardt* (52), Studienrätin, bisher Redakteurin der Landeszeitung *BLZ*, *Hartmut Schurig* (51), Lehrpersonalratsvorsitzender, sowie *Doreen Siebernik* (42), Erzieherin und Gesamtfrauenvertreterin. Die bisherige Vorsitzende *Rose-Marie Seggelke* stellte sich nach sechsjähriger Amtszeit nicht wieder zur Wahl.

Gele Neubäcker ist erneut zur Vorsitzenden der **GEW Bayern** gewählt worden. Auf der Delegiertenversammlung vom 24. bis 26. März in München gewann die 56-jährige Grundschullehrerin erneut das Vertrauen der etwa 200 Delegierten. Neubäcker führt den bayerischen Landesverband seit 2008.

Mitmachen lohnt sich...

...für jedes neu geworbene GEW-Mitglied erwartet Sie ein Bouleset.



Prämie des Monats Mai

Bouleset – Sechs Stahlkugeln mit Zierkugel und Maßband im Nylonetui

Antrag auf Mitgliedschaft

Ihr Mitgliedsbeitrag:

- BeamtInnen zahlen 0,75 Prozent der Besoldungsgruppe und -stufe, nach der sie besoldet werden.
 - Angestellte zahlen 0,7 Prozent der Entgeltgruppe und Stufe, nach der vergütet wird.
 - Der Mindestbeitrag beträgt immer 0,6 Prozent der untersten Stufe der Entgeltgruppe I des TVöD.
 - Arbeitslose zahlen ein Drittel des Mindestbeitrages.
 - Studierende zahlen einen Festbetrag von 2,50 Euro.
 - Mitglieder im Referendariat oder Praktikum zahlen einen Festbetrag von 4 Euro.
 - Mitglieder im Ruhestand zahlen 0,66 Prozent ihrer Ruhestandsbezüge.
- Weitere Informationen sind der Beitragsordnung zu entnehmen.

E+W-Prämie des Monats Mai 2011 / Bouleset

Vorname/Name _____

Straße/Nr. _____

Land/PLZ/Ort _____

Geburtsdatum/Nationalität _____

Bisher gewerkschaftlich organisiert bei _____ von _____ bis _____ (Monat/Jahr)

Telefon _____ Fax _____

Jedes Mitglied der GEW ist verpflichtet, den satzungsgemäßen Beitrag zu entrichten und seine Zahlungen daraufhin regelmäßig zu überprüfen. Mit meiner Unterschrift auf diesem Antrag erkenne ich die Satzung der GEW an und ermächtige die GEW zugleich widerruflich, den von mir zu leistenden Mitgliedsbeitrag vierteljährlich von meinem Konto abzubuchen. **Prämienberechtigt sind GEW-Mitglieder, die ein beitragszahlendes Mitglied werben. Der Landesverband Niedersachsen nimmt nicht an diesem Programm teil.**

Ort/Datum _____ Unterschrift _____

E-Mail _____

Berufsbezeichnung/-ziel _____ beschäftigt seit _____ Fachgruppe _____

Name/Ort der Bank _____

Kontonummer _____ BLZ _____

Tarif-/Besoldungsgebiet _____

Tarif-/Besoldungsgruppe _____ Stufe _____ seit _____

Bruttoeinkommen € monatlich (falls nicht öffentlicher Dienst) _____

Betrieb/Dienststelle/Schule _____ Träger des Betriebes/der Dienststelle/der Schule _____

Straße/Nr. des Betriebes/der Dienststelle/der Schule _____ PLZ/Ort _____

Beschäftigungsverhältnis

- Honorarkraft
- angestellt
- beamtet
- teilzeitbeschäftigt mit _____ Prozent
- teilzeitbeschäftigt mit _____ Std./Woche
- in Rente/pensioniert
- Altersteilzeit
- befristet bis _____
- arbeitslos
- beurlaubt ohne Bezüge
- im Studium
- in Elternzeit
- Referendariat/ Berufspraktikum
- Sonstiges _____

Bitte den Antrag vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt a. M.
Fax: 069/78973-102

Vielen Dank!
Ihre GEW

Daten des Werbers

Ich habe die oben genannte Person als neues GEW-Mitglied geworben.

Vorname/Name _____

Straße/Nr. _____

PLZ/Ort _____

GEW-Landesverband _____

Telefon _____ Fax _____

E-Mail _____

„Herkunft ist ein großes Wort ...“



Was heißt Heimat für dich?



Wo bist du zuhause?



*Was bedeutet dir deine
Herkunft, deine Religion,
die Kultur deiner Eltern?*



*Fühlst du dich wohl in
Deutschland?*



*Fünf Porträts von Jugendlichen aus Berlin,
Niedersachsen, Hessen und Hamburg*

„Wickel dein Handtuch ab, Mädchen“

Asya Zaher, 21, Palästinenserin, Azubi für Kauffrau Bürokommunikation, Berlin, Vater Tischler, Gelegenheitsarbeiter, Mutter Hausfrau

„Als ich meinen Ausbildungsplatz zur Kauffrau für Bürokommunikation beim Bundesverband deutscher Stiftungen bekam, hatte ich zum ersten Mal das Gefühl: Hey, jetzt bin ich echt integriert. Meine Eltern sind Palästinenser und vor 30 Jahren aus dem Libanon nach Berlin gekommen. Ich bin in Neukölln geboren und hier mit sechs Geschwistern aufgewachsen. Ich fühle mich auch als Deutsche, wir sind hier herzlich angenommen worden. Die Lehrkräfte an der Rütli-Schule haben mich auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz enorm unterstützt. Und nun habe ich meinen Traumjob gefunden.“

Und doch gab es immer wieder Momente, in denen ich mich als Migrantin empfand. Vor allem als ich jünger war. In der Grundschule entschied ich mich, ein Kopftuch zu tragen. Der Direktor war massiv dagegen. Immer gab es Ärger, er verbot mir, das Tuch mit Sicherheitsnadeln zu befestigen. Im Sommer gab es blöde Kommentare auf der Straße von älteren Erwachsenen: ‚Wickel dein Handtuch ab, Mädchen.‘ Weinend bin ich dann nach Hause gelaufen. Ich trug es trotzdem weiter. Als Zeichen, dass mir meine Religion wichtig ist. Mein Vater hat mir freie Wahl gelassen. Die Entscheidung dafür hat mich selbstbewusster gemacht. Ich bin stolz, dass ich, die Zweitjüngste, Vorbild für meine älteren Schwestern war. Heute tragen sie alle das Kopftuch.

Herkunft ist ein großes Wort. Für mich bedeutet es zweierlei: erstens die Familie. Ohne sie wäre ich verloren. Wir haben ein tolles Verhältnis, jeden Freitag kommen meine Geschwister mit ihren Familien, wir essen gefüllte Auberginen, Weinblätter, gute arabische Küche. Zweitens mein Land, Palästina. Es lebt in unseren Herzen fort, und das muss es auch, weil es politisch nicht existent ist. Als ich vor zwei Jahren da war, habe ich mich sofort zu Hause gefühlt. Leben würde ich dort gerne, aber es ist ja Krieg. Ich habe aber auch eine ‚deutsche Seite‘.



Foto: Asya Zaher

Asya Zaher

Ich fühle mich wohl hier, meine Verwandten leben im Kiez. Und ich finde es toll, dass Bildung in Deutschland so wertgeschätzt wird, fast mehr als Geld.“

„Heimat ist für mich hier“

Nenad Orsos, 18, Serbe, 10. Klasse Kepler-Sekundarschule, Berlin-Neukölln, Vater LKW-Fahrer, Mutter Hausfrau

„Vor acht Jahren sind meine Eltern vor dem Krieg aus Serbien nach Deutschland geflohen. Wir kamen zuerst ins Asylbewerberheim im sächsischen Freiberg. Sechs Jahre haben wir dort gewohnt. Erst war das komisch, weil ich kein Wort Deutsch verstand. In der Integrationsklasse ging es aber allen so. Meine besten Freunde stammten aus dem Iran und der Türkei. Vor zwei Jahren bekamen wir unsere Aufenthaltserlaubnis. Meine Eltern sind geschieden, meine Mutter wollte mit meinem jüngeren Bruder und mir nach Berlin, weil sie hier Verwandte hat.“

Serbien? Daran erinnere ich mich kaum noch. Nur, dass wir in der Schule immer denselben Lehrer hatten, hier haben wir mehrere. Oder an das Fernsehprogramm. Trickfilme für Kinder liefen

dort nur am Wochenende. In Deutschland gibt es das den ganzen Tag auf Kika und Super RTL.“

Heimat ist für mich hier. Ich bin sehr zufrieden. Halb fühle ich mich serbisch, halb deutsch. Die christlich-orthodoxe Religion bedeutet mir viel. Feste wie Weihnachten oder Ostern werden bei uns intensiv gefeiert. An Deutschland mag ich die Pünktlichkeit, die Zuverlässigkeit. Mir ist es wichtig, ebenfalls pünktlich und zuverlässig zu sein. Gerade büffle ich für den Mittleren Schulabschluss. Gute Noten sind mir wichtig, das hat uns meine Mutter beigebracht. Ich habe ein gutes Zeugnis und bin der erste aus beiden zehnten Klassen, der eine Lehrstelle als Einzelhandelskaufmann ergattert hat. Die Bewerbungen waren hart, dafür habe ich extra meinen Fußballverein aufgegeben. Bald will ich mit einem Kumpel wieder anfangen zu spielen. Vergangenes Jahr sind wir sogar nach Kroatien gefahren. Das war seltsam. Straßenschilder in meiner Sprache (Kroatisch ähnelt dem Serbischen), Menschen, die genauso reden wie wir. Und die Atmosphäre war dort offener, spontaner. Das hat mir gut gefallen. Aber unsere Familie ist schon sehr deutsch geworden. Vergangenes Wochenende wollten uns Bekannte besuchen. Wir haben gewartet, aber sie kamen nicht. In Serbien wäre das nichts



Foto: Nenad Orsos

Nenad Orsos

Besonderes. Die Serben sind eben spontaner. Doch meine Mutter ist richtig sauer geworden: ‚Wieso können die nicht anrufen und Bescheid sagen?‘ Typisch deutsch, oder?“

„Weißrussland ist weit weg“

Katja Azorina, Weißrussin, 14, 8. Klasse, Helene-Lange-Gymnasium Hamburg, Vater Ingenieur, Mutter Sozialpädagogin

„Mit acht Jahren bin ich mit meinen Eltern und beiden Schwestern nach Deutschland gekommen. Weil meine jüdischen Großeltern von den Nazis verfolgt worden sind, sind wir als Aussiedler aufgenommen worden. Ich erinnere mich noch gut an die Unsicherheit in unserer Familie. Wie würde das neue Leben sein? Ein halbes Jahr lang haben wir in einem Hamburger Aussiedlerheim gewohnt, zu fünft in zwei Zimmern. Küche und Bad mussten wir mit

sechs anderen Familien teilen. Ungeohnt. Aber eigentlich war es schön dort.

Nach einem halben Jahr sind wir in eine eigene Wohnung gezogen und ich konnte mit meiner jüngeren Schwester von der Integrationsklasse auf eine normale Grundschule wechseln. Aus einem anderen Land zu kommen, war in dieser Schule nichts Besonderes. Viele hatten keine deutsche Herkunft, die meisten stammten aus der Türkei. Erst im Gymnasium habe ich mich als Ausländerin gefühlt. Es lag in einem besseren Wohnviertel, außer mir waren nur drei andere Kinder nichtdeutscher Herkunft. Am Anfang haben die Schüler oft gefragt: Woher kommst du? Warum hast du so einen Akzent? Mittlerweile hat sich das gelegt, auch weil ich perfekt Deutsch spreche.

Für mich ist Weißrussland total weit weg. Seit wir ausgewandert sind, war ich nicht mehr da. Klar, wir kochen und sprechen russisch in der Familie. Das finde ich schön. Aber ich fühle mich mehr als Deutsche. Vielleicht auch ein

„Mach dir dein eigenes Bild“

Ayten Bulduk, 19, Kurdin, Abiturientin, Gesamtschule Gießen-Ost, Vater Kleinbauer, Mutter Hausfrau

„Im Kindergarten hatte ich kaum Freunde. Wie auch. Ich sprach kein Deutsch. Meine Eltern sind vor 25 Jahren als ‚Gastarbeiter‘ aus dem kurdischen Teil der Türkei hierher gekommen, meine Mutter hatte nicht mal die Schule besucht. Ich habe fast nur mit meinen sechs Geschwistern gespielt. In der Grundschule verstand ich am Anfang kaum etwas, zum Glück gab es Lehrkräfte, die mich unterstützten. In der Klasse waren Kinder aus vielen Nationen, manche sprachen sogar Englisch. Wow, dachte ich, es gibt ja noch mehr Sprachen. Damals fing ich an, mich auch für Deutsch zu interessieren.

In der Realschule haben wir ‚Kanak Sprak‘ gesprochen, Türkendeutsch. Ich war vorlaut, habe mit Schimpfwörtern um mich geworfen. Erst in der Oberstufe in Gießen hat sich das geändert. Das war der Wendepunkt in meinem Leben. Die anderen haben mich akzeptiert, wie ich war. Und mich ernsthaft beiseite genommen: Ayten, so geht das nicht mit der Sprache. Erst war ich sauer, dann habe ich mich geschämt und gemerkt – ich muss etwas tun. Ich habe knallhart gelernt und eine Freundin gebeten, mich zu korrigieren.

Es stört mich, dass so viele aus meinem Land sagen, ‚Deutschland ist Scheiße‘. Ist doch Quatsch. Was mir meine Eltern von der Türkei erzählen, ist nun wirklich keine Alternative. Dort gibt es nicht mal Meinungsfreiheit. Hier ist das anders. Es ist toll, wie offen und tolerant die Menschen sind. Natürlich treffe ich auch welche, die sagen: ‚Muslime sind



Foto: Katja Azorina

Katja Azorina



Foto: Ayten Bulduk

Ayten Bulduk (links) mit Freundin

alle Terroristen.' Aber das ist nicht die Mehrheit. Trotzdem ist mir meine Herkunft sehr wichtig. Ich liebe das tolle kurdische Essen, die ausgelassenen, lauten Feste, die Musik, die bunten Gewänder. Natürlich gibt es immer schwarzen Tee und Wassermelonenkerne, wenn Gäste kommen. Seit ich mehr mit deutschen Freunden

zusammen bin, habe ich mich von meinen Landsleuten etwas abgewendet. Ich bin jetzt beides, kurdisch und deutsch. Bin immer noch laut und lache viel. Aber ich sage auch ‚Moin‘ zur Begrüßung und gehe mit meinen deutschen Freundinnen ins Café, über Jungs plaudern. Das hätte ich mich früher nicht getraut. Abends weggehen, einen Freund haben – das geht nicht bei uns.

Aber das ist mir egal. Und wenn mich andere Kurden ansprechen, warum ich kein Kopftuch trage, zitiert er den Koran. Der sagt, Frauen sollten ein Kopftuch tragen, sie müssten es aber nicht. Nach dem Abi will ich Polizistin werden oder Luftfahrttechnik studieren. Mit Kopftuch wäre das unrealistisch. Trotzdem liegt mir die Religion sehr am Herzen. Aber das geht keinen etwas an. Moslems, Christen, Juden, dahinter steht für mich ohnehin derselbe Gott. Manch einer fragt mich, wie ist das denn bei euch Kurden? Dann lade ich sie zu uns nach Hause ein: ‚Mach dir dein eigenes Bild. Das tue ich umgekehrt doch auch.‘“

„Ich fühle mich eher am Rande“

Eren Yilmaz, 15, Türkei, 9. Klasse, Integrierte Gesamtschule Linden, Hannover-Linden, Vater Logistikleiter, Mutter Verkäuferin

„Wenn ich bei meinen deutschen Freunden übernachtete, stelle ich fest: Die sind anders als wir. Die Familie isst meist nicht zusammen am Tisch, zum Abendessen machen sich meine Freunde Brote, sperren sich in ihren Zimmern ein und gucken fern. Unsere Lebensart ist anders. Die Fa-

milie unternimmt viel gemeinsam. Meine Eltern, meine beiden Brüder und ich reden viel miteinander, es ist warmherziger. Jeden Abend essen wir zusammen, oft sind meine Cousinen und Cousins zu Besuch, die Mütter kochen, es ist eine lebendige große Runde. Das gefällt mir.

Aber es stört mich nicht, dass die Deutschen das anders machen. Ich verstehe mich einwandfrei mit ihnen, Unterschiede merke ich sonst nicht. Höchstens beim Grillen. Weil ich als Moslem kein Schweinefleisch esse, nehmen wir im Sommer eben zwei Grills mit. Die deutschen Eltern lassen ihren Kindern allerdings mehr Freiheiten. Das finde ich toll. Ich muss immer pünktlich zu Hause sein, das ist doof. Überhaupt habe ich einen großen Respekt vor der Freiheit, die hier gelebt wird. Wenn ich mal heirate, werde ich meine Frau niemals zwingen, ein Kopftuch zu tragen. Sie hat die Wahl, sich zu entscheiden. Das habe ich von den Deutschen gelernt.

Zum Glück haben Deutsche und Türken nicht mehr so einen Stress miteinander wie vor 30 Jahren, als mein Vater hierher kam. Klar gibt es welche, die sagen ‚mach dich aus dem Staub, du Ausländer‘, aber viele sind wirklich in Ordnung. In den vergangenen zwei Jahren war die Stimmung mal etwas feindlicher. Das hat sich wieder gelegt. Heute hätte Hitler hier keine Chance mehr.

Bei uns in der Klasse gibt es immer mehr, die so denken wie ich. Vor einer Weile gab es noch öfter Zoff zwischen türkischen und deutschen Jugendlichen. Jetzt ist es richtig brüderlich geworden. Ich habe dazu auch einiges beigetragen. Früher war ich anders. Immer in Schlägereien verwickelt. In der siebten Klasse drehten einige meiner türkischen Kumpels voll ab, rauchten und so. Ich hatte damals einen Notendurchschnitt von 4,5. Da war mir klar, dass ich etwas ändern muss. Heute habe ich einen Schnitt von 3,0 und viele deutsche Freunde. Ich gucke optimistisch in die Zukunft. Trotzdem fühle ich mich nicht mitten in der Gesellschaft, eher am Rande. Es gibt immer noch Junge und Alte, die auf uns Türken herabschauen. Ich bin stolz, ein Türke zu sein. Wenn ich auch nicht unbedingt in der Türkei leben wollte. Das würde ich nicht packen, dort gibt es zu wenig Freiheit. Wenn mich jemand anfährt: ‚Scheiß Türke‘, gehe ich hoch. Wenn er mich ‚Scheiß Kartoffel‘ beschimpfen würde? Das würde mich nicht jucken.“

Aufgezeichnet von Anja Dilk, freie Journalistin



Foto: Eren Yilmaz

Eren Yilmaz

Ob mit oder ohne Kopftuch: Junge muslimische Frauen sind selbstbewusst und zielstrebig. Ihre Zukunftswünsche ähneln denen ihrer herkunftsteutschen Altersgenossinnen.



Foto: imago

„Wir sind so verschieden wie ihr“

Selbst- und Fremdwahrnehmung der „Muslim-Girls“

Filme, Bücher oder Dokumentationen erzählen oft Geschichten junger muslimischer Frauen, die misshandelt, zur Verhüllung oder zur Ehe gezwungen werden. Doch dieses öffentlich und medial vermittelte Bild entspricht nicht deren Selbstwahrnehmung. Viele wehren sich gegen die gängigen Klischees – wie E&W-Autorin Sineb El Masrar.

Wer mit halbwegs offenen Augen durch die Welt geht, stellt fest, dass wir jungen Frauen aus muslimischen Familien genauso unterschiedlich sind wie unsere herkunftsteutschen Altersgenossinnen. Es sind die gleichen Themen, die uns bewegen:

Wir verfolgen mit derselben Aufmerksamkeit die Diskussion über die Frauenquote oder die Debatte über die deutsche Atompolitik. Unsere Zukunftswünsche ähneln denen andersgläubiger oder nichtreligiöser junger Frauen. Vielleicht sind wir ehrgeiziger. Laut einer Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung von 2006 („Das Kopftuch – Entschleierung eines Symbols?“) haben 70 Prozent der Kopftuchträgerinnen den Anspruch, in ihrem Leben beruflich etwas erreichen zu wollen. Das gilt lediglich für 35 Prozent nichtmuslimischer Frauen. An der Universität, in der Schule, in der Ausbildung oder im Beruf kann jede und jeder sehen, wie selbstbewusst, fröhlich und zielstrebig wir sind – ob mit oder ohne Kopftuch. Statt uns aber mit anderen über Gesundheit, Bildung oder Politik auszutauschen, sind wir gezwungen, immer

fort unsere Befindlichkeit als „Frauen im Islam“ zu erklären: Woher wir stammen, warum wir ein Kopftuch tragen oder keins, und ob wir zuhause starkem familiären Druck ausgesetzt sind? Solche Fragen empfinden viele von uns als ausgrenzend. Denn wir wollen Anerkennung, Entfaltung und Bildungschancen – wie andere auch.

„Wir-Gefühl“ entwickelt

Das Problem: Es fällt offensichtlich vielen Deutschen nicht nur schwer zu akzeptieren, dass eine Muslima sehr wohl ohne Gewissenskonflikt ein selbstbestimmtes Leben führen kann. Genauso wissen viele hierzulande vermutlich nicht, dass Mädchen und Frauen, nur weil sie aus muslimischen Elternhäusern stammen, nicht automatisch Gläubige sind und den Koran befolgen. Wenn wir dann, ohne dass wir es sind oder sein

* Quelle: Arbeitsbericht und Expertise im Auftrag der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, FH Köln, 2007.

wollen, einfach als Muslima etikettiert werden, ärgert uns das. Bei vielen von uns hat sich daher, auch wenn wir selber dem Islam fernstehen, ein „Wir-Gefühl“ entwickelt: Plötzlich sind wir „Muslim-Girls“ geworden. Dabei ist das, was wir wollen, ganz einfach: Dass die Mehrheitsgesellschaft Vielfalt wie Individualität innerhalb einer religiösen, ethnischen oder kulturellen Gruppe wahrnimmt, respektiert und Unterschiede gelten lässt. Ein Recht, das in einer Demokratie allen zusteht.

Fesseln lösen

Wer aber Differenz in der Betrachtung und Akzeptanz des Andersseins fordert, gerät nicht selten in den Verdacht, die Probleme, die es in der Tat unter Muslimen gibt, zu verleugnen. Dieser Verdacht ist aber nicht gerechtfertigt. Sicher, Ehrenmorde, Zwangsehen oder auch Kopftuchzwang für Mädchen kommen in muslimischen Familien vor. Aber sie machen doch nur einen äußerst kleinen Teil der Wirklichkeit aus. Darüber, dass solche Vorfälle nicht nur menschenrechtlich, sondern auch theologisch nicht legitimiert sind, wird seit langem innerhalb der muslimischen Gemeinschaft offen gesprochen.

Auch Aktivistinnen, die sich für die Rechte unterdrückter Frauen engagieren, gibt es auf muslimischer Seite. Allerdings kämpfen die Muslima der zweiten Migrantengeneration heute genauso wie herkunftsdeutsche Frauen vor allem mit der Doppelbelastung, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen, wenn keine Großeltern oder Verwandten in der Nähe wohnen, um sie bei der Kinderbetreuung zu entlasten. Eingeschränkte Pflegebetreuung und ungeschultes interkulturelles Pflegepersonal beanspruchen die Töchter älterer Migranten zusätzlich.

Manch ein „Muslim-Girl“ oder eine Muslima ist allerdings konfrontiert mit Freunden oder Ehemännern, die sich als unfähig zur Partner- oder Vaterschaft erweisen. Meine Kritik richtet sich aber zunächst einmal an uns Frauen. Muslima sind an der Unterdrückung ihrer Töchter nicht unschuldig. Denn sie verhalten sich gegenüber den Söhnen viel zu

großzügig, gewähren ihnen sexuelle Freiheiten, die sie ihren Töchtern nicht im selben Maß erlauben und fördern so ein Paschaverhalten. Die manchmal in muslimischen Kreisen zu beobachtende verächtliche Haltung älterer Muslima gegenüber den jungen Schwiegertöchtern ist nur die Kehrseite des Verhättscheln männlicher Jugendlicher. Solche familiären Fesseln sind aufzubrechen. Dazu bedarf es vor allem mehr Aufklärung innerhalb der muslimischen Gemeinschaft.

Trotzdem ist die Emanzipation der Töchter türkischer, afghanischer, iranischer und arabischer Einwanderer erheblich voran geschritten. Und sie ist umso bemerkenswerter, weil sie meist ohne große Unterstützung der Familie oder des schulischen Umfeldes gelungen ist. Denn noch immer werden junge Muslima in der Schule oder auf dem Ausbildungsmarkt benachteiligt. Noch immer ist ihr sozialer Aufstieg mit Hindernissen verbunden. Und doch finden zahlreiche junge Frauen durch Ehrgeiz und Zielstrebigkeit einen Weg zum beruflichen Erfolg. Zum Beispiel, indem sie sich beruflich selbstständig machen. Allein über 18 000 Betriebe werden hierzulande von aus der Türkei stammenden Frauen geführt.* Wenn ihre ausländischen Abschlüsse als Ärztin, Biologin oder Chemikerin nicht anerkannt werden, drücken sie noch einmal die Schulbank oder arbeiten in anderen Berufszweigen. Ihr Kampfgeist scheint ungebrochen.

Akzeptanz der Vielfalt

Fest steht: Die deutsche Gesellschaft braucht mehr Weitblick und Akzeptanz der Vielfalt, wie sie sich in den Lebensmodellen jüngerer Frauen nichtdeutscher Herkunft widerspiegelt. Denn: Wir sind so verschieden wie ihr! Und: Wir haben keine Angst vor dem Wandel. Er gehört für uns zur Normalität. Hätte die Mehrheitsgesellschaft weniger Angst vor Veränderung, wäre es für sie einfacher, das „Fremde“ anzunehmen, voneinander zu lernen und auch kulturelle Differenzen besser zu verstehen.

Sineb El Masrar, gelernte Erzieherin und Kauffrau, gründete 2006 das einzige multikulturelle Frauenmagazin „Gazelle“



**Meine Empfehlung:
Jetzt mit 0 Aufwand
zum 0 Gebühren-Konto
wechseln.**

Sie wechseln, wir kümmern uns darum: Von der Auflösung Ihres bisherigen Kontos über alle Daueraufträge bis hin zu sämtlichen Benachrichtigungen – schnell, reibungslos und selbstverständlich kostenlos. www.sparda.de



Sparda-Banken

freundlich & fair

Lohn-/Gehalts-/Rentenkonto für unsere Mitglieder bei Erwerb eines Genossenschaftsanteils in Höhe von 52,- Euro mit attraktiver Dividende.

X Ja, ich will mit 0 Aufwand zum 0 Gebühren-Konto. Bitte senden Sie mir Informationen.

0b 5

Der Weg zu den Sparda-Banken ist einfach: Coupon ausfüllen und einsenden an die Serviceagentur der Sparda-Banken, Postfach 108, 66781 Wadgassen, Fax 0 68 34 / 94 20-45

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon (tagsüber)

„Keine Entweder-Oder-Identität“

Interview mit der Journalistin und Buchautorin Hatice Akyün



Foto: dpa

Hatice Akyün

E & W: Frau Akyün, in einem Interview haben Sie mal geäußert, „mein Herz ist deutsch, meine Seele türkisch“. Und in Ihrem Beitrag „Heimat“ im „Manifest der Vielen“* haben Sie geschrieben: „Sich manchmal deutsch zu fühlen, bedeutet nicht, seine Identität aufzugeben.“ Was meinen Sie damit?

Hatice Akyün: Die deutsche Politik hat sich lange sehr schwer damit getan zuzugeben, dass Deutschland de facto ein Einwanderungsland ist. Deshalb konnten unsere Eltern uns Gastarbeiterkindern nie das Gefühl vermitteln, dass wir ein Teil dieses Landes sind und dazugehören. Und so sind wir mit einer „Entweder-Oder-Identität“ aufgewachsen: Entweder man war türkisch oder eben deutsch. Als Kind habe ich immer auf die Frage, woher ich komme, geantwortet: Ich bin Türkin, weil meine Eltern aus der Türkei stammen. Und selbst als unsere Familie einen deutschen Pass erhielt, fiel es mir im Alltag immer noch schwer, einfach zu sagen, ich bin Deutsche. Sofort kam die Nachfrage, du siehst gar nicht deutsch aus, woher kommen deine Eltern ursprünglich? Oder auch, woher kommst du wirklich? Eine prägende Erfahrung meiner Kindheit war die: Es hat nie genügt, einfach nur Deutsche zu sein. Erst seitdem ich erwachsen bin, weiß ich, ich kann beides sein. Irgendwann habe ich für mich entschieden, ich lebe nicht mehr in einer Entweder-Oder-Identität, sondern in einer „Und-Identität“ – ich bin Deutsche und Türkin oder andersherum, ich bin Türkin und Deutsche.

E & W: Ist das egal, wie herum Sie das sagen?

Akyün: Völlig egal. Ich genieße ja den Vorteil, zwischen beiden Identitäten hin- und herzuswitchen – das empfinde ich als einen kulturellen Mehrwert, der mein Leben bereichert. Zwischen „zwei Stühlen“ habe ich mich nie gesehen. Mein Gefühl war immer: Ich lebe „in“ zwei und nicht „zwischen“ zwei Welten. Ein wesentlicher Unterschied.

E & W: Wenn man Sie als Deutsche mit Migrationshintergrund bezeichnet, wie reagieren Sie?

Akyün: Ich fühle mich damit nur neu etikettiert. Das ist das Problem. Ich bin jetzt 41 Jahre alt und wohne seit meinem dritten Lebensjahr in Deutschland. Dieses Land hat mich geprägt – sozial und kulturell. Natürlich kenne ich die Türkei, aber nur durch Urlaube. Aber in all

den Jahren, die ich in Deutschland gelebt habe, bin ich oft etikettiert worden. Das fing früh an. Als Kind war ich das Gastarbeiterkind, mein Vater war als Gastarbeiter aus Anatolien hierher gekommen. Nur in Duisburg-Marxloh, wo ich in einer Bergarbeitersiedlung aufgewachsen bin, war es anders.

E & W: Erzählen Sie!

Akyün: Hier war ich während meiner Schulzeit einfach nur die Bergmannstochter. Wir waren alle Bergarbeiterkinder, alle haben zusammengelebt, Deutsche, Türken, Polen, Jugoslawen, Italiener. Verbunden hat uns, dass unsere Väter im Bergwerk gearbeitet haben. Das änderte sich in den 1990er-Jahren. Da war ich auf einmal die „Türkin“, selbst an der Uni. Dann kam das Etikett „Mensch mit Migrationshintergrund“. Im Moment bin ich sehr oft die „Muslima“ und in einer Situation, in der ich häufig spezielle Fragen zum Islam beantworten muss, obwohl ich nicht religiös bin und den Koran auch nicht sonderlich gut kenne.

E & W: Migrationshintergrund – hat das für Sie einen negativen Beigeschmack?

Akyün: Zunächst einmal ist das ein sehr hölzerner und schwammiger Begriff. Ich weigere mich auch, vom Migrations„hintergrund“ zu sprechen, wenn schon, dann besser: Migrations„vordergrund“. Ich habe nichts in den „Hintergrund“ zu stellen. Und wer entscheidet denn, dass das Deutsche mein Vordergrund und das Türkische mein Hintergrund ist?

E & W: Es fällt ja auf: Wir fragen einen Amerikaner, Spanier oder Japaner kaum nach seiner Herkunft und schon gar nicht nach seiner Religion, warum tun wir das eher bei Deutschen mit türkischen oder arabischen Wurzeln?

Akyün: Das hängt auch mit der Einstellung gewisser Politiker zusammen – die CDU z. B. hat bis vor einiger Zeit immer noch behauptet, Deutschland sei kein Einwanderungsland – und sicher auch mit dem, was gewisse Medien über „die Muslime“ so verbreiten. Wenn ich heute solche Parolen konservativer Politiker, etwa des neuen Bundesinnenministers Hans-Peter Friedrich (CSU) höre oder lese, der Islam gehöre nicht zur deutschen Gesellschaft, die Muslime aber wohl, sind das für mich mehr als sprachliche Spitzfindigkeiten. Dahinter verbergen sich Ressentiments, Ängste und Vorurteile. Es führt allerdings we-

der die Debatte weiter, noch verbessert es das Klima, wenn man darüber diskutiert, ob der Islam historisch gesehen diese Gesellschaft beeinflusst hat oder nicht. Faktisch ist es doch so, dass der Islam mit vier Millionen Muslimen, die hier leben, ein Teil Deutschlands geworden ist. Das wird nur nicht von allen gesellschaftlich anerkannt.

E & W: Wie haben Sie das in Ihrer Jugend erlebt?

Akyün: Als Heranwachsende war mir sehr bald klar: Es gibt eine Rangfolge unter den Ausländern. Es galt nie als „chic“, Türkin zu sein. Es war „chic“, Italienerin oder Spanierin zu sein. In der Uni habe ich deshalb manchmal auf die Frage nach meiner Herkunft geantwortet, ich bin Spanierin. Dann kam die Reaktion, „wow, Spanierin, Spanien ist ein tolles Land“! Sobald ich aber sagte, ich bin Türkin, reagierten die Mitstudierenden doch ziemlich verhalten.

E & W: Die Publizistin Hilal Sezgin, Herausgeberin des „Manifestes“, in einer nicht-religiösen Akademikerfamilie in Frankfurt am Main aufgewachsen, hat sich nie als Muslima begriffen. Sie war nicht religiös erzogen. Erst seit dem vergangenen Jahr sehe sie sich plötzlich in dieser Rolle. Selbst auf Stehpartys, so Sezgin, müsse sie bei Würstchen und Kartoffelsalat z. B. Fragen nach dem Dschihad** beantworten. Stehen Muslime nichtdeutscher Herkunft nun stärker unter Rechtfertigungsdruck?

Akyün: Außerhalb meiner Schulzeit gab es nur eine kurze Zeit in meinem Leben, in der ich nicht auf meine Herkunft angesprochen oder darauf festgenagelt worden bin, das war Ende der 1990er-Jahre. Durch den 11. September ist der Islam als Religion stark in das öffentliche Interesse gerückt. Und mit ihm die Angst vor Fundamentalismus und Extremismus. Das hat dazu geführt, dass der Islam und die Muslime mit sehr negativen Bildern assoziiert worden sind und immer noch werden: mit terroristischen Angriffen, Unterdrückung der Frauen, Zwangsheirat, Ehrenmorden, Steinigungen. Alles durcheinander gemixt. Und nicht nur an den Stammtischen. Mir ist es beispielsweise passiert, dass man mich bei einer Lesung fragte, warum in der Türkei Mädchen beschnitten werden. Kaum zu glauben! Ich habe zurückgefragt: Wie kommen Sie denn darauf? In der Türkei werden keine Mädchen

* Hilal Sezgin (Hrsg.): Manifest der Vielen. Deutschland erfindet sich neu. Blumenbar Verlag Berlin 2011, 232 Seiten, 12,90 Euro.

** Dschihad bedeutet etymologisch eine auf ein bestimmtes Ziel gerichtete Anstrengung. Im Koran und der Sunna bezeichnet dieser Begriff primär militärischen Kampf. Aus dem Koran geht nicht eindeutig hervor, ob es sich dabei um einen universellen Kampf gegen Andersgläubige handelt oder ob dieser Kampf nur defensive Ziele verfolgt.

Sie geben alles. Wir geben alles für Sie.

Mit Vorsorgelösungen,
die Sie in jeder Lebens-
phase absichern.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. **DBV**

Vorsorgelösungen

- Ganz auf Ihre Bedürfnisse und Ihre Berufsgruppe zugeschnitten
- Von der Existenzschutz-, Berufs- und Dienstunfähigkeitsversicherung bis hin zur Ruhestandsplanung

Als Spezialversicherer exklusiv für den Öffentlichen Dienst geben wir alles für Sie – und entwickeln Produkte, die speziell auf Ihre Bedürfnisse abgestimmt sind. So wie unsere Vorsorge-Lösungen. Lassen Sie sich jetzt von Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten.

**Mehr Informationen: www.DBV.de
oder Telefon 0 180 3 - 00 09 44*.**

*9 Cent aus dem deutschen Festnetz, Mobilfunk maximal 42 Cent, jeweils je angefangene Minute.



Ein Unternehmen der AXA Gruppe

beschnitten. Das ist dort verboten. Und, bitte: Was kann ich als Deutsche, die den Islam als Religion gar nicht praktiziert, zur Steinigung von Frauen im Sudan oder im Iran sagen? Das wäre ja genauso, als wenn man einen Katholiken fragte, warum in seiner Kirche so viele Kinder missbraucht worden sind?

E & W: Sie schreiben „Ich habe zum ersten Mal den Gedanken gefasst, dass ich nicht hier bleiben kann, dabei ist Deutschland meine Heimat. Ich kann gar nicht woanders leben.“ Sind Sie trotzdem auf dem Absprung?

Akyün: Vielleicht. Aber das hat nichts mit meinem Heimatgefühl zu tun. Duisburg ist die Stadt meiner Kindheit, meiner Jugend. Wenn ich künftig die Türkei als Lebensmittelpunkt wähle, wäre das kein Zurückgehen, sondern ein Auswandern. Nach Istanbul auszuwandern, um dort zu arbeiten, wäre ungefähr so, als wenn Sie nach Kanada emigrierten. Sicher, über die Sprache und die kulturellen Einflüsse meiner Familie habe ich eine enge Beziehung zur Türkei gewonnen, aber sie ist nicht meine Heimat. Der Grund, warum ich vielleicht in der Türkei leben will, liegt nicht darin, dass ich Deutschland nicht mehr liebe. Das bleibt meine Heimat, hier leben die Menschen, die mir am nächsten sind. Aber die Stimmung in diesem Land befremdet mich zunehmend.

E & W: Warum?

Akyün: Die Sarrazin-Debatte im vergangenen Jahr ist ja immer absurder geworden. Sie gipfelte schließlich in Sarrazins abstrusen Behauptungen, die pseudogenetisch die These von den „dummen Türken“ belegen sollten. Damals dachte ich an meine vierjährige Tochter und daran, was passiert gerade in dieser Gesellschaft? Wie kann ich mein Kind davor schützen, dass es nicht irgendwann von der Schule nach Hause



Duisburg-Marxloh:
„In meiner Duisburger Zeit war ich zuerst Duisburgerin, die Herkunft war unwichtig.“

Fotos: dpa

kommt und klagt, Mama, die sagen, ich bin dumm, weil ich Türkin bin. Oder anders formuliert: Ich möchte nicht, dass mein Kind in einer Gesellschaft aufwächst, in der es wieder salonfähig geworden ist, ausländischerfeindlich zu sein. Es herrscht im Moment ein Klima, in dem die öffentliche Meinung uns wieder in das „Wir“ und „Die“ spaltet. So vertieft die Gesellschaft kulturelle Gräben, anstatt Brücken zu bauen.

E & W: Wie haben Sie es früher erlebt?

Akyün: In meiner Duisburger Zeit war ich zuerst Duisburgerin, die Herkunft war unwichtig. Gastarbeiter und Einheimische sind sich auf Augenhöhe begegnet und haben respektvoll miteinander geredet. Diesen Respekt vermisste ich heute. Denn solange jemand die Gesetze des Landes achtet und mich nicht in meinem Leben einschränkt, habe ich doch nicht das Recht, ihm vorzuhalten, wie er zu leben hat, ob er z. B. ein Kopftuch tragen darf oder fünfmal am Tag in

die Moschee geht und betet oder nicht. Da muss Deutschland – und das sage ich auch mit Blick auf die Islamkonferenz, die Ende März stattgefunden hat (s. Seite 22) noch ganz viel lernen.

E & W: Erschreckt Sie dieser Mangel an Respekt?

Akyün: Ja. So unbehaglich habe ich mich nicht mal in den 1990er-Jahren gefühlt, als Asylbewerberheime brannten und die Häuser von Türken angezündet worden sind. Damals haben wir sehr viel Solidarität erfahren. Wir sind alle gemeinsam auf die Straßen gegangen, haben zusammen gegen Rassismus demonstriert, denn alle waren schockiert. Während der Sarrazin-Debatte habe ich ein solches solidarisches Verhalten wirklich vermisst. Das, was mir seitdem Angst macht, ist das große Schweigen vieler Menschen.

E & W: Sie sind eine der 30 Autorinnen und Autoren im „Manifest der Vielen“. Was war der Anlass für das Buchprojekt?

Akyün: Wir wollten klar signalisieren: Wir sind da! Auch wenn ihr, die Mehrheitsgesellschaft, die Augen verschließt und uns ignoriert, wir sind schon längst da. In dem Manifest schreiben sehr unterschiedliche Autorinnen und Autoren, Gläubige und Nichtgläubige. Uns verbindet lediglich, dass an uns allen das Etikett „Muslim“ oder „Muslima“ haftet. Daher wollten wir einfach den Facettenreichtum unseres Lebens darstellen, auch zeigen, wie unterschiedlich wir leben. Und wir wollten sagen: Schaut her, Deutschland „schafft sich nicht ab“, sondern es muss sich „neu erfinden“.

Interview: Helga Haas-Rietschel,
Redakteurin der
„Erziehung und Wissenschaft“



Istanbul: „Der Grund, warum ich vielleicht in der Türkei leben will, liegt nicht darin, dass ich Deutschland nicht mehr liebe.“

„Wir sind anders – aber gleich“

Gespräch mit einer 11. Gymnasialklasse aus Frankfurt

Das Goethe-Gymnasium in Frankfurt am Main ist ein Abbild der multikulturellen Gesellschaft – zumindest was die Zusammensetzung der Schülerinnen und Schüler betrifft. Mit Elftklässlern sprach E&W über Identität, Herkunft, Religion und Integration.

Emilia Galotti oder Nathan der Weise? Beide Werke Gotthold Ephraim Lessings stehen für den Deutschunterricht in der Sekundarstufe II zur Auswahl. Welcher der Texte, mit denen laut Lehrplan das Thema „Identität“ behandelt werden soll, eignet sich besser für Elftklässler? „Aufgrund aktueller Diskussionen über den Islam in Deutschland“ hat sich Silvia Agde-Becker für den „Nathan“ entschieden. Die Lehrerin unterrichtet am Frankfurter Goethe-Gymnasium eine 11. Klasse in Deutsch. Über Lessings Text gelingt es der erfahrenen Pädagogin, viele ihrer Schülerinnen und Schüler aus der Reserve zu locken. Was für ein heißes Eisen sie mit dem über 200 Jahre alten Werk angefasst hat, wird ihr aber erst im Unterricht klar. Denn es geht „elementar zur Sache“, kommt sogar zum Streit, als die Klasse über die Ringparabel und ihre Botschaft der religiösen Toleranz diskutiert.

Das Ergebnis überrascht die Pädagogin, die seit 32 Jahren im Schuldienst ist. Früher sei nicht so heftig über den Nathan diskutiert worden, seien die Schüler nicht so vehement für ihre Religion eingetreten, wie die Kontroverse zwischen Jugendlichen aus christlichen und muslimischen Elternhäusern zeigt. Einige muslimische Mädchen und Jungen sind überzeugt, dass der Islam die wahre Religion sei und dies alle anderen mit der Zeit auch

feststellen würden. Andere wiederum veranlasst die Lessing-Lektüre zum Nachdenken, ob es überhaupt möglich sei, Muslim zu sein und zugleich anderen Religionen gegenüber Toleranz aufzubringen. „Was bleibt denn bei so vielen Zugeständnissen an andere Religionen vom Islam übrig?“, fragt verunsichert ein aus Pakistan stammender Schüler. Ein Bart soll seine Zugehörigkeit zum Islam demonstrieren.

Wenn die Klasse vollständig ist, sitzen vor Agde-Becker 24 Mädchen und Jungen im Alter von 16 bis 18 Jahren mit Namen wie Ahmed, Asmir, Bafta, Deniz, Farhan, Mesut, Konrad und Judith. Nur drei sind Deutsche in dem Sinne, dass sie Angehörige der Mehrheitsgesellschaft sind; die anderen sind entweder als Kind mit den Eltern eingewandert oder – wie die meisten – hier geboren. Das Goethe-Gymnasium unweit des Frankfurter Hauptbahnhofs ist so etwas wie ein Mikrokosmos der Stadtgesellschaft: Die Schülerschaft setzt sich seit langem nicht mehr nur aus Töchtern und Söhnen Herkunftsdeutscher zusammen; ein nicht unerheblicher Teil hat Eltern, die aus Äthiopien, Bangladesch, Bosnien, Serbien, Tschechien oder der Türkei kommen. Religionszugehörigkeit und ethnische Herkunft waren bisher keine relevanten Themen, berichten die Schüler unisono. Weder im Unterricht, noch im Gespräch untereinander. Und wenn, dann bloß aus Jux, nicht um jemanden auszugrenzen.

Facette der Meinungen

Erst jetzt, in der 11. Klasse, sprechen sie in den Fächern Deutsch, Englisch und „PoWi“ (Politische Wissenschaft – Anm. d. Red.) über das, was die öffentlichen Debatten seit dem 11. September 2001 bestimmt: über Islam, Identität und Integration. Als im Herbst 2010

Die Deutsche Schule Bukarest sucht ab dem Schuljahr 2011/2012 Lehrerinnen und Lehrer!

Die Deutsche Schule Bukarest wurde vor 3 Jahren gegründet und besteht aus einer Grundschule / Gymnasium (1.-5. Klasse) und einem Kindergarten. Wir wachsen und entfalten uns stetig, ab dem nächsten Schuljahr wird es eine 6. Klasse geben. Wir verstehen uns als Begegnungsschule und legen Wert auf die individuelle Entfaltung der Persönlichkeit eines jeden Kindes in einem interkulturellen Dialog.

- * Sie verfügen über Fachkompetenz, Leidenschaft für ihren Beruf und haben Lust an dem Aufbau einer Schule mitzuwirken?
- * Sie sind teamfähig und selbstständig?
- * Sie sind neugierig auf interkulturelle Lernerfahrung?
- * Sie sind Muttersprachler/in Deutsch und haben gute Englischkenntnisse?

Wir suchen eine(n) Grundschullehrer/in und eine gymnasiale Lehrkraft mit den Fächern Mathematik, Englisch und Naturwissenschaften. Sie sollten bereit sein, sich mit überdurchschnittlicher Bereitschaft in die Arbeit mit den Schülerinnen und Schülern einzubringen und am Aufbau der Schule mitzuwirken!

Wir bieten eine für rumänische Verhältnisse überdurchschnittliche Bezahlung und Unterstützung bei der Suche nach einer Unterkunft.

Nehmen Sie Kontakt mit uns auf: Frau Tünde Imbeck
Tel. + Fax Rumänien: 0040 (0)21 210 60 70, e-mail: info@dsbu.eu

Verein zur Gründung und Förderung der Deutschen Schule Bukarest
Bucuresti, Str. Ancuta Baneasa, nr 8, Sector 2
www.dsbu.eu

Habichtswald-Klinik · Wigandstr. 1 · 34131 Kassel · www.habichtswaldklinik.de · info@habichtswaldklinik.de



In Mitten Deutschlands am Fuße des größten Bergparks Europas mit Herkules und Schloss Wilhelmshöhe sowie in direkter Nachbarschaft zu einer der schönsten Thermen liegt die

Habichtswald-Klinik

Fachklinik für Psychosomatik, Onkologie und Innere Medizin
Kassel - Bad Wilhelmshöhe

In ihrem Selbstverständnis als **Klinik für Ganzheitsmedizin** arbeitet die Habichtswald-Klinik auf der Ebene einer integrativen Betrachtung von Körper, Seele und Geist in einer Synthese aus Schulmedizin, Naturheilverfahren und komplementärer Therapien.

Die Klinik hat einen Versorgungsvertrag nach § 111 und ist nach § 30 GWO als beihilfefähig anerkannt. Bei den Gesetzlichen Krankenkassen ist die Habichtswald-Klinik als Rehabilitationsklinik anerkannt, bei den privaten Krankenversicherungen als „Gemischte Einrichtung“ die auch Akutbehandlungen gemäß OPS 301 durchführt. Die Beihilfestellen rechnen mit der Klinik den allgemeinen niedrigsten mit den Sozialversicherungsträgern vereinbarten pauschalen Pflegesatz ab.

- Psychosomatik
- Burnout
- Tinnitus
- Onkologie
- Innere Medizin
- Ayurveda-Medizin

Kostenloses Service-Telefon:
0800 / 8 90 11 00
Telefon Aufnahmebüro:
0561 / 3108 - 186, - 622



**Elftklässler des Frankfurter Goethegymnasiums:
„Freiwillig reden die Jugendlichen nicht über ihre Herkunft und ihr Verständnis kultureller Identität.“**



Fotos: Canan Topçtu

Thilo Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab“ Landauf, Landab für Kontroversen sorgte, griff der „PoWi-Lehrer“ die öffentliche Debatte auf. Konrad, einer der Herkunftsdeutschen, ist der Ansicht, „dass der Mann leider teilweise Recht hat“ mit seiner These, muslimische Einwandererfamilien integrierten sich nicht, ihre Söhne seien Machos. Einige aus der Klasse protestieren. „Ich weiß eigentlich nicht, was wirklich gemeint ist, wenn von Integration gesprochen wird“, entgegnet Deniz. Integration könne doch nichts anderes bedeuten, als dass jeder die geltenden Gesetze befolge. Der häufig angeführte schulische Misserfolg junger Migranten ist dem Sohn türkisch-kurdischer Eltern bekannt, aber: „Das hat doch vor allem damit zu tun, ob die Eltern gebildet sind oder nicht.“ Es sei eben ein Unterschied, ob man der Sohn einer deutschen Grundschullehrerin sei oder der einer türkischen Fabrikarbeiterin mit schlechten Sprachkenntnissen. Gerade Eltern aus einfachen Milieus wünschten sich doch meist eine bessere berufliche Zukunft für ihre Kinder, ist Deniz überzeugt. Die Facette politischer Meinungen spiegelt sich auch bei den Elftklässlern des Goethe-Gymnasiums wider. Ein Großteil der Schülerinnen und Schüler erklärt allerdings, dass die Frage

nach Integration nicht wichtig für sie sei: „Wir selbst haben eigentlich keine Probleme mit der Integration“, fasst es Farhan zusammen. Aber eben nur „eigentlich“, wie das Gespräch deutlich macht.

„Herkunft spielt keine Rolle“

„In meinem Freundeskreis spielt meine Herkunft keine Rolle“, wirft Judith in die Diskussion ein. Das, meint die Schülerin, hänge wiederum mit der Großstadt Frankfurt zusammen. Die Tochter nigerianischer Eltern erlebt Ausgrenzung und Ausländerfeindlichkeit aufgrund ihrer dunklen Hautfarbe zwar in Kleinstädten, nicht aber in der Mainmetropole. Farhan widerspricht und erhält Zustimmung von anderen, die wie er eine dunkle Hautfarbe haben: „Es sind vor allem ältere Erwachsene, die mich als Fremden behandeln.“ Dabei fühlt sich Farhan gar nicht fremd in Frankfurt. Obwohl er, dessen Eltern aus Bangladesch stammen, sich seiner Herkunft wohl bewusst ist und darüber redet, sofern er danach gefragt wird. Auch Ahmed, Sohn pakistanischer Einwanderer, ist seine Herkunft „eher egal“. „Mir nimmt bloß keiner ab, wenn ich sage, ich bin Deutscher, dabei besitze ich einen deutschen Pass.“ Um weitere Nachfragen zu vermeiden, sage er so

gleich, er kommt aus Pakistan. Eine ganz andere Antwort auf die Frage nach seiner Identität hat sich Farhan erarbeitet: „Ich bin ein ganz normaler Schüler, der in Deutschland aufgewachsen ist und noch nicht viel erlebt hat.“ Nicht zuletzt die Diskussion im Deutschunterricht habe ihm zu dieser Einsicht verholfen. Was ihn ausmache, bringt Ahmed wiederum so auf den Punkt: „Meine Identität ist ein Mix aus Kultur, Religion, Herkunft und Zukunftsperspektive.“ Wäre im Unterricht darüber nicht gesprochen worden, hätte er das „so klar“ nicht formulieren können, versichert er.

Freiwillig reden die Jugendlichen nicht über ihre Herkunft und ihr Verständnis von kultureller Identität, hat Lehrerin Agde-Becker festgestellt. Zeitgenössische deutschsprachige Literatur und Texte von Autorinnen und Autoren aus Migrantenumilieus könnten in dem Zusammenhang hilfreich sein, der Lehrplan sehe dies aber nicht vor. Aus Mangel an Alternativen versucht sie daher anhand älterer Texte mit den Schülern über das zu sprechen, was diese beschäftigt – z.B. ihre Religion. Nathan der Weise als Vehikel? „Die Jugendlichen konnten über die Lektüre indirekt über sich selbst sprechen“, begründet die Studiendirektorin ihr Vorgehen.

Dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, werde im Schulalltag und im Unterricht viel zu wenig berücksichtigt, bedauert Agde-Becker, die im Studienseminar als Ausbilderin für die Fächer Religion und allgemeine Pädagogik zuständig ist. Anders als für Grund-, Haupt- und Realschulen tauchten im Lehrplan für den Gymnasialbereich keine Unterrichtseinheiten rund um die Fragen nach religiöser und kultureller Identität sowie zum Begriff der Integration auf. Eine Ausnahme bilde das Fach Englisch; wenn Landeskunde auf dem Plan steht, beschäftigen sich die Schüler auch mit der multikulturellen Gesellschaft Großbritanniens.

„Die allermeisten Schulen haben kein pädagogisches Konzept für den Umgang mit unserer multiethnischen und multireligiösen Gesellschaft, obwohl sich diese Realität schon lange in den Klassenzimmern widerspiegelt“, so Agde-Becker. Das sei in der Lehrerbildung nicht anders.

Nicht alle in der Klasse wollen jedoch, dass im Unterricht über Integration, Identität und Herkunft gesprochen wird. Und das hängt weder von ihrer Re-

ligion noch von ihrer Ethnie, sondern von ihrem Geschlecht ab. Vor allem die Mädchen lehnen dies ab. Sie begründen es damit, dass ihnen das „Zerreden“ der Herkunft mehr Probleme bereite, als dass es sie weiterbringe. Die 17-jährige Hannah, Tochter herkunftsdeutscher Eltern, formuliert es so: „Wenn wir im Unterricht über kulturelle, ethnische oder religiöse Unterschiede oder Integration reden, entferne ich mich von den anderen, weil ich danach mehr auf die Unterschiede achte; ich möchte mich lieber auf die Gemeinsamkeiten konzentrieren.“ Asmir ist anderer Ansicht: „In unserer Klasse sind Schüler verschiedener Herkunft. Durch die Diskussionen über unsere unterschiedlichen Kulturen und Religionen ist mir klar geworden, dass die Politiker hierzulande sehr übertreiben. Wir sind zwar anders, aber wir sind auch gleich.“ Er, der als Sohn serbischer Migranten in Deutschland aufgewachsen ist, wolle sich weder zum Fremden abstempeln lassen, noch andere aus dieser Perspektive betrachten.

Canan Topçu, Redakteurin der „Frankfurter Rundschau“



Deniz (links) und Marko aus der 11. Klasse. Deniz: „Ich weiß nicht, was gemeint ist, wenn von Integration gesprochen wird.“

Ärgern Sie doch mal Ihre Oberstufe

Entwicklungspolitik ist langweilig, wenn sich alle einig sind. Die Armen werden immer ärmer, Wirtschaftswachstum ist die Basis jeder Entwicklung, mit mehr Entwicklungshilfe gäbe es auch keine Armut mehr. 20 solcher entwicklungspolitischer „Irrtümer“ greift ein neues Magazin des Welthauses Bielefeld auf. Auf jeweils einer Seite mit viel Bild und wenig Text werden These und Gegenthese erläutert, eine Einladung, alte Überzeugungen zu überdenken und sich eine eigene, differenziertere Meinung zu bilden. Vorschläge für Arbeitsaufgaben kommen hinzu. Das Lehrerheft (44 Seiten) ergänzt das Angebot – für Politik, SoWi, Erdkunde, und Religion.

Die alten Thesen stimmen nicht mehr.

25 farbige Magazine (24 Seiten) mit 20 entwicklungspolitischen Irrtümern und Denkanstößen.

Dazu ein Lehrerheft (44 Seiten) mit Hintergrundinformationen und Unterrichtsvorschlägen.

Preis für einen solchen **Klassensatz: 18,00 €** (zuzüglich Paket-Versandkosten).

Bezug:

Welthaus Bielefeld | 05 21 - 9 86 48-0 | info@welthaus.de

www.welthaus.de/publikationen-shop/



Ist Herr Özer ein toller Kumpel?

Aktuelle Studien zeigen: Der „Ausländer vom Dienst“ macht Schule nicht besser

Mehr als jeder vierte Schüler ist nicht-deutscher Herkunft, in Großstädten jeder zweite. Darüber, wie viele Lehrkräfte mit Migrationsgeschichte unterrichten, gibt es keine zuverlässigen Zahlen - Schätzungen gehen von einem bis fünf Prozent aus. Dass es mehr werden sollen, fordern Experten seit langem. Doch: Sind Einwanderer tatsächlich die besseren Lehrkräfte für Kinder aus Migrantenfamilien?

Viola Georgis Studie soll Anfang 2012 unter dem Titel „Vielfalt im Klassenzimmer“ im Waxmann Verlag erscheinen. Titel und Verlag von Carolin Rotters Habilitationsschrift stehen noch nicht fest.

Die Kultusminister setzen auf mehr Vielfalt unter den Lehrenden. Das ist auch das Ziel des „Bundesweiten Integrationsprogramm“ der Bundesregierung. Verbunden wird damit weit mehr als nur der Wunsch, die Gesellschaft in der Schule widerzuspiegeln. Die neuen Pädagoginnen und Pädagogen sollen Schüler mit Migrationshintergrund besser verstehen und deren Eltern leichter erreichen können. Sie sollen Vorbild sein und Schülern, die sich das sonst nicht zutrauen, zeigen: Seht her, das schafft ihr auch! Und sie sollen interkulturelle Perspektiven im Unterricht, besser noch im gesamten Kollegium, verbreiten. Aber können sie das alles? Zwei bisher unveröffentlichte Studien legen den Schluss nahe: Die Erwartungen sind überzogen. „Die Lehrer sind

zwar ein Schlüssel für mehr interkulturelle Kompetenz an Schulen“, erklärt die Berliner Erziehungswissenschaftlerin Viola Georgi, „ein Allheilmittel sind sie aber nicht.“ Die Herkunft allein, so Georgi, mache nämlich noch niemanden zu einem Experten in Interkulturalität: „Dazu gehören Handwerkszeug und eine solide Ausbildung, bei Lehrkräften mit wie ohne Migrationshintergrund.“

Konfliktschlichter

Für ihre Studie „Vielfalt im Klassenzimmer“ führte Georgi mit 60 Lehrkräften aus Migrationsmilieus Gespräche; weitere 200 füllten einen Fragebogen aus. Ein interessantes Detail zeigt bereits die erste Auswertung der Stichprobe: Die meisten dieser Lehrkräfte fand Georgi an Gymnasien – also dort, wo die wenigsten Migrantenkinder unterrichtet werden.

An anderen Schultypen stellte Georgi fest, dass Vermutung und Realität übereinstimmen: Lehrerinnen und Lehrer nichtdeutscher Herkunft sollen regelmäßig auch außerhalb ihrer Klassen Konflikte zwischen Kollegen und Schülern oder unter Schülern bzw. Schülergruppen schlichten. Dafür, sagt Georgi, bräuchte es allerdings mehr interkulturelle Kompetenz, als Menschen in die Wiege gelegt wird. Selbst dort, wo Pädagogen die ihnen zugeschriebene Sozialarbeiter-Rolle bereitwillig über-

nehmen, klagten viele über Überforderung sowie mangelnde interkulturelle Kompetenz im Kollegium.

Was Migranten nichtdeutscher Herkunft hingegen in den Unterricht einbringen, seien Sensibilität für die Mehrsprachigkeit und den Bildungserfolg von Kindern aus Einwandererfamilien. Zwei von drei gaben an, dass sie sich besonders für diese Schüler einsetzen; drei von vier, dass sie gezielt deren Selbstbewusstsein stärkten. Auch ein besonderes Vertrauensverhältnis zu Einwandererkindern attestierten sich viele. 65 Prozent erklärten, diese brächten ihnen mehr Vertrauen entgegen als anderen Lehrkräften; noch einige mehr waren überzeugt, ihre Herkunft spiele hierbei eine große Rolle.

Trugschluss?

Das könnte ein Trugschluss sein. Die Bochumer Erziehungswissenschaftlerin Carolin Rotter fand bei ihrer Habilitationsschrift keine Hinweise auf einen besonders „guten Draht“ zwischen Lehrenden und Schülern aus Migrationsmilieus. Stattdessen stellte sie bei Gesprächen mit rund 30 Schülern aus Migrationsmilieus an zwei Schulen in Nordrhein-Westfalen fest: „Solange ich nicht gezielt gefragt habe, wurde der Migrationshintergrund der Lehrkräfte überhaupt nicht erwähnt, weder positiv noch negativ.“ Auf die Frage „Was macht einen guten Lehrer aus?“ antworteten Schüler deutscher wie nichtdeutscher Herkunft ebenso wie Jungen und Mädchen: Humor, klare Ansagen, Kompetenz in der Stoffvermittlung. „Niemand sagte: ‚Der Herr Özer ist ein toller Kumpel!‘“, so Rotter. Überrascht habe sie das nicht: „Ein Lehrer ist für Schüler ein Lehrer, kein Freund“. Dazu passe, dass auch die interviewten Lehrkräfte mit ausländischen Wurzeln ihre Herkunft gar nicht thematisieren wollten. Immer wieder verwiesen sie darauf, „ganz normale“ Pädagoginnen und Pädagogen zu sein. Einer Kollegin, erzählt Rotter, sei es geradezu unangenehm gewesen, gleichsam „enttarnt“ zu werden. Einen deutlichen Hinweis geben beide Wissenschaftlerinnen jedenfalls schon vor Drucklegung ihrer Forschungsarbeiten: „Ein Ausländer vom Dienst‘ macht Schule nicht besser.“

Jeannette Goddar, freie Journalistin



Der „Migrationshintergrund“ der Lehrkräfte spielt für Schüler nichtdeutscher Herkunft offenbar kaum eine Rolle.

Foto: imago

Parkausweis beantragen oder
Verträge empfangen – ich nutze
jetzt den **E-POSTBRIEF**.

*Kommt immer gut an:
auf dem Computer ...*

... oder im Briefkasten.



Jetzt kostenlos registrieren unter:
www.epost.de

Der **E-POSTBRIEF** – Ihr Briefservice im Internet. Jetzt lässt sich vieles, wofür Sie bisher die Briefpost genutzt haben, auch auf schnellstem Weg online und papierlos erledigen.* Durch die persönliche einmalige Identifizierung der Nutzer per POSTIDENT-Verfahren sorgt der **E-POSTBRIEF** für sichere Kommunikation im Internet. Und nicht nur dort: Besitzt der Empfänger noch keine **E-POSTBRIEF** Adresse, drucken wir Ihre Mitteilung aus und stellen sie wie gewohnt auf dem Postweg zu.** Jetzt registrieren unter www.epost.de

* Innerhalb von Deutschland gegenüber für den **E-POSTBRIEF** registrierten Empfängern. Registrierung erst ab 18 Jahren. Der **E-POSTBRIEF** erfüllt keine gesetzl. oder vertragl. Regelungen zu besonderen Formerfordernissen (z. B. Schriftformerfordernisse). Nutzungsvoraussetzung: Handy mit Nummer eines dt. Mobilfunkbetreibers. Weitere Informationen zur Nutzung und zu Preisen des **E-POSTBRIEFES** unter www.epost.de

** Die Zustellung auf dem Postweg kann je nach Größe und Art des **E-POSTBRIEFES** aufpreispflichtig sein und ist auf eine Höchstanzahl von 96 Seiten beschränkt.

Deutsche Post 

Die Post für Deutschland.

Heimatsuche im Netz

Was das Social Web jungen Migranten ermöglicht

Internetportale wie Facebook, Twitter oder Windows Live Messenger sind heute allgegenwärtig. Junge Migrantinnen und Migranten gehören ebenso wie ihre deutschen Altersgenossen zu den häufigsten Nutzerinnen und Nutzern der Social-Web-Angebote. Online-Medien sind für sie pure Kommunikation. Und mehr.

Die Social-Web-Angebote sind eine besondere Chance, Gemeinschaftsgefühle zu entwickeln und die individuelle Identität sozial, politisch, aber auch kulturell zu verorten.

Für junge Migrantinnen und Migranten ist es völlig selbstverständlich, im Netz zu surfen. Das pauschale (Vor-)Urteil, wonach die Medienkompetenz von Jugendlichen aus Migrantenfamilien problematisch sei, ist längst widerlegt: Zwischen ihnen und ihren Altersgenossinnen und -genossen deutscher Herkunft ist keine „digitale Kluft“ festzustellen. Schaut man sich genauer an, wie Zuwandererfamilien das Internet aufsuchen, erweisen sich vor allem die Heranwachsenden als regelrechte „Medienexperten“. Häufig treffen sich Junge und Ältere im Kinderzimmer, um über das „Web“ Verwandte im Herkunftsland zu kontaktieren.

Bei dem kommunikativen „Netzwerken“ ist die jüngere Generation klar gegenüber ihren Müttern und Vätern im Vorteil. Während die Eltern die Online-Medien primär zur Informationssuche verwenden, sind sie für die Heranwachsenden pure Kommunikation, vor allem mit Gleichaltrigen. Durch Facebook, Windows Live Messenger und Co sind sie miteinander vernetzt – sei es mit Freunden und Bekannten aus Deutschland, aus dem Herkunftsland oder anderen Teilen der Welt.

Online-Präsenz im Alltag

Anzumerken ist jedoch: Die Chancen, sich das Potenzial von Online-Netzwerken zu erschließen, sind ungleich verteilt. Zum einen steht die Internet-Nutzung bei jungen Migrantinnen und Migranten in einem engen Verhältnis zur Bildung. Zum anderen geraten Mi-

grantinnen dabei oft ins Hintertreffen. Denn im Gegensatz zu ihren Altersgenossen sind sie oft schlechter mit den neuen Technologien ausgestattet. Hinzu kommt, dass Eltern bestimmter Kulturkreise der Online-Vernetzung ihrer Töchter durch Facebook und Schüler VZ eher skeptisch gegenüberstehen.

Für viele Zugewanderte bekommt die Beziehung zum Herkunftsland über Social-Web-Portale allerdings eine neue Qualität. Die Nachbarschaften in der alten Heimat sind für sie häufig in weite Ferne gerückt. Von den Gesprächen und dem Alltagsleben im dortigen Familien-, Freundes- oder Bekanntenkreis sind sie ausgeschlossen. Nur über die neuen Medien stehen sie miteinander im Kontakt. Früher hielt man sich durch Briefe und Festnetz-Telefonate auf dem Laufenden, heute ermöglicht das Internet einfachere und schnellere Formen der Kommunikation. Alltag, Kultur und Politik im Herkunftsland rücken wieder näher.

Unmittelbarer Dialog

Beliebt sind vor allem Internet-Anwendungen, mit denen sich zeitgleich kommunizieren lässt. Nach einer aktuellen Studie im Auftrag der Landesmedienanstalt Nordrhein-Westfalen (LfM) greifen jugendliche Migrantinnen und Migranten vor allem auf Chat- und Instant-Messaging-Programme zurück. Die bekanntesten heißen Windows Live Messenger und Skype. Diese ermöglichen nicht nur einen kostengünstigen, sondern auch einen unmittelbaren Dialog mit Freunden und Bekannten.

Ähnliches bieten auch Online-Netzwerke wie Facebook, die bei jungen Mi-

grantinnen und Migranten nicht minder populär sind. Sie unterscheiden sich von anderen Internet-Angeboten dadurch, dass der „User“ die Aktivitäten seiner Online-Freunde sofort mitbekommt. Die Facebook-Nutzer können so aktuell am Leben und an den Interessen ihrer Freunde teilnehmen, lesen und bewerten deren „Status-Meldungen“ oder begutachten deren Foto-Alben. Mehr als 750 Millionen Schnapshots wurden z. B. an den beiden Tagen des Neujahrs-Wochenendes auf der Facebook-Community hochgeladen – Aufnahmen, die den Nutzern das Gefühl vermitteln, unmittelbar am Leben ihrer Freunde beteiligt zu sein.

Der in Deutschland lebende Australier *Christopher**, Mitglied von Facebook, beschreibt dieses Phänomen: „Man bleibt miteinander im Gespräch, auch ohne direkten Kontakt zu haben.“ Durch den Nachrichten-Ticker des Online-Netzwerks „News-Feed“ werden ihm beispielsweise die Neuigkeiten aus seinem australischen Freundeskreis zugetragen. Die Informationen aus der alten Heimat kann er bewerten und kommentieren. Oft sind sie Anlass von Gesprächen im Chat. Das Besondere ist die Selbstverständlichkeit, mit der diese fortlaufende und beiläufige kommunikative Vernetzung stattfindet. Der Vorteil für Migrantinnen und Migranten: Die Interaktionen im Netz ermöglichen einen kulturellen und sozialen Austausch, der dazu beiträgt, die eigene Identität oder Herkunft zu reflektieren und zu verorten.

Dieser Austausch fällt grundsätzlich leichter, wenn Online-Netzwerke international ausgerichtet sind. *Magda** zum Beispiel stammt aus Polen. Ihre Online-

Info zum Internetaustausch

Laut einer aktuellen ARD- und ZDF-Studie nutzen 38 Prozent der 14- bis 39-jährigen Migranten täglich das Internet. Eine erfolgreiche deutsch-türkische Community ist zum Beispiel *Vaybee*. Ebenso gerne werden die Websites von Afghanistanpage, Iran Now, Turkish-Talk frequentiert; mIRC und ICR sind spezielle Computerprogramme, mit denen junge Migranten chatten. Auch die „Muslim-Girls“ haben aufgeholt und schicken ihre Meinungen und Ideen durch die Weiten des World-Wide-Web. Zum Beispiel in dem Blog „Meryems.Welt“ (www.meryemdeutschemuslima.worldpress.com). (Quelle: *Sineb El Masrar: Muslim-Girls. Wer wir sind, wie wir leben. Eichborn-Verlag 2010*).

Kontakte waren früher „kulturell“ getrennt: Auf SchülerVZ begegnete sie ihren deutschen, auf *Nasza Klasa* ihren polnischen Freunden. Heute nutzt sie ausschließlich Facebook und kommuniziert dort zweisprachig. Ihre eigenen Status-Updates „postet“ sie wahlweise auf Deutsch oder Polnisch. Der Sprachbarriere begegnen ihre Freunde manchmal mit Hilfe des „Google Translator“. Beiden Seiten bietet sich die Chance, die jeweils andere Kultur besser wahrzunehmen – aus der Perspektive der Gleichaltrigen und gemeinsamer Interessen. Ferner ist das Netzwerk eine Ressource sozialen Kapitals. Über Facebook fiel es den polnischen Freunden Magdas auch leicht, neue Kontakte in Deutschland zu knüpfen.

Feedback von der Community

Ebenso wichtig wie sich sozial zu vernetzen ist es für Jugendliche, ihre kulturelle Identität online zu artikulieren. Ein Junge mit marokkanischen Wurzeln bezeichnet sich beispielsweise im SchülerVZ als „Yannick the Afro“. Das Feedback der Peers auf seinen Identitätsentwurf fällt positiv aus und bestätigt sein Selbstbild. *Yannick** erfährt via Internet soziale Anerkennung. Jugendspezifisch ist dabei, dass sich „Akzeptanz“ nicht immer in höflicher Form äußern muss. Eine Clique von Migrantinnen aus dem ehemaligen Jugoslawien etwa trägt „Nicknames“ wie „Freakovic“ oder „Unbekanntovic“. Ihr spielerischer Umgang mit der eigenen Herkunft bleibt im Netz nicht lange unbemerkt. Eine befreundete deutsche Mädchenrunde greift die Namensgebung scherzhaft auf. In Anlehnung an die Migrantinnen nennen die Deutschen sich wiederum „Emmavic“, „Karovic“ und „Sarahvic“. Sie machen sich übereinander lustig, bringen aber dennoch ihre Anerkennung für die Bekannten aus der fremden Kultur zum Ausdruck.

Die Medienpraktiken Heranwachsender zeigen deutlich, dass sich kulturelle Identität der jungen Generation nicht so einfach auf den Punkt bringen lässt, sondern stets und immer wieder kommunikativ ausgehandelt wird. Online-Netzwerke bieten dafür einen passenden Handlungsraum. Wo dieser

eingeschränkt ist, nehmen die Nutzer eigene Anpassungen vor. Das gilt für biographische Daten, die auf Facebook und SchülerVZ in einem „Steckbrief“ abgefragt werden. Die Reaktion der Jugendlichen überrascht wenig: Viele verwenden die standardisierten Vorgaben für eigene Selbst-Zuschreibungen: Ein Schüler nennt als Beruf „Türke“, ein anderer verlegt seinen Heimatort nach Istanbul. Gerne verweisen Jugendliche dabei auf Kultur und Traditionen ihres Herkunftslandes. Andere wiederum identifizieren sich lieber mit der lokalen Kultur vor Ort, dem Sportverein oder dem Wohnviertel. Viele junge Migranten bringen ihre soziale Integration anhand der engsten Freunde zum Ausdruck. In der Sparte „Familie“ tragen sie deutsche und türkische „Kumpels“ ein. Kurzum: Online-Netzwerke geben Jugendlichen aus Migrantenfamilien die Chance, sich zu integrieren, ohne die eigenen kulturellen Wurzeln verleugnen zu müssen.

Vergemeinschaftung

Wie wirkt die globalisierte Kommunikation auf das Selbstbild junger Migrantinnen und Migranten? Die Problematik ist bekannt: Als Folge ihrer Zuwanderung fühlen sich Jugendliche oft weder dem einen noch dem anderen Land klar zugehörig. Es fällt ihnen daher manchmal nicht leicht, ihre Identität zu verorten: Die Beziehungen zur alten Heimat der Eltern oder Großeltern können aus der Ferne nicht gepflegt werden, die Integration in die neue gestaltet sich nicht selten als schwierig. Im schlimmsten Fall erleben sie sich als „doppelt-abwesend“. Können Online-Netzwerke angesichts dieses Dilemmas hilfreich sein? Facebook und andere Network-Portale unterstützen zumindest Formen der Vergemeinschaftung, die nicht an lokale, regionale oder nationale Grenzen gebunden sind. Junge Migrantinnen und Migranten können sich dem Herkunfts- und dem Einwanderungsland zugleich zugehörig fühlen – und so beide Facetten ihrer Identität ausdrücken.

Jörg Astheimer,
Medienwissenschaftler

*Die Namen sind geändert.

Unter dem Dach der AAP Lehrerfachverlage GmbH führen wir die Produkte des Auer Verlages, des AOL Verlages und des Persen Verlages. Für dieses anspruchsvolle Sortiment suchen wir jeweils eine/n freiberufliche/n Handelsvertreter/in als



Schulberater/in

für die Postleitzahlgebiete 3, 6, 8 oder 9.

Sie präsentieren unsere Unterrichtsmaterialien in Schulen und bei Veranstaltungen. Hierbei beraten Sie Lehrer/innen und Erzieher/innen.

Sie haben ein pädagogisch orientiertes Studium absolviert, eine Affinität zu modernen Präsentationstechniken, sind kontaktfreudig, verhandlungssicher und möchten Ihre praxiserprobten Erfahrungen in Verbindung mit einem vielseitigen Verlagsprogramm weitergeben?

Dann senden Sie Ihre Bewerbung an:

AAP Lehrerfachverlage GmbH
Niederlassung Donauwörth
Andreas Thull
Heilig-Kreuz-Straße 16
86609 Donauwörth

oder elektronisch an:
a.thull@lehrerfachverlage.de

Es erwartet Sie eine abwechslungsreiche Tätigkeit mit guten Verdienstmöglichkeiten.

Ferien in der Provence

Die Welt der alten Griechen und Römer, das Land des Lichtes und der Farben, der Düfte der Landschaft, der Wohlgerüche der Märkte. Unser schönes "Natur"-Grundstück liegt auf dem Kalkstein-Hochplateau von UZÈS, inmitten der Heidelandschaft - teilweise im Naturschutzgebiet - umgeben von Zypressen, Wacholderbäumen, Steineichen und Pinien.

Zahlreiche Sehenswürdigkeiten und Ausflugsziele liegen in der direkten Umgebung: Das Tal der Ardèche, Städte wie Orange, Avignon, Nîmes, Arles, Montpellier, der Lubéron, die Camargue, Le Crau du Roi und das Meer, die Cevennen u.v.a.m.

Das MAISON D'AMIS bietet jeweils eine Doppelhälfte für je 2 Personen. Es gibt dazu einen Pool und einen großen Garrigue-Garten mit Kfz-Stellplatz.

Sie können uns erreichen unter:
Tel. 0033 - 4 - 66 22 77 25
info@provence-ferien.info

www.provence-ferien.info



„Wir haben geredet“

Kommentar: Es war einmal eine Islamkonferenz ...



Foto: privat

Jeannette Goddar

Es ist ein historischer Moment, als die Männer den Kölner Dom betreten; mit respektvollen Blicken, Gebetstep-pichen unter dem Arm, Schuhen in der Hand. Es ist das Ende des Fastenmonats Ramadan – und das erste Mal, dass Muslime in einer katholischen Kirche ihr Gebet gen Mekka ausrichten. Was ist das? Ein Bild aus der fernen Zukunft? Nein. Realität des Jahres 1965. Als die türkischen Gastarbeiter einen Platz für ihr Gebet suchten, öffnete ihnen der Kölner Dom bereitwillig die Pforte.

Und nun, ein halbes Jahrhundert später, soll der Islam nicht zu Deutschland gehören? In einem Land mit vier Millionen Muslimen und 2000 Moscheegemeinden? Der neue deutsche Bundesinnenminister *Hans-Peter Friedrich* (CSU) jedenfalls hat sich entschieden: Ja, die Muslime sind Teil dieser Gesellschaft. Der Islam nicht. Der, erklärte Friedrich vor, während und nach der Islamkonferenz Ende März sei nicht „Teil unserer Kultur“; Deutschland sei ein „christlich-abendländisch geprägtes Land“.

Was aber soll diese Veranstaltung dann noch? Sie ist ins Leben gerufen worden, weil ein anderer Innenminister, *Wolfgang Schäuble* (CDU), erkannt hatte: Der Islam gehört zu Deutschland. Da das Fragen aufwirft, die einen Raum zur Debatte benötigen, schuf Schäuble einen solchen: Ein Gremium aus Vertretern des Staates und

Muslimen, dessen größter Erfolg sich lange in einem einzigen Satz zusammenfassen ließ: Endlich ist man im Gespräch.

Fünf Jahre später ist die Islamkonferenz vor allem ein Beleg dafür, dass ein Land sich auch zurückentwickeln kann. 2011 erklärt der neue Innenminister nicht mehr zuerst den Muslimen, sondern der Presse, was er von ihnen möchte: eine „Sicherheitspartnerschaft“ nämlich, zum Zwecke des Aufspürens islamischer Extremisten. Neun der eingeladenen Muslime reagieren entsetzt und präsentieren ebenfalls eine Erklärung: gegen „gefährliche Symbolik, Marginalisierung und Polarisierung“.

Nie war der Dialog zwischen Muslimen und Nichtmuslimen so wichtig und nötig wie heute. Das Misstrauen sitzt tief; auf beiden Seiten. Und so wenig die Mehrheit in Deutschland „dem Islam“ über den Weg traut, so sehr wird alles, was mit ihm assoziiert wird, durch die Medien gescheucht: Moscheebau und Kopftuchstreit, Zwangsheirat und Ehrenmord, Schwimmunterricht und Schulesen. Auch wenn längst nicht jedes dieser Themen mit dem Islam zu tun hat: Auseinandersetzung ist vonnöten und ein Forum, das kompetent und

sachlich statt inkompetent und demagogisch diskutiert, dafür ein guter Ort. Nur müsste seine oberste Prämisse, wie bei einem gleichberechtigten Dialog üblich, lauten: Man redet miteinander, nicht übereinander.

Da das nicht so ist, muss man nach fast fünf Jahren Islamkonferenz leider festhalten: Auch in Fragen, die sie sich gern auf die Fahnen schreibt, ist ihre Bedeutung marginal. Die für Herbst geplante Etablierung einer Imam-Ausbildung an deutschen Unis etwa ist mehr dem Wissenschaftsrat als der Islamkonferenz zu verdanken. Wie wichtig die Erklärung einer islami-

schen Theologie in Deutschland ist, darüber ist man sich einig – aber ebenso, dass es noch viele offene Fragen gibt. Zum Beispiel, wer in den Beiräten der Studiengänge sitzt (und wer nicht) und welchen Einfluss diese auf die Besetzung wissenschaftlicher Stellen haben. Oder: Wer will die neuen Imame eigentlich haben? Die Ditib, die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V., die als Dependance der türkischen Religionsbehörde Diyanet mehr als jede dritte Moschee in Deutschland betreibt, schweigt sich aus: in und außerhalb der Islamkonferenz. Ein Interview, das der Vizechef der Diyanet, *Mehmet Görmez*, der Zeitung „Die Welt“ jüngst gab, lässt nichts Gutes hoffen: Mit keiner Silbe begrüßt er die Islam-Studien; stattdessen verweist er auf die fehlende Erfahrung der Deutschen und das große Bemühen der Türkei in der Imam-Ausbildung. Und so redet bisher kein Mensch darüber, dass ausgerechnet ein laizistischer Staat verhindern könnte, dass in deutschen Moscheen künftig hier ausgebildete Vorbeter predigen dürfen.

Bessere Nachrichten kommen von der islamischen Religionskunde. In sieben Bundesländern laufen Modellversuche; Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen (NRW) stehen kurz vor der flächendeckenden Einführung. Wie im Bildungsföderalismus üblich, sind die Modelle ganz unterschiedlich: In NRW ist der Koordinationsrat der Muslime der Ansprechpartner, in Niedersachsen sollen Muslime verschiedener Vereine einen Beirat bilden. Dass auch alle anderen Länder ihr jeweils eigenes Modell finden werden und wollen, zeichnet sich ab. Auch hier gilt: mit oder ohne Islamkonferenz.

Was aber soll nun aus dieser werden? Am besten vielleicht: nichts weiter. So wie es richtig war zu sagen „Wir reden“ – so richtig wäre jetzt ein freundlich-abschließendes: „Gut, dass wir geredet haben.“ Außer es gelingt, einmal nicht die Teilnehmer auszuwechseln. Sondern den Gastgeber.

Jeannette Goddar, freie Journalistin

„
**Nie war
der Dialog
zwischen
Muslimen und
Nichtmuslimen
so wichtig und
nötig wie heute.
Das Misstrauen
sitzt tief –
auf beiden
Seiten.**“

82,9 Prozent Zustimmung

Mitgliederbefragung zum Länder-Tarifergebnis abgeschlossen

Die GEW-Mitglieder haben den Tarifabschluss mit den Ländern (s. E&W 4/11, S. 22-25) in vielen Regionen überwiegend in Versammlungen intensiv und kritisch diskutiert. Knackpunkt war, dass die GEW ihre Kernforderung nach einer tariflichen Länder-Entgeltordnung (L-ego) für die angestellten Lehrkräfte nicht durchsetzen konnte. Dennoch stimmte mit 82,9 Prozent eine deutliche Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder, für die der Länder-Tarifvertrag gilt und die sich an der Befragung beteiligt haben, dem Verhandlungsergebnis zu. Ein Zeichen dafür, dass die Mitglieder die einzelnen Komponenten des Kompromisses sehr genau und differenziert betrachtet haben.

Erstmal hat die GEW alle modernen Kommunikationsmedien genutzt, um den Mitgliedern das Ergebnis umfassend zu erläutern: Auf YouTube (www.youtube.com) hat sie eine Plattform eingerichtet, auf der Verhandlungsführerin Ilse Schaad das Tarifergebnis darstellt. Bei Facebook (www.facebook.com/pages/GEW-Gewerkschaft-Erziehung-und-Wissenschaft/405938596302) und im Mitgliederblog (<http://GEW.blogspot.de>) gab es zum Teil heftige Kon-

troversen. Nach Abschluss der Mitgliederbefragung geht es jetzt darum, die Strategie für die nächsten beiden Jahre zu entwickeln. Ausgehend von einer selbstkritischen Auswertung der Tarifrunde muss die GEW eine Diskussion führen, wie das Ziel der Tarifierung einer Lehrkräfte-Entgeltordnung weiterverfolgt und erreicht werden kann. In dieser Debatte muss schnell geklärt werden, ob die vorzeitige Kündigungsmöglichkeit des 1. Änderungstarifvertrags zum Bundesangestelltentarifvertrag Ost (BAT-O) genutzt werden soll, damit die Friedenspflicht auch in den neuen Bundesländern beendet wird.

Noch vor der Sommerpause befasst sich die Bundestarifkommission mit diesen Fragen. Dort soll die in vielen Landesverbänden bereits anlaufende Mitgliederdiskussion gebündelt und fortgeführt werden. Im September findet eine tarifpolitische Konferenz statt. Sie hat das Ziel, weitere strategische Entscheidungen vorzubereiten. Der gesamte Prozess soll so gestaltet werden, dass sich die Mitglieder aktiv beteiligen können.

Ergebnis auf Beamte übertragen

In diesem Jahr zeigt sich bei der Übertragung des Tarifabschlusses auf die Beamtenbesoldung erneut, wie wichtig verbindliche Regelungen für alle Beschäftigten sind. Erst sieben Bundesländer haben die zeit- und inhaltsgleiche

Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten angekündigt: Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein*. In Bremen wird der Abschluss nur teilweise und verzögert übertragen. Gegen diese Kürzungen haben am 5. April rund 3000 Beschäftigte, überwiegend Lehrerinnen und Lehrer, protestiert. In Baden-Württemberg hatte die abgewählte Landesregierung schon vor der Wahl eine Besoldungserhöhung von zwei Prozent beschlossen.

Bayern und das Saarland haben die Übertragung abgelehnt. Dort ist mindestens für 2011 eine Nullrunde geplant. Dieses Vorgehen ist ein Skandal, weil die Länder die Kosten für eine komplette Übertragung des Ergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten während der Tarifverhandlungen stets eingerechnet hatten. Offen ist die Situation nach wie vor in Brandenburg, Hamburg und Thüringen. Eine Übertragung des Tarifabschlusses gilt zwar als wahrscheinlich – es muss jedoch immer mit Abstrichen (z. B. verspätetes Inkrafttreten) gerechnet werden. Hessen und Berlin sind vom Tarifabschluss nicht unmittelbar betroffen.

Ilse Schaad, Leiterin des GEW-Arbeitsbereichs Angestellten- und Beamtenpolitik, Oliver Brüchert, Referent im selben

* 2012 wird in einigen Bundesländern die Regelung über die Zuführung eines Teils der Besoldungserhöhung in die Versorgungsrücklage wieder angewendet. Dadurch verringert sich die Besoldungserhöhung im Vergleich zum Tarifabschluss um jeweils 0,2 Prozent.

„Nicht kampfflos“

Mitgliederdiskussion

Wie in diesem Mailwechsel liefen viele Diskussionen zwischen Mitgliedern und GEW-Verhandlungsführung.

GEW-Mitglied B.:

Sehr geehrte Frau Schaad, vielleicht können Sie mir erklären, warum Sie kampfflos den Arbeitgebern das Heft des Handelns überlassen haben. Zur Feststellung eines Konsens' zwischen zwei Partnern gehört offensichtlich, dass BEIDE Partner diesem Konsens zugestimmt haben. Daher ist Ihre

ausschließliche Schuldzuweisung an die Vertreter der Länder im letzten Tariftelegramm für mich in keiner Weise nachvollziehbar

GEW-Verhandlungsführerin Ilse Schaad:

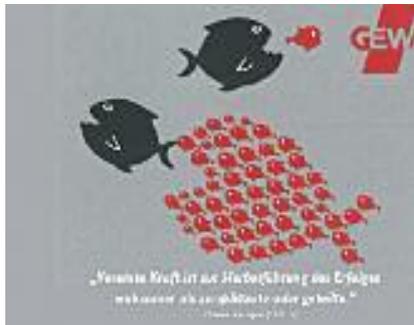
Sehr geehrter Kollege B., die Entscheidung haben die Bundestarifkommission und der Koordinierungsvorstand in getrennten Abstimmungen getroffen – nicht ich allein. Die Verhandlungen waren am Ende. Weitere Bewegung hätte es nicht gegeben. Der Abschluss der allgemeinen Entgeltord-

nung, der auch für unsere Mitglieder im Bereich des Sozial- und Erziehungsdienstes und für alle Lehrkräfte in den unteren Entgeltgruppen (EG 5 bis 8 – ja, die gibt es auch!) gilt, bringt Aufstiege von 6 nach 8 oder von 6 nach 9 bei technischen Lehrkräften z. B.

Insgesamt hat es aber nicht gereicht – das müssen wir selbstkritisch sehen. 2009 haben die Erzieherinnen 17 Wochen lang gestreikt, bis sie ihren Eingruppierungstarifvertrag durchgesetzt hatten. Aber selbst dann ist nicht das rausgekommen, was wir wollten – auch da mussten wir schwere Kompromisse eingehen.

Ich weiß, dass es nicht leicht ist, wenn man selbst gestreikt hat, die kollektive Kraft noch objektiv einzuschätzen. Die Bundestarifkommission muss dies aber tun. Deshalb muss man sich die Fakten vor Augen führen. Tatsache ist: In NRW sind ca. 360 000 Angestellte im öffentlichen Dienst beschäftigt. In Düsseldorf haben sich ca. 10 000 an den Aktionen am 1. März beteiligt. Davon waren ca. 3 000 Lehrkräfte.

B.: Mein Eindruck ist vielmehr, dass die GEW in erster Linie die Interessen der verbeamteten Lehrer vertritt, und sich dazu der angestellten Lehrer bedient, die über das Streikrecht verfügen. So zumindest wirken – aller Rhetorik der letzten Jahre zum Trotz – die konkreten Verhandlungsergebnisse, die die GEW faktisch erzielt hat. Angesichts dieser Lage



stellt sich für mich die Frage, ob die angestellten Lehrer nicht durch die Gründung einer eigenen Gewerkschaft (vergleichbar der GdL) ihre Interessen erheblich effektiver vertreten könnten, als dies in den letzten 20 Jahren geschehen ist?

Schaad: In der Frage der Entgeltordnung sind wir weiterhin genauso handlungsfähig wie vor der Verhandlung. Wir können, wenn dies so beschlossen wird, in den westlichen Bundesländern jederzeit dafür streiken. In den östlichen Bundesländern haben wir ein Sonderkündigungsrecht wegen des dort immer noch (seit 1991) bestehenden Tarifvertrages zum 31. Dezember 2011 durchsetzen können.

Einen Einfluss auf die Frage der Übertragung auf die Beamten haben wir in Wirklichkeit nicht. Die Landtage entscheiden darüber. In Bayern ist bereits entschieden, dass das Ergebnis nicht auf die Beamten übertragen wird. In Baden-Württemberg hat der Landtag schon vor den Tarifverhandlungen zwei Prozent für die Beamten beschlossen (kurz vor der Landtagswahl!). Es nützt aber immer nur den Arbeitgebern, wenn die Beschäftigten sich untereinander etwas neiden. Beamte sind genauso Beschäftigte im öffentlichen Dienst wie Angestellte. Die GEW streitet zur Zeit vor Gericht für ein Streikrecht für Beamte. Das erste Gericht hat uns Recht gegeben.

ben. Wäre es nicht klüger, sich künftig nicht mehr gegeneinander ausspielen zu lassen und stattdessen gemeinsam zu kämpfen? Ich halte Überlegungen zur Gründung einer eigenen Gewerkschaft (die die GEW übrigens ist) für nicht Erfolg versprechend. Der Bildungsbereich geht von frühkindlicher Bildung bis Hochschule und Weiterbildung. Überall finden wir andere Bedingungen vor. Ganz davon abgesehen, dass die Wirkung eines Streiks bei der Bahn eine andere ist als im Schulbereich. Ich bin völlig einer Meinung mit Ihnen, dass die GEW ganz anders da stünde, wenn sie schon vor 20 Jahren angefangen hätte, Tarifpolitik als eigene Aufgabe anzunehmen. Das ist aber erst seit 2005 der Fall. Vorher hat die GEW alles ÖTV/ver.di überlassen. Das, was wir jetzt erreichen wollen, hätten wir 1991 leichter erreicht, gerade weil damals der Druck im Osten noch größer gewesen ist.

Die Frage der Lehrereingruppierung ist nicht erledigt. Aber ich finde, jetzt sollten wir erst einmal gründlich überlegen, was wir tun können und was Erfolg versprechend ist. Andere Gewerkschaften gehen strategisch anders vor als die im öffentlichen Dienst. Die IG Metall z. B. führt den Tarifkampf in Nordwürttemberg, weil sie dort kampfstark ist. Darüber sollten wir auch einmal nachdenken.

100 Euro Bonus für GEW-Mitglieder

Fröbel-Tarifvertrag: Verbesserungen durchgesetzt

Das Ergebnis der Tarifverhandlungen mit der Fröbel-Gruppe kann sich sehen lassen. Die GEW hat einen Bonus in Höhe von 100 Euro für ihre Mitglieder durchgesetzt, die Arbeitszeit für ältere Beschäftigte verkürzt und eine bessere Eingruppierung ab 2013 erreicht.*

*Die Fröbel-Gruppe ist ein Träger von Kindertageseinrichtungen in Berlin, Brandenburg, Hamburg, Sachsen und Nordrhein-Westfalen.

Der im November 2009 zwischen Fröbel-Gruppe und GEW geschlossene Tarifvertrag sichert gleiche und verbindliche Beschäftigungsbedingungen für die inzwischen ca. 1700 Beschäftigten, die wegen der Übernahme von Einrichtungen verschiedener Träger (Kirche, Land etc.) sehr heterogen waren. Dabei wurden günstigere Bedingungen z. B. bei der Arbeitszeit geschützt. In den Verhandlungen Ende 2010/Anfang 2011 ist es gelungen, die Arbeitszeit älterer Beschäftigter zu senken, um ihnen ein alternsgerechtes Arbeiten zu ermöglichen. Die tarifliche Wochenar-

beitszeit bei Fröbel beträgt in Vollzeit 40 Stunden. Beschäftigte ab Vollendung des 56. Lebensjahres arbeiten jetzt nur noch 38 Stunden in der Woche, ab Vollendung des 61. dann 36 Stunden. Das ist eine erhebliche Entlastung älterer Arbeitnehmer. Zudem vereinbarten GEW und Arbeitgeber, dass diese Entlastung zu einer zusätzlichen Belastung des anderen Personals, sondern durch Aufstockung von Teilzeitkräften und/oder Neueinstellungen kompensiert wird.

GEW-Zuschlag

Aus Gewerkschaftssicht besonders interessant sind die mit Fröbel vereinbarten Differenzierungsklauseln. Schon 2009 ist festgelegt worden, dass der Arbeitgeber für GEW-Mitglieder die Kosten für die im Tarifvertrag festgelegte Weiterbildungsverpflichtung übernimmt. Nun wurde zusätzlich eine Einmalzahlung für GEW-Mitglieder in Höhe von 100 Euro vereinbart, die mit dem April-Gehalt ausgezahlt worden ist. Der Hintergrund: Gewerkschaftsmitglieder ermöglichen durch ihre

Beiträge erst, dass Tarifverträge abgeschlossen werden, von denen dann alle Beschäftigten gleichermaßen profitieren.

In der Entgelttabelle wird es ab 2013 eine fünfte Stufe geben. Damit ist ein weiterer Schritt gemacht, die Fröbel-Entgelte dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) anzugleichen. Der bereits im Tarifvertrag verankerte Mindestlohn wurde zum 1. Februar um 50 Euro auf 1354,40 Euro erhöht.

Mehr Mitglieder

Die Tarifgespräche werden fortgesetzt. Konkret vereinbart sind bereits Verhandlungen über das Thema Gesundheitsschutz. In der 2012 anstehenden Lohnrunde wird die GEW sich auch für eine weitere Annäherung der Gehälter an das Niveau des TVöD einsetzen. Die Mitgliederentwicklung in den Einrichtungen der Fröbel-Gruppe ist sehr positiv.

Ilse Schaad, Leiterin des GEW-Arbeitsbereichs Angestellten- und Beamtenpolitik, Oliver Brüchert, Referent im selben



Die Berliner GmbH „Teach First“ verspricht bei pädagogischem Fachkräftemangel unbürokratische Hilfe und entsendet so genannte Fellows für zwei Jahre an Bildungseinrichtungen in sozialen Brennpunkten. Jetzt sind die öffentlichen Gelder für das Programm verbraucht: Den Schulen hat es keine einzige Stunde Unterricht gebracht.

Foto: dpa

Die „Heilsbringer“ kommen

Deprofessionalisierung im Schulbereich

Seiteneinsteiger, pädagogische Mitarbeiterinnen, Mini-Jobber, Ebrename, „Coaches“ und „Fellows“ – sie alle tummeln sich an Schulen, um gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer zu ersetzen. Hauptsache, es kostet nicht viel. Denn die Bundesländer leiden unter Finanznot. Gleichzeitig verlangen Bildungspolitik und Eltern, dass allgemeinbildende Schulen zusätzliche Aufgaben stemmen – etwa Ganztagsangebote. Was dabei herauskommt, welche Gefahren für die Qualität des Unterrichts bestehen, beleuchtet der jetzt erschienene GEW-Privatisierungsreport Nr. 12.*

Die Techniker der Telekom passen mit ihrer Praxiserfahrung hervorragend an unsere Schulen“, begeistert sich Georg Wacken, Staatssekretär im baden-württembergischen Kultusministerium. Am 9. November 2009 unterzeichnete das Kultusministerium mit der Deutschen Telekom AG einen Vertrag. Der sieht vor, bei den Unternehmen nicht mehr benötigte Beamte des technischen Dienstes als „Fachlehrer“ zu qualifizieren,

damit sie in „musisch-technischen Fächern“ unterrichten können.

„Personelle Flickschusterei“

„Keine seriöse Lösung, um dem strukturellen Mangel an Lehrkräften adäquat zu begegnen“, urteilt die GEW. Das Kultusministerium betreibe „personelle Flickschusterei“.

Bundesweit ist die Zahl der Quereinsteiger enorm gestiegen. Das belegen Zahlen der Kultusministerkonferenz (KMK). 2001 begannen 30 613 Lehrerinnen und Lehrer im öffentlichen Schuldienst. Davon starteten 847 als „Berufsfremde“ mit Zusatzausbildung. 2009 kamen 30 422 Lehrkräfte neu in den Schuldienst. Darunter 1798 Seiteneinsteiger.

Längst gibt es auch an Schulen prekäre Arbeitsverhältnisse. So arbeiten in Bremens Klassenzimmern über 1000 Externe. Vor allem als pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie besitzen in der Regel nur einen Vertrag mit weniger als zehn Wochenstunden. „Ein Mini-Job, ohne wirksame Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung“, kritisiert die Bremer GEW. Erst am 24. Februar dieses Jahres gelang es dem Personalrat Schulen in Bremen, den Einstieg in bessere Arbeitsbedingungen durchzusetzen. So bekommen Beschäftigte, die nicht unterrichten,

aber pädagogisch tätig sind, künftig eine Vergütung nach dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVöD). Teilzeitarbeitskräfte erhalten das Angebot, ihre Arbeitszeit aufzustocken.

Staatsanwaltschaft ermittelt

Derweil ermittelt die Staatsanwaltschaft Hannover gegen Ganztagschulen in Niedersachsen – wegen des Verdachts auf Sozialversicherungsbetrug. Stein des Anstoßes sind die außerschulischen Honorarkräfte. Die Staatsanwaltschaft fragt nach, ob deren Arbeit nicht in Wirklichkeit der von abhängig Beschäftigten entspricht. Vielen der 1200 Ganztagschulen in dem nördlichen Bundesland droht nun, dass sie Sozialversicherungsbeiträge nachzahlen müssen. „Es geht um Millionen“, schätzt Eberhard Brandt, Vorsitzender der niedersächsischen GEW. Er sieht den Ganztagsbetrieb landesweit in Gefahr. Kultusminister Bernd Althusmann (CDU) hingegen behauptet: Die Fortsetzung der Ganztagschulangebote durch außerschulische Fachkräfte sei durch die laufenden Ermittlungen „unberührt“.

Berlin: „Teach First“ empört

Wie gut, dass wenigstens „Teach First“ Deutschland unbürokratisch Hilfe verspricht. So zumindest die Eigenwerbung. Die Berliner gemeinnützige GmbH entsendet so genannte Fellows für zwei Jahre an Schulen in sozialen Brennpunkten. Diese, so Teach First, „unterstützen im Unterricht, geben Gruppen- und Einzelförderung und schaffen zusätzliche Angebote am Nachmittag“. Bewerben kann sich, wer einen Hochschulabschluss besitzt sowie „fachlich und persönlich herausragend“ ist. Doch in Berlin sorgt „Teach First“ für Empörung. In der Hauptstadt arbeiten derzeit 30 Fellows. Deren Gehälter – pro Kopf rund 1700 Euro brutto im Monat – zahlt das Land aus dem Topf für Lehrervertretung. Der sei nun leer, kritisierte die Berliner GEW im Juli 2010. Denn die Senatsverwaltung habe in den vergangenen zwei Jahren „knapp zwei Millionen Euro für das Teach-First-Programm verballert“, so Rose-Marie Seggelke, ehemalige Vorsitzende der GEW Berlin. „Das Geld ist weg und hat den Hauptstadt-Schulen keine einzige Stunde Unterricht eingebracht.“ Bundesweit fordert die GEW zusätzliche Stellen für Lehrkräfte und 9000 weitere Referendarstellen. Prekäre Arbeitsbedingungen an Schulen, so die Gewerkschaft, müssten bekämpft werden.

Matthias Holland-Letz, freier Journalist

* Ab Anfang Juni ist der Privatisierungsreport Nr. 12 erhältlich unter: www.gew.de/privatisierungsreport.html



Das Bürokratie-Monster

Hartz-IV-Bildungspaket: großer Aufwand, fraglicher Ertrag

Das Hartz-IV-Bildungspaket hat – freundlich formuliert – einen Holperstart hingelegt. Die Krisensitzung vor Ostern von Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) mit Vertretern der Länder und Kommunen offenbarte die Schwächen der neuen Regelung. Es wäre in der Tat viel sinnvoller, wenn das Geld für bedürftige Kinder, wie die GEW vorgeschlagen hat, direkt in den Ausbau der Kitas und Ganztagschulen investiert würde.

Nach dem Willen der Karlsruher Verfassungsrichter sollte die Hartz-IV-Neuregelung einschließlich der verlangten Bildungshilfen für die Kinder schon zum 1. Januar 2011 in Kraft treten (E&W berichtete). Doch nach dem wochenlangen zermürbenden Tauziehen zwischen dem schwarz-gelben Regierungslager und den SPD-geführten Ländern im Bundesrat ist die Neuregelung erst Ende

März rechtswirksam im Bundesgesetzblatt veröffentlicht worden.

Es war sicherlich ein ungewolltes Zusammenspiel, dass mit der Verkündung des Bildungspakets die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) nahezu zeitgleich den zweiten Band ihrer jüngsten internationalen PISA-Erhebung 2009 auch in deutscher Sprache vorlegte. Schwerpunkt: Chancengleichheit in der Bildung.

Erneut wird darin mit Zahlen und Fakten die These belegt, dass in kaum einer anderen vergleichbaren Industrienation der Welt der Bildungserfolg eines Kindes so von seiner sozialen Herkunft abhängig ist wie in Deutschland. Ein Beispiel: In Finnland, Japan und Kanada schaffen es zwischen zehn und elf Prozent der Kinder aus sozial benachteiligten Schichten trotz ungünstiger sozialer Startbedingungen, in der Schule ein hohes Leistungsniveau zu erreichen, in Deutschland sind es nur sechs Prozent. In den asiatischen PISA-Spitzenregionen wie Shanghai und Hongkong beträgt der Anteil dieser „resilienten

Schüler“ – wie die Schulforscher es formulieren – gar 18 beziehungsweise 19 Prozent, in Korea 14 Prozent. In der Türkei und in Polen sind es immerhin noch neun bis zehn Prozent. Nur Österreich steht mit fünf Prozent noch schlechter da als die Bundesrepublik.

In keinem anderen Industriestaat hat zudem ein sozial ungünstiges Schulumfeld mit hoher Arbeitslosigkeit und überdurchschnittlichem Migrantenanteil einen derart negativ verstärkenden Einfluss auf die Leistungen der Schülerinnen und Schüler aus benachteiligten Familien. Der Leistungsabstand zweier Schüler mit ähnlichem sozialen Hintergrund beträgt in Deutschland mehr als 100 PISA-Punkte – je nachdem, ob diese eine Schule mit günstigem oder ungünstigem Umfeld besuchen. 100 PISA-Punkte entsprechen nach Lesart der Schulforscher einem Lernfortschritt von mehr als zwei Jahren.

Dabei mangelt es seit langem wahrlich nicht an Untersuchungen, die den Teufelskreis von sozialer Armut der Eltern, Bildungsarmut der Kinder und deren

späteren Problemen auf Ausbildungs- und Arbeitsmarkt belegen. In einer aktuellen Antwort der Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage der SPD-Fraktion heißt es: „Verfügen Vater und Mutter sowohl über einen Schulabschluss als auch über einen Berufsabschluss, bleiben Jugendliche seltener ungelern.“ Der Skandal: 1,484 Millionen junge Menschen zwischen 20 und 29 Jahren haben derzeit weder einen Berufsabschluss noch besuchen sie Qualifizierungsmaßnahmen. Bei 60 Prozent der Betroffenen hat mindestens ein Elternteil keinen Schul- oder Berufsabschluss. Und auch die Zahl der Jugendlichen, die Jahr für Jahr ihre Schule ohne Hauptschulabschluss verlassen, sinkt entgegen den Versprechungen der Länder nur äußerst langsam. Knapp 60 000 waren es 2009 – 6000 weniger als im Jahr zuvor. Aber ein Bundesdurchschnitt von sieben Prozent gilt immer noch als viel zu hoch – zumal in einigen Bundesländern die Zahl der Schulabbrecher sogar wieder gestiegen ist.

Aber welche Konsequenzen folgen aus den Erkenntnissen der verschiedenen sozialwissenschaftlichen Studien? Reichen wirklich zehn Euro pro Monat für Vereinsbeiträge und die Kostenübernahme beim Schulausflug aus, Kindern aus bildungsfernen Milieus das Teilhaberecht an Bildung und den Freizeitaktivitäten Gleichaltriger zu ermöglichen, wie es das Verfassungsgericht mit seinem Urteil vom 9. Februar 2010 verlangt hat? Von der Leyen scheiterte mit ihrem Versuch, die Auflagen des Verfassungsgerichtes mit einem minimalistischen Konzept umzusetzen. Von ihren heftig umstrittenen „Bildungschip“-Plänen, mit denen sie im Sommer 2010 wochenlang für Schlagzeilen sorgte, ist kaum etwas übrig geblieben.

SPD und Grüne machen Druck

In einem beispiellosen wochenlangen Bund-Länder-Poker im Vermittlungs-

ausschuss des Bundesrates und Bundestages hat die Regierungskoalition auf Druck von SPD und Grünen die Leistungen ausgeweitet. Knapp 500 Millionen Euro hatte Bundesfinanzminister *Wolfgang Schäuble* (CDU) ursprünglich für das Bildungspaket eingeplant. 1,2 Milliarden Euro muss der Bund nun pro Jahr veranschlagen.

Profitieren sollen jetzt nicht nur die 1,72 Millionen Kinder aus Familien, die Hartz-IV-Regelleistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) II beziehen. Aufgenommen in den Kreis der Förderberechtigten sind nun auch Familien, die Sozialhilfe, den Kinderzuschlag oder Wohngeld bekommen. Berücksichtigt werden nun rund 2,5 Millionen Kinder und Jugendliche.

Doch der große Konstruktionsfehler des Bildungspaketes bleibt. Da der Bund mit dem Geld nicht direkt Kitas, Schulen und kommunale Schulsozialarbeit unterstützt, sondern auf Einzelabrechnung der Maßnahmen setzt, wird eine komplizierte Bewilligungs- und Abrechnungsbürokratie notwendig. „Das Gesetz aus dem Hause von der Leyen ist ein ineffizientes Bürokratiemonster“, sagt GEW-Vorsitzender *Ulrich Thöne*.

Hinzu kommt ein Wirrwarr von Zuständigkeiten – je nachdem, um welche Beziehungsgruppe es sich handelt und welches Bundesgesetz dafür verantwortlich ist. In Großstädten werden Langzeitarbeitslose die Leistungen für ihre Kinder in den Jobcentern der Arbeitsagenturen beantragen müssen, Sozialhilfe-Bezieher und Asylbewerber beim Sozialamt und Familien mit Wohngeld- und Kinderzuschlägen bei ihrer Wohngeldstelle. Ein Beispiel für den bürokratischen Aufwand: Mit Inkrafttreten des Bildungspaketes hat Berlin 90 neue Stellen für Schulsozialarbeiter geschaffen – für die im Zuge des Hartz-IV-Kompromisses zwei Jahre lang der Bund aufkommt. Doch für die Antragsbearbeitung und die anschließende Abrechnung einzel-

ner Bildungsleistungen aus dem Paket erwartet Berlin 153 neue Stellen in der Verwaltung.

Nur zäh lief in den meisten Kommunen die Nachfrage nach Inkrafttreten des Bildungspaketes an. Die Antragsfrist für rückwirkende Leistungen aus dem ersten Quartal 2011 wurde bei von der Leyens Treffen mit Ländern und Kommunen bis Ende Juni verlängert. Und auch die über eine Million Euro teure Werbekampagne der Bundesregierung mit Großflächenplakaten brachte zunächst nicht die gewünschte Schubkraft.

Angesichts des bislang ausgebliebenen Nachfragebooms sprechen von der Leyen und andere konservative Koalitionspolitiker inzwischen von einer „Hohlschuld“ der Eltern, die Leistungen für ihre Kinder auch abzurufen. „Die Eltern in Hartz-IV-Familien haben eine Pflicht, das Mögliche für die Bildung ihrer Kinder zu tun – wie alle anderen Eltern auch“, mahnt die Ministerin. CSU-Bildungspolitiker *Albert Rupprecht* formuliert es noch härter: „Eltern haften für ihre Kinder – auch in der Bildung.“ Nur – was ist, wenn die Eltern dazu nicht in der Lage sind?

„Der Appell der Arbeitsministerin an die Eigenverantwortung der Eltern ist zynisch. Er soll von den eigenen Versäumnissen ablenken. Frau von der Leyen ist gut beraten, das Gesetz endlich vom Kopf auf die Füße zu stellen und die Schulen und Kitas in ihrer Arbeit zu unterstützen“, unterstreicht Thöne.

Mängel bei Lernförderung

Am deutlichsten werden Mängel und Fehlkonstruktion des Bildungspaketes beim Thema Lernförderung. Sie soll ausweislich der Gesetzesbegründung nur in Ausnahmefällen gewährt werden. Entsprechend restriktiv sind die Regeln gefasst. Die Lernförderung soll „unmittelbare schulische Angebote lediglich ergänzen“ – um „vorübergehende Lernschwächen“ zu beheben. GEW-Schulexpertin *Marianne Demmer*: „Das Konzept birgt unkalkulierbare organisatorische und juristische Probleme. Lehrkräfte werden mit zusätzlichen hoch problematischen Aufgaben belastet. Sie sollen mit den Anträgen begründet entscheiden, wer Nachhilfe bekommt und wer nicht. Sie sollen Schicksal auf schwankendem Boden spielen.“

Trotz dieser Widrigkeiten rät der Paritätische Wohlfahrtsverband Schulen wie örtlichen Sozialverbänden dringend, die Chancen aus dem Bildungspaket zu nutzen – auch wenn sie manchmal nur minimal erscheinen.

Max Loewe, Bildungsjournalist

Leistungen im Bildungspaket

Was ist im Bildungspaket für die 2,5 Millionen bedürftigen Kinder enthalten?

- Ein warmes Mittagessen in Kitas und Ganztagschulen. Die Eltern müssen einen Euro zuzahlen.
- Für eintägige Klassenfahrten oder Wandertage gibt es pro Schuljahr 30 Euro Zuschuss.
- Zehn Euro im Monat stehen für Mitgliedsbeiträge in Sport- oder Musikvereinen zur Verfügung – zur Einlösung des „Teilhaberechts“ der Kinder.
- Lernförderung – meist in Form von Nachhilfeunterricht – gibt es lediglich in Ausnahmefällen – auf Antrag der Eltern und mit Beurteilung des Lehrers über die Chancen.

Wie schon bisher gibt es 100 Euro pro Schuljahr für Schulsachen.

Ferien vom Krieg

Schritte zur konkreten Utopie einer friedlichen Welt –
Ferienpatenschaften für Kinder und junge Menschen
aus den Kriegsgebieten des ehemaligen Jugoslawien
und des Nahen Osten

Komitee für Grundrechte und Demokratie e. V. | 50670 Köln | www.grundrechtekomitee.de
Beauftragte für die Aktion Ferien vom Krieg:
Helga Dieter | Flussgasse 8 | 60489 Frankfurt | Telefon (069) 7 89 25 25 | E-Mail: ubihedi@t-online.de | www.ferien-vom-krieg.de

Im Sommer 2011 findet die Aktion **Ferien vom Krieg** zum 18. Mal statt. Aus der akuten Nothilfe für Kriegskinder aus Flüchtlingslagern im ehemaligen Jugoslawien entwickelte sich ein erfolgreiches Projekt für Friedenspädagogik und zivile Konfliktbearbeitung auf Graswurzelebene.

Wie in den Vorjahren werden 300 Jugendliche aus den verfeindeten Volksgruppen in Bosnien, Kroatien, Serbien, Mazedonien oder dem Kosovo ans Meer eingeladen. Jugendliche, die im Alltag durch Grenzen und Panzer, durch Hass und Propaganda von ‚den Anderen‘ abgeschirmt werden, erleben, wie sich ihre Leidensgeschichten aus Angst, Demütigungen, Sadismus und Verbrechen gleichen.

Die Jugendlichen können in friedenspädagogischen Workshops die Interessen der Kriegsherren und die Mechanismen der Gewaltspirale aufarbeiten, die auf beiden Seiten in Elternhaus und Schule tabuisiert werden. Besonders engagierte TeilnehmerInnen der Vorjahre planen in selbstorganisierten Camps gemeinsame Aktivitäten über die Grenzen hinweg. Diese außergewöhnlichen Begegnungen erregen in den Heimatorten und in der örtlichen Presse große Aufmerksamkeit.

**21.500 junge Menschen aus Kriegsgebieten haben erlebt:
Wir können zusammen leben, sogar unter einem Dach!
Das ist eine phantastische Erfahrung.**

Die meisten der jungen Menschen aus Israel und Palästina (Westbank) hatten nie zuvor persönlichen Kontakt zu der anderen Seite. Viele der 700 jungen Israeli kamen in den letzten Jahren, auch gegen den Rat ihrer Familie, zu den Dialogseminaren nach Deutschland, um ‚den Terroristen‘ zu begegnen. Viele der 700 PalästinenserInnen aus der Westbank passierten trickreich die Checkpoints oder umgingen sie auf gefährliche Weise, um ‚ihren Besatzern‘ zu begegnen, die sie nur mit Gewehren an Checkpoints oder von nächtlichen Razzien in ihren Häusern kennen. Auf beiden Seiten kann die Teilnahme als ‚Verrat‘ oder ‚Kollaboration mit dem Feind‘ denunziert werden und soziale Sanktionen zur Folge haben.

Von Bosnien über den Kosovo bis in den Nahen Osten haben nicht nur UN-Offizielle sondern auch Friedensaktivisten vor solch intensiven Begegnungen von Jugendlichen aus den feindlichen Lagern gewarnt. Das führe in zugespitzten Situationen unweigerlich zu Gewaltausbrüchen. Bisher gab es bei 21.500 TeilnehmerInnen keinerlei tätliche Auseinandersetzungen zwischen den angeblichen Feinden, wohl aber viele anhaltende Kontakte, Freundschaften und gemeinsame Friedensaktivitäten über die Grenzen hinweg.



Jugendliche des Camps demonstrieren gegen die Teilung der Stadt Gornji-Vakuf / Uskoplje in Bosnien

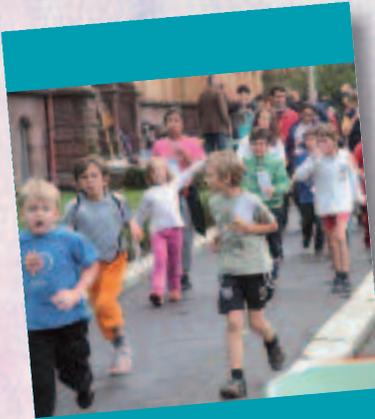


Der Dialogprozess beginnt mit Zuhören



Kindergarten in Gaza: Ferien vom Krieg sind bislang dort nicht möglich

Die jährlichen Broschüren und kriegsbiografischen Interviews sind als Unterrichts- und Seminar-material geeignet, weil darin die Gruppendynamik wie auch die persönlichen Wandlungsprozesse mit Bezug auf die politischen Verhältnissen in der jeweiligen Krisenregion dargestellt werden.



Spendenlauf der
Reformschule Kassel



Benefiz-Konzert des
Ensemble Klezmore
in Kleve



Benefiz-Veranstaltung
Divenalarm mit Kon-
duettina in Frankfurt

Die Aktion **Ferien vom Krieg** wird ausschließlich durch private Spenden und Sammlungen bei Familienfeiern, in Friedensgruppen und Gemeinden, durch Benefizveranstaltungen von Schulen und Initiativen finanziert. Die Verwaltungskosten sind gering, weil alle MitarbeiterInnen ehrenamtlich arbeiten. Von den ca. 350.000 € jährlichen Spendeneinnahmen geben wir für die israelisch-palästinensischen Begegnungen und die Ferienspiele in Nablus und Gaza ca. 60 % des Budgets aus. Ca. 33 % der Einnahmen werden für die Freizeiten im ehemaligen Jugoslawien aufgewendet.

Ehrungen und Preise

- 2003 Stuttgarter Friedenspreis
- 2003 Mount-Zion-Award
- 2005 Panter-Preis der taz
- 2007 Erich-Mühsam-Preis
- 2010 Julius-Rumpf-Preis der Martin-Niemöller-Stiftung

Spendenaufrufe

Spendenaufrufe können Sie kostenlos bestellen bei
Helga Dieter, Flussgasse 8, 60489 Frankfurt,
Telefon (0 69) 7 89 25 25, Fax (0 69) 78 80 36 66,
E-Mail: ubihedi@t-online.de

Die farbig bebilderte Broschüre **Ferien vom Krieg – im Sommer 2010** können Sie für 5,- € gegen Vorkasse bestellen. (10 Stück 25,- €, Set mit 6 Broschüren der Vorjahre 15,- €). Für Sammlungen, Benefizveranstaltungen, etc. gibt es auch Fototafeln: 5 Farbkopien A3 kosten 10,- €, 1 DVD oder Videofilm **Ferien vom Krieg** mit Fernsehberichten und biografischen Interviews kostet 10,- € (alles incl. Porto).

Bitte unterstützen Sie dieses beispielhafte friedenspolitische Projekt.

Bitte überweisen Sie für eine **Ferienpatenschaft** der Aktion
Ferien vom Krieg + / - 130,- € an:
Grundrechtskomitee, Konto-Nr. 8 013 055, BLZ 508 635 13,
Volksbank Odenwald
(BIC: GENODE51MIC IBAN: DE34 5086 3513 0008 0130 55,
Grundrechtskomitee, 50670 Koeln)

*Bitte Ihre Adresse unter Verwendungszweck angeben,
die Banken übermitteln keine Adressen!*
Die Spendenquittung für das Finanzamt erhalten Sie
zu Beginn des nächsten Jahres.

Komitee für Grundrechte und Demokratie e. V. | 50670 Köln | www.grundrechtskomitee.de
Beauftragte für die Aktion Ferien vom Krieg:
Helga Dieter | Flussgasse 8 | 60489 Frankfurt | Telefon (069) 7 89 25 25 | E-Mail: ubihedi@t-online.de | www.ferien-vom-krieg.de

Und am Wochenende wird gekellnert

Skandalös: prekäre Beschäftigungsverhältnisse bei freien Trägern

Zeitverträge, schlecht bezahlte Jobs auf Honorarbasis, Löhne auf Hartz-IV-Niveau: Prekäre Beschäftigungsverhältnisse sind bei den freien Trägern der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit keine Ausnahme. Das ist nicht unbedingt nur Schuld der privaten Arbeitgeber, denn die Tätigkeit der Sozialarbeiter, Lehrkräfte und Erzieherinnen wird vom Staat ungenügend finanziert.

Wie viel sind der Gesellschaft Sozialarbeit, Bildung, die Betreuung von Kindern und Jugendlichen, die Integration von Zuwanderern wert? Oder anders gefragt: Wie viel ist dem Staat gute Arbeit für gute Bildung wert? „Wenig“, lautet die ernüchternde Antwort von *Dörte Wihan* aus Berlin. Vor einigen Jahren hat sie für einen kleinen Träger eine Kindertagesstätte im Stadtteil Friedrichshain aufgebaut. Das Angebot an Kita-Plätzen

kann dort seit Jahren nicht mehr mit dem stetig steigenden Bedarf Schritt halten. Bei jungen Familien ist der Stadtteil beliebt. Der Bezirk müsste also alles für eine qualifizierte frühkindliche Bildung tun.

Sollte man jedenfalls meinen, doch die Realität sieht anders aus. „Schon die Anschubfinanzierung für die Kita war schwierig“, erzählt Wihan. „Ohne private Kredite wäre die Gründung der Kita gar nicht möglich gewesen.“ Das, was man an staatlichen Geldern erhalte, reiche auch heute nicht aus, um den Erzieherinnen gute Gehälter zahlen zu können, sagt die Kita-Leiterin. „Große Träger können sich z. B. über Fundraising alternative Geldquellen erschließen, dafür fehlen uns aber die Zeit und das Personal.“

Berufseinsteiger trifft es

Doch auch bei den großen Trägern wie den Wohlfahrtsverbänden oder den Kirchen wird gerechnet, weiß *Bernhard Eibeck*, Referent für Jugendhilfe und Sozialarbeit beim GEW-Hauptvorstand. Vor allem Berufseinsteiger im Kita-Bereich

und Beschäftigte in Ostdeutschland seien von prekären Jobs betroffen. „Sie sind mehrheitlich befristet beschäftigt“, heißt es in einer Studie der Universität Dortmund, die unter Federführung der Erziehungs- und Sozialwissenschaftlerin *Kirsten Fuchs-Rechlin* entstand. Gegen das Abrutschen in Hartz IV gibt es nach Fuchs-Rechlin nur zwei „Versicherungen: die Anstellung in einem Normalarbeitsverhältnis (in Vollzeit und unbefristet) oder das Zusammenleben in einer Partnerschaft“. Im Klartext: „Mit einer Teilzeitbeschäftigung kann kein existenzsicherndes Einkommen erzielt werden.“ Der Kreis der Betroffenen ist groß, da jede zweite Fachkraft in einer kommunalen wie in einer Einrichtung in freier Trägerschaft weniger als 32,5 Wochenstunden arbeitet.

Bei den freien Trägern kommt hinzu, dass viele nicht oder nur angelehnt an den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) zahlen. Bundesweit schneiden die privaten Arbeitgeber in Mecklenburg-Vorpommern dabei besonders schlecht ab. Nahezu 80 Prozent der Kitas (Bundesschnitt: 66 Prozent)



befinden sich im Nordosten der Republik in freier Trägerschaft – das Gros stellen wiederum die großen Wohlfahrtsverbände wie Caritas, Diakonie, Arbeiterwohlfahrt (AWO) oder die im Paritätischen Wohlfahrtsverband zusammengeschlossenen Organisationen. „Mit Ausnahme der kirchlichen Träger Caritas und Diakonie haben sich mittlerweile alle freien Träger aus einem Tarifvertragssystem verabschiedet“, kritisiert *Daniel Taprogge* von der GEW Mecklenburg-Vorpommern. Die Gehälter liegen im Schnitt bis zu 15 Prozent unter dem Niveau des TVöD. In Zahlen heißt das: Erhalten Berufseinsteiger im Erzieherberuf an einer staatlichen Kita knapp 2100 Euro brutto (Vollzeitstelle), bekommen die Kolleginnen und Kollegen bei den freien Trägern rund 300 Euro weniger. Doch das ist eher ein theoretischer Wert, denn die meisten Erzieherinnen haben nur Teilzeitarbeitsverträge. „Im Schnitt verdienen sie nur 1400 bis 1500 Euro brutto“, rechnet Taprogge vor. „Ich kenne Kolleginnen, die müssen am Wochenende kellnern, um über die Runden zu kommen“, sagt der Kita-Referent des GEW-Landesverbandes. Aussicht auf Gehaltserhöhungen hätten nur die wenigsten Erzieherinnen, denn die Gehälter seien meist selbst nach mehreren Jahren Berufstätigkeit nicht höher als beim Berufseinstieg.



Für *Silvia Sandmann* vom Paritätischen Wohlfahrtsverband des Landes trägt die Regierung in Schwerin die Hauptschuld an der Situation der Erzieherinnen und Erzieher. Die Kitas im Land seien unterfinanziert, sagt sie. Die Finanzierung habe 2009 auf dem Niveau des Jahres 2006 gelegen, obwohl in diesem Zeitraum die Zahl der Kinder in den Kitas gestiegen ist. Statt fünf Millionen Euro zusätzlich in die Kitas zu stecken, hätte das Land zehn Millionen Euro mehr für die frühkindliche Bildung ausgeben müssen. Dass sich die Kita-Beschäftigten wehren, ist eher selten – und dies sei nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern so, sagt Eibeck. Die Möglichkeiten zur Gegenwehr sind auch deshalb begrenzt, weil es bei den freien Trägern kaum eine organisierte Arbeitnehmerschaft gebe. Eibeck: „Genau Zahlen über den gewerkschaftlichen Organisationsgrad in den Kitas freier Träger gibt es nicht, aber er liegt sicherlich unter 15 Prozent.“ Das ist ein Befund, der für den Sozial- und Bildungsbereich an sich zutrifft. Aktionen wie die des Betriebsrats des Internationalen Bundes (IB), einem der größten freien Träger im Sozial- und Bildungsbereich, gegen das Ausmaß der befristeten Beschäftigung beim IB sind eher selten (s. Seite 32f.). Generell gilt: Gerade bei Berufsanfängern haben Fristverträge Konjunktur.

Mittlerweile wird nach Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) fast jeder zweite neu abgeschlossene Arbeitsvertrag (47 Prozent) mit einem Verfallsdatum versehen, und nur für jeden zweiten Arbeitnehmer ist ein Zeitvertrag das Sprungbrett für eine Daueranstellung, Tendenz weiter fallend. Grundlage dafür ist das Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBfG), das die rot-grüne Bundesregierung 2001 beschlossen hatte (s. Kasten). Berufsanfänger müssen heute damit leben, dass sie nach dem Auslaufen eines Zeitvertrages sogleich in die nächste befristete Beschäftigung rutschen. Überdurchschnittlich hoch ist die Befristungsquote bei den sozialen Dienstleistungen. Laut IAB-Studie arbeitet in diesem Sektor nur noch ein Drittel der Neubeschäftigten unbefristet.

Befristung als Dauerzustand

Was ursprünglich den Einstieg in das Berufsleben erleichtern sollte, wird so zum Dauerzustand. *Sabine Skubsch* vom Konzernbetriebsrat des IB spricht von „modernen Wanderarbeitern“, die von einer befristeten Stelle zur nächsten weitergereicht werden und denen dabei immer die Angst vor sozialem Abstieg und

Rechtsgrundlage für Befristungen

Rechtliche Grundlage für befristete Arbeitsverträge ist das Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBfG), das am 1. Januar 2001 in Kraft trat und eine einheitliche Rechtsgrundlage für befristete Arbeitsverhältnisse schuf. Der Gesetzgeber unterscheidet dabei zwischen einer Befristung mit und einer ohne sachlichen Grund. Als sachlicher Grund zählen z.B. ein nur vorübergehender höherer Arbeitskräftebedarf, Anstellung zur Probe nach Ausbildung oder Studium, um den Berufseinstieg zu erleichtern; eine Anschlussbefristung (so genannte Kettenbefristung) ist nur zulässig, wenn jeweils ein neuer Grund vorliegt.

Ohne sachlichen Grund darf höchstens zwei Jahre befristet eingestellt werden; Kettenbefristungen sind nicht erlaubt. Wichtig: Auf Befristung mit sachlichem Grund darf keine ohne sachlichen Grund folgen! *J.A.*

Arbeitslosigkeit im Nacken sitze. Ähnlich beschreibt *Stephanie Odenwald*, Leiterin des Organisationsbereichs Berufliche Bildung und Weiterbildung beim GEW-Hauptvorstand, die Situation. Bei den freien Trägern der Beruflichen Weiterbildung arbeite die Mehrzahl der Betroffenen auf Honorarbasis. „Meistens sind das Scheinselbstständige, die arbeitnehmerähnlich beschäftigt sind, die die Beiträge für die soziale Absicherung zu hundert Prozent selbst tragen müssen.“

Prekär: Integrationskurse

Besonders prekär ist die Situation bei den Integrationskursen, in denen Deutsch als Zweitsprache (DaZ) unterrichtet wird (s. *E&W* 10/2010). Die Kurse gibt es seit sechs Jahren, sie sollen – teilweise verpflichtend – eingewanderten Ausländern in 600 Unterrichtsstunden ausreichend Deutschkenntnisse sowie in 45 Unterrichtsstunden ein Basiswissen über die deutsche Gesellschaft vermitteln. Kursträger sind Sprachschulen und andere Bildungsträger, die eine Zulassung vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) benötigen. Die Zahl der teilnehmenden Ausländer und Spätaussiedler belief sich laut BAMF im Jahr 2009 auf 116 052 Menschen, die von rund 16 000 Lehrkräften unterrichtet wurden.

An die Pädagogen stellt das BAMF hohe Anforderungen: Voraussetzung, um Integrationskurse leiten zu können, ist ein Hochschulabschluss, wenn nicht „Deutsch als Fremdsprache“ bzw. „Deutsch als Zweitsprache“ studiert wurde, sind diverse Fortbildungen notwendig. Bei der Finanzierung der Kurse ist das zuständige Bundesinnenministerium allerdings weniger anspruchsvoll. Die Kursträger erhalten pro Teilnehmer

und Unterrichtsstunde 2,35 Euro. Maximal 20 Sprachschüler darf ein Kurs laut BAMF-Vorschrift haben, macht also höchstens 47 Euro pro Unterrichtsstunde. Davon müssen Arbeitsmaterialien bezahlt, die Rechnungen für Raum- und Heizkosten beglichen werden.

Für die Dozenten bleibt da nicht viel übrig. „Wenn ich soviel unterrichte wie eine vollbeschäftigte Schullehrkraft, also etwa 1000 Schulstunden im Jahr, habe ich ein Bruttojahreseinkommen von 15 000 Euro. Nach Abzug der Sozialversicherungsbeiträge und der Fahrtkosten bleiben mir, bei guter Auslastung, monatlich 575 Euro zum Leben. Wenn das Jobcenter mich nicht zwingen könnte, noch schlechtere Arbeit anzunehmen, hätte ich längst gesagt: ohne mich“, sagt der Deutschlehrer *Karl Kirsch*.

Auf der nach unten offenen Skala prekärer Beschäftigungsverhältnisse dürften die DaZ-Lehrkräfte derzeit fast konkurrenzlos sein. Entlohnt wird nur die reine Unterrichtsstunde, die Vor- und Nachbereitung werden nicht vergütet. Kein Geld gibt es in den Ferien, Ausfallentschädigungen sind in den Honorarvereinbarungen ebenfalls nicht vorgesehen. Die Mehrheit der Lehrkräfte erhalten einen Honorarsatz, der unterhalb des Verdienstes eines Bauhilfsarbeiters liegt, kritisiert *Arnfried Gläser*, Referent für Berufliche Bildung und Weiterbildung beim GEW-Hauptvorstand. Im Schnitt verdienen die Betroffenen netto kaum 10 000 Euro im Jahr. Viele seien auf staatliche Zusatzleistungen angewiesen. Die GEW hat daher im März gemeinsam mit dem Netzwerk der DaZ-Lehrkräfte die Bundesregierung aufgefordert, das Honorar für Lehrkräfte in Integrationskursen pro Unterrichtseinheit auf mindestens 30 Euro anzuheben und diese fest einzustellen (s. *E&W* 4/2011). Mit einer Vergütung von über 20 Euro pro Stunde liegen die Volkshochschulen (VHS) am oberen Ende der Honorarskala. An der VHS Berlin werden gar 25 Euro gezahlt. Hier haben die Honorarkräfte zudem einen arbeitnehmerähnlichen Status, d. h. sie erhalten z. B. Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. „Die VHSn sind allerdings in einer besseren Lage als andere Kursanbieter, denn sie können die DaZ-Kurse durch die Einnahmen in anderen Bereichen querfinanzieren“, sagt GEW-Weiterbildungsexperte *Odenwald*. Das heißt: Die VHSn müssen in anderen Bereichen Geld erwirtschaften, um die Unterfinanzierung der Integrationskurse durch das Bundesinnenministerium zu kompensieren. Andere Anbieter zahlen deutlich schlechtere Stundensätze; im

Schnitt sind es zwischen 14 und 18 Euro; als Mindesthonorar hat das BAMF 15 Euro pro Stunde festgelegt. Dass sich Integrationskurse besser finanzieren lassen, zeigt ein Blick ins europäische Ausland: In Spanien bekommen die Kursanbieter einen dreifach höheren Stundensatz als in Deutschland; in Österreich gilt für Lehrkräfte, die bei privaten Trägern der Erwachsenenbildung beschäftigt sind, seit Oktober vergangenen Jahres ein Tarifvertrag.

Entlohnt mit 12,50 Euro

In Deutschland dagegen hat das Bundesinnenministerium offenbar keine Probleme damit, selbst Kursanbieter positiv zu evaluieren, die es mit Arbeitnehmerrechten nicht allzu genau nehmen. In einem Arbeitsvertrag der „inlingua Sprachschule Köln“ etwa wird einer Lehrkraft eine Arbeitszeit zugemutet, die montags bis freitags zwischen 7.30 und 21 Uhr sowie samstags zwischen 8 und 15 Uhr liegen kann. „Die An- und Abfahrt zu Unterricht in den Räumen eines Kunden zählt dabei nicht als Teil der Arbeitszeit“, heißt es in dem der *E&W* vorliegenden Vertrag. Urlaub muss hauptsächlich während Ostern, Pfingsten und Weihnachten genommen werden. Entlohnt wird diese Bereitschaft für flexiblen Arbeitseinsatz mit 12,50 Euro pro Stunde.

Die Vertragsbedingungen bei „inlingua“ seien typisch, jedoch nicht der schlimmste Fall von Ausbeutung, erklärt *Gläser*. „Es gibt noch Ausschläge nach unten, z. B. Sprachschulen mit Verträgen, in denen eine Entlohnung von zwölf Euro oder noch weniger festgelegt ist. Die Honorarkräfte müssen aber unterschreiben, dass der Arbeitgeber ihnen mindestens 15 Euro pro Stunde zahlt.“

Auch *Karl Kirsch* hat früher für „inlingua“, einem nach dem Franchise*-Prinzip aufgebauten, bundesweit tätigen Bildungsträger gearbeitet. Heute organisiert er in Magdeburg einen Arbeitskreis betroffener Lehrkräfte. „Unser Elend ist politisch gewollt“, sagt er. „Das BAMF akzeptiert die Firma jedes Jahr neu als Kursträger und erlaubt ihr damit ganz offiziell, Honorare zu zahlen, die 2,50 Euro unter dem eigentlichen Mindestsatz liegen.“ Seine Kollegin in Köln hat vor gut einem Jahr trotz aller Warnungen den Arbeitsvertrag bei inlingua unterschrieben. „Und es hat ihren Aufenthalt in unserem ‚gastfreundlichen Land‘ letztlich beendet“, bemerkt *Kirsch* bitter-ironisch. „Sie ist Anfang des Jahres zurück in die Vereinigten Staaten gezogen.“

*Jürgen Amendt, Redakteur
„Neues Deutschland“*



Cartoon: Freimut Wössner

„Flexible

Kampagne des IB-Betriebsrats gegen

Der Internationale Bund (IB) ist einer der ganz Großen unter den freien Trägern der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit. Bundesweit arbeiten mehr als 9000 Festangestellte und rund 3000 Honorarkräfte in 700 Einrichtungen mit über 350 000 Jugendlichen und Erwachsenen. Wenn also ein solches Unternehmen einen großen Teil seiner Beschäftigten nur noch befristet einstellt, hat das Signalwirkung für die Branche. Aktuell liegt die Befristungsquote beim IB e. V. nach Angaben der IB-Führung bei 26,4 Prozent.

Das gilt jedoch nur für den Verein mit seinen rund 6000 Angestellten. „In der IB-GmbH, dem größten Tochterunternehmen des Konzerns mit über 2000 Beschäftigten, lag die Befristungsquote im Januar bei 45,8 Prozent, in mehreren

*In Franchise-Unternehmen arbeiten die einzelnen Filialen zwar formal selbstständig, müssen sich aber einer gemeinsamen, übergeordneten Geschäftspolitik einer bestimmten Marke unterwerfen, durch die Organisation, Struktur und Marketing der jeweiligen Filialen vereinheitlicht werden. Bekannte Beispiele sind Baumarkt- und Imbissketten.



Personalpolitik“

en Fristverträge

Betrieben sogar bei über 60 Prozent“, betont die Vorsitzende des Konzernbetriebsrates *Sabine Skubsch*. Unter dem Dach der GmbH sind überwiegend Betriebe der beruflichen Bildung zusammengefasst. Zum Vergleich: Bundesweit sind nur etwa neun Prozent der Arbeitnehmer befristet angestellt. Die Betriebsräte des IB haben daher bereits Ende vergangenen Jahres eine Kampagne gegen die Einstellungspolitik des Unternehmens gestartet. Ziel ist, Fristverträge auf Ausnahmen zu beschränken. Die IB-Betriebsräte fordern, dass das unbefristete Arbeitsverhältnis bei Neueinstellungen wieder zum Regelfall wird.

Der Arbeitgeber zeigt allerdings wenig Bereitschaft, grundsätzlich etwas an der Einstellungspraxis zu ändern. „Unser Vorstand sieht zurzeit keine Notwendigkeit, die sehr restriktive Forderung unseres Konzernbetriebsrates zu erfüllen“, erklärt IB-Geschäftsführer *Rainer Scholl*. Mit der Befristung von Arbeitsverhältnissen bewege sich der IB „auf einer zulässigen, rechtlich einwandfreien Grundlage“. Außerdem seien allein im

vergangenen Jahr über 500 befristete in unbefristete Verträge umgewandelt worden.

Preiswettbewerb zerstört

Das bestreitet auch der Konzernbetriebsrat nicht und sieht durchaus eine gewisse Zwangslage für den IB. Verantwortlich für die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen insbesondere bei der beruflichen Bildung sei die Ausschreibungspraxis der Bundesagentur für Arbeit (BA), sagt Skubsch. Den Zuschlag erhielten meist die kostengünstigsten Anbieter. Die Arbeitsagenturen hätten damit einen „zerstörerischen Preiswettbewerb“ unter den Anbietern in Gang gesetzt. Um hier bestehen zu können, wendeten die freien Träger „jede gesetzliche mögliche Form flexibler Personalpolitik an“, damit die Personalkosten so niedrig wie möglich bleiben. Nach IB-Angaben zahlt die BA für die Ausbildung eines jugendlichen Schulabbrechers heute nur noch 400 Euro, vor zehn Jahren hat die Bundesagentur noch doppelt soviel investiert.

Im Gegenzug ist beim IB die Zahl der unsicheren und befristeten Stellen gestiegen. Um Tarifverträge zu umgehen, habe der Konzern Beschäftigte in mehrere GmbHs ausgegliedert, seien Leiharbeit und Fristverträge mittlerweile vielerorts die Regel, wirft der Betriebsrat der Unternehmensführung vor. Befristet würden beim IB teilweise sogar Stellen, die nicht von einer kurzfristigen Auftragsvergabe abhängen, zum Beispiel in Kindertagesstätten, kritisiert Skubsch.

Unsicherheit zermürbt

Die Folgen für die Beschäftigten sind zum Teil dramatisch. Die „immerwährende Unsicherheit zermürbt“, heißt es in einem Aufruf des Konzernbetriebsrats für einen Befristungsstopp beim IB. Frauen müssten sich bei Schwangerschaft um ihre Weiterbeschäftigung sorgen, Elternzeitgesetz und Mutterschutzregeln würden durch Fristverträge ausgehebelt. Negative Folgen hat die Befristungspraxis aber auch für die Betreuten, denn vielfach sei die für gute pädagogische Arbeit notwendige Kontinuität durch den ständigen Personalwechsel nicht mehr gewährleistet. „Natürlich wirkt sich die unsichere Berufsperspektive der Beschäftigten nicht gerade positiv auf das Betriebsklima aus“, erläutert die Konzernbetriebsratsvorsitzende. Die Fluktuation im Unternehmen sei daher hoch und der IB habe schon heute Probleme, vakante Stellen zu besetzen.

Dem widerspricht IB-Geschäftsführer Scholl. Mit sechs Prozent sei die Fluktuationsrate nicht „übermäßig hoch“. Probleme, Stellen neu zu besetzen, gebe es allerdings in den Ballungsgebieten. Wie Skubsch macht auch Scholl dafür die Ausschreibevorgaben der Arbeitsagenturen verantwortlich. Die Bedingungen seien so ungünstig, „dass z. B. Lehrkräfte schlechter bezahlt werden müssen als im öffentlichen Dienst“ und qualifiziertes Personal daher dorthin abwandere.

Was passiert, wenn sich freie Träger an Tariflöhnen orientieren, kann man derzeit in Berlin beobachten. Dort verabschiedet sich der IB gerade aus der beruflichen Bildung von Jugendlichen. Bis zu 300 Mitarbeiter, knapp die Hälfte seiner Beschäftigten, sind davon betroffen. Als Grund nennt der IB den „knallharten Wettbewerb“ um die Fördergelder der Arbeitsagenturen. Der IB zahlt in Berlin seine Mitarbeiter nach Tarif, die Konkurrenz dagegen nicht.

*Jürgen Amendt, Redakteur
„Neues Deutschland“*



Fotos: dpa

Benachteiligte Jungs?

FES-Studie: Bildungseinrichtungen sind keine weiblichen Biotop

Jungen, so kursiert zurzeit eine populäre These, würden in von Frauen dominierten deutschen Bildungssystem benachteiligt. Belegen lässt sich diese Vermutung nicht. Das zeigt eine im Auftrag der GEW erarbeitete Studie, die während einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Berlin zur Diskussion stand.

Benachteiligt sind an Schulen die Benachteiligten: Migranten, Kinder aus armen Familien, Behinderte.“ So knapp und eindeutig lautet das Resümee von *Thomas Viola Rieske*, der – gefördert von der Max-Traeger-Stiftung der GEW – die „Diskussion um Jungenbenachteiligung und Feminisierung in deutschen Bildungsinstitutionen“ untersucht hat. Rieske, der für seine Forschungsarbeit deutsche und internationale Daten sowie Studien anderer Bildungsforscher ausgewertet hat, stellt so nüchtern wie einfach fest: Es lasse sich wissenschaftlich nicht nachweisen, dass Jungen in Schulen und Kitas benachteiligt werden.

Eine der Thesen in der Debatte: Die Überzahl von Frauen in pädagogischen Berufen sei schuld am Bildungsversagen der Jungen, weil in den Einrichtungen männliche Vorbilder fehlen. Stimmt nicht, widerspricht Rieske: Bildungsvergleichstests an Grundschulen zeigten, dass sich dort der Lernerfolg von Mädchen und Jungen kaum unterscheidet, obwohl der Frauenanteil bei den Lehrkräften hier am höchsten ist. Tatsächlich sind nur etwa zwölf Prozent

der Lehrenden an Grundschulen Männer. An Hauptschulen sind es immerhin 40 Prozent, an Gymnasien fast die Hälfte. In Kitas sind zwar nur gut drei Prozent der Beschäftigten Männer – bei den Kitaleitungen sind es hingegen mit 5,6 Prozent fast doppelt so viele. Ein Phänomen, das sich durch sämtliche Bildungsinstitutionen zieht. „Je angesehener die Einrichtung oder je höher die berufliche Position, desto größer der Männeranteil“, so Rieske. Sein Fazit: Bildungseinrichtungen seien keine „weiblichen Biotop“, sondern reproduzierten bekannte weibliche und männliche Rollenmuster.

Fakt sei, so der Forscher: Grundschülerinnen bekommen bei gleicher Leistung oft bessere Noten und häufiger Gymnasialempfehlungen als Jungen, jedoch unabhängig vom Geschlecht der Lehrkraft. Er vermutet, dass dabei neben fachlichen Leistungen auch andere Kriterien eine Rolle spielten, etwa die Bewertung sozialer Kompetenzen und die soziale Herkunft. Die Annahme, dass Lehrerinnen Jungen grundsätzlich schlechter benoten, lasse sich aber nicht belegen. Ebenso wenig die These, dass Jungen männliche Lehrkräfte bevorzugen. Befragungen zeigten stattdessen, dass diese sich genau wie Mädchen „gerechte und geduldige Lehrkräfte mit Durchsetzungsvermögen, Einfühlbarkeit und Methodenkompetenz wünschen“. Den meisten Jungen sei es egal, ob eine Frau oder ein Mann sie unterrichtete.

Blick auf „PISA“

Bei der internationalen Leistungsvergleichsstudie PISA landeten in Deutschland zwar mit zwölf Prozent mehr Jungen als Mädchen (zehn Prozent) in der untersten Kompetenzstufe. Doch ebenso überflügeln sie die Schülerinnen in der obersten: Hier sind die Knaben mit zwölf, Mädchen nur mit 10,5 Prozent an der Spitze. Dass der Mädchenanteil an Gymnasien heute geringfügig höher liegt als der der Jungen, wertet Rieske eher als „erfolgreichen Abbau früherer Mädchenbenachteiligung“ denn als Zeichen einer Benachteiligung des männlichen Geschlechts: Immer noch überprägen Jungen häufiger Jahrgangsstufen. Und auch die auffällig höhere Anzahl von Jungen an Hauptschulen sei

kein neues, sondern ein schon vor 50 Jahren wahrgenommenes Phänomen: „Damals lag der Anteil männlicher Lehrkräfte aber noch erheblich höher“, so der Forscher. Heute versammelten sich an diesen Schulformen in erster Linie „Kids aus sozial benachteiligten und Einwandererfamilien“. Nicht das Geschlecht, sondern die Schicht benachteiligte im Bildungssystem.

Altbekannte Rollenmuster

Spätestens beim Übergang ins Berufsleben sind Mädchen nicht mehr auf der Überholspur. Altbekannte Rollenmuster halten sich auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt hartnäckig. Fest stehe, so der Lehrer und Schulkulturforscher *Konrad Manz*, der an der Universität Göttingen den Umgang mit Geschlechterrollen an Schulen untersucht: Genderstereotypen spielten an Schulen noch immer eine enorm große Rolle. Und keineswegs nur im Unterricht: „Schulen sind Lebensraum, Schülerinnen und Schüler suchen dort Anerkennung nicht allein aufgrund schulischer Leistungen, sondern auch als Individuen.“ Abweichendes sexuelles Verhalten, etwa Homosexualität, sei an Schulen – in den Klassen wie im Lehrkörper – in der Regel ein Tabu: „Reale Identitäten werden verleugnet.“ Schule zwingt Vielfalt in Kategorien, kritisiert der Wissenschaftler. Manz fordert Lehrkräfte auf, „Normen zu hinterfragen sowie eine bewusste Wertschätzung von Selbstbestimmung“. So genannte jungen- oder mädchenstereotypische Bildung könne Geschlechterstereotypen fördern, stimmt auch GEW-Frauenexpertin *Anne Jenter* zu. „Pädagogische Begegnungen sollten von einer Anerkennung der Heterogenität von Kindern und Jugendlichen geprägt und auf individuelle Förderung ausgerichtet sein“, heißt es im Beschluss des GEW-Hauptvorstandes zur „Pädagogik der Vielfalt“. Die Debatte über Benachteiligung der Jungen basiere, so Jenter, auf Zuschreibungen, „die der Vielfalt der Geschlechter nicht gerecht werden“. Lehrkräfte sollten nicht an „traditionellen Geschlechterrollen“ festhalten, fordert Jenter. Stattdessen brauche es eine „geschlechtersensible Aus- und Fortbildung“ sowie einer Reflexion der eigenen Geschlechterrolle.

Alke Wierth, taz-Redakteurin

* Bildung von Geschlecht. Zur Diskussion um Jungenbenachteiligung und Feminisierung in deutschen Bildungsinstitutionen. Eine Studie von *Thomas Viola Rieske* im Auftrag der Max-Traeger-Stiftung.



Die Broschüre (Artikel-Nr. 1392) erhalten Sie im GEW-Shop (www.gew-shop.de, E-Mail: gew-shop@callagift.de, Fax: 06103/30332-20), Mindestbestellmenge: zehn Stück, Einzelpreis: 2,50 Euro, Preise zuzüglich Verpackungs- und Versandkosten. Einzelbestellungen an: broschueren@gew.de.

„Es gibt keinen Rest beim Risiko“

Interview mit dem Geschäftsführer des Öko-Instituts und Reaktorexperten Michael Sailer



Foto: dpa

Michael Sailer

E & W: Herr Sailer, die Atomkatastrophe von Fukushima hat viele Politiker überrascht. War die Gefahr eines solchen Unfalls wirklich nur ein „Restrisiko“?

Michael Sailer: Der Begriff „Restrisiko“ ist falsch. Es gibt keinen „Rest“ beim Risiko. Es gibt nur das Risiko – und dass dies aus schweren Nuklearunfällen besteht, ist aus Reaktor-Sicherheitsstudien bekannt. Das Wissen darüber wurde von vielen Kennern der Materie verdrängt. Sie waren im Glauben: Eine geringe Wahrscheinlichkeit bedeute, dass Unfälle nicht eintreten. Ein Irrtum.

E & W: Müssen wir weiter mit schweren Nuklearunfällen rechnen? Harrisburg 1979, Tschernobyl 1986, Fukushima 2011...

Sailer: Schwere Unfälle können nicht ausgeschlossen werden, solange die Reaktoren der bisher üblichen Bauart weiter betrieben werden. Die Frage ist nicht, ob etwas passiert, sondern nur, wann.

E & W: Wie groß ist denn die Wahrscheinlichkeit eines Super-GAU?

Sailer: In den Risikostudien wird sie in Größenordnungen von einem Kernschmelz-Unfall pro 10 000 Reaktor-Betriebsjahren angegeben. Das muss man auf die derzeit weltweit betriebenen 450 Kernkraftwerke umlegen, dann ist ein solcher Unfall etwa alle 50 Jahre wahrscheinlich. Allerdings sind in den Studien bestimmte Unfall-Pfade übersehen worden. Auch Auslöser wie Terrorangriffe wurden nicht berücksichtigt. Das erhöht die Wahrscheinlichkeit weiter.

E & W: Könnte in Deutschland ein Super-GAU geschehen? Hier drohen keine Tsunamis...

Sailer: Tsunamis nicht, aber es gibt andere Risiken, die ebenfalls zum kompletten Ausfall der Reaktorkühlung führen können. Beispiele: schwere Einwirkungen von außen, etwa der Absturz eines großen Flugzeugs, nicht entdeckte Konstruktionsfehler oder eine langandauernde Unterbrechung der Stromversorgung, die zum Ausfall wichtiger Systeme führen.

E & W: Hat es denn in deutschen Reaktoren kritische Situationen gegeben?

Sailer: Durchaus. 1987 einen Störfall im Kernkraftwerk Biblis A, als durch ein falsch bedientes Ventil Radioaktivität aus dem Containment nach außen austrat. 2001 eine Wasserstoffexplosion im Innern des Reaktors in Brunsbüttel. Und andere Fälle, in denen Sicherheitsysteme nach Reparaturen nicht mehr einsatzfähig waren. Wären weitere Fehler hinzugekommen, hätte auch hier ein Super-GAU stattfinden können.

E & W: Lässt sich das Risiko der AKWs durch Nachrüstung vermindern oder bringt letztlich nur ein Ausstieg Sicherheit?

Sailer: Eine gut gemachte Nachrüstungsmaßnahme verbessert natürlich die Sicherheit. Ein Risiko „Null“ ist allerdings nicht zu erreichen, da immer nur Teilbereiche verbessert werden. Die Nachrüstungen sind zudem sehr teuer, pro Reaktor fallen hohe zwei- oder dreistellige Millionenbeträge an.

E & W: Zu teuer, dass es sich für die Stromkonzerne lohnt?

Sailer: Möglicherweise. Das 1994 stillgelegte Kernkraftwerk Würgassen war so ein Fall. Bei der Abschaltung des Reaktors in Stade haben solche Überlegungen wohl auch mitgespielt.

E & W: Die Bundesregierung hat nach Fukushima sieben der 17 AKW zur Überprüfung stillgelegt. Sind diese älteren Anlagen tatsächlich deutlich unsicherer als die neueren?

Sailer: Es gibt wesentliche Unterschiede. Etwa bei der Sicherheit gegen Flugzeugabstürze, die bei den älteren Anlagen aufgrund der dünneren Gebäudewände geringer ist. Man kann sagen: Es gibt zwei Klassen von Reaktoren – die aus den 1970er-Jahren und die aus den 1980er-Jahren. Um ein genaues Bild zu

bekommen, werden alle Anlagen derzeit erneut überprüft.

E & W: War die von der schwarz-gelben Bundesregierung beschlossene Laufzeitverlängerung ein Fehler?

Sailer: Es gab zwei bedenkliche Effekte: Erstens erhöht die Laufzeitverlängerung an sich das Risiko, weil jedes Betriebsjahr ein entsprechendes zusätzliches Risiko bringt. Zweitens wirkt sich der Nachrüstungsstau aus, der sich durch die im Atomkonsens von 2000 festgelegten kurzen Restlaufzeiten ergeben hat. In vielen Anlagen wurde mit dem Hinweis, dass es sich für die begrenzte Laufzeit nicht mehr lohne, auf Nachrüstungen verzichtet. Entsprechend geringer ist dort die bestehende Risikovorsorge.

E & W: Bis wann wäre ein kompletter Ausstieg aus der Atomkraft in Deutschland möglich?

Sailer: Bis etwa 2020. Es gibt derzeit Überkapazitäten im Kraftwerkspark. Sie würden es erlauben, zehn der 17 Atomkraftwerke abzuschalten. Bis 2013 könnten weitere vier vom Netz gehen, da bis dahin bereits geplante und im Bau befindliche Kohle-, Erdgas- und Erneuerbare-Energien-Kraftwerke den Ersatz liefern. Die letzten drei könnten dann bis Ende des Jahrzehnts abgeschaltet werden. Zusätzliche Stromimporte wären bei diesem Ausstiegsszenario nicht notwendig.

E & W: Seit Jahren ist von einer Renaissance der Kernkraft die Rede. Ist es realistisch, dass die Zahl der Atomkraftwerke weltweit stark ansteigt?

Sailer: Das war schon vor Fukushima unrealistisch. Ihre Anzahl wird gleich bleiben oder sogar sinken, selbst wenn einige Länder wie Russland und China einige Dutzend neue Reaktoren bauen. Der Grund: Viele der bestehenden Kernkraftwerke erreichen nach und nach das Ende ihrer Lebensdauer, sie werden abgeschaltet. Der Neubau kann sie allenfalls ersetzen. Außerdem wächst in vielen Ländern nach Fukushima die Skepsis, dass es richtig ist, weiter auf Atomkraft zu setzen. Eine echte Atom-Renaissance ist heute unwahrscheinlicher denn je.

Interview: Joachim Wille, Redakteur der „Frankfurter Rundschau“



Foto: dpa

Das Ende naht

Greenpeace stellt „Fahrplan für die Energiewende“ vor

Greenpeace will mit einem ausführlichen Konzept belegen, dass das letzte deutsche Atomkraftwerk bereits in vier Jahren vom Netz gehen kann.

Deutschland kann laut Berechnungen von Greenpeace bis 2015 aus der Atomenergie aussteigen, ohne dafür zusätzlichen Strom importieren zu müssen. Und das soll auch klimafreundlich möglich sein: Bis 2040 lasse sich der Strombedarf ohne die treibhausgasintensive Kohle decken, heißt es in einem detaillierten „Fahrplan für die Energiewende“, den die Umweltschutzorganisation Mitte April in Berlin vorgestellt hat. Vorübergehend soll unter anderem Erdgas die Lücke füllen, bis 2050 erneuerbare Energien auch diese Kraftwerke überflüssig machen.

Damit kontert Greenpeace den „Sechspunkte-Plan für die Energiewende“, den die Bundesregierung nach dem Reaktorunfall im japanischen Fukushima vorgestellt hat. Das Papier der schwarz-gelben Koalition sieht zwar unter anderem vor,

den Umstieg auf erneuerbare Energien etwa durch die massive Förderung von Windparks vor der Küste und den Ausbau der Stromnetze zu beschleunigen. Es nennt aber keine konkreten Fristen für den Atomausstieg.

Für Greenpeace ist dagegen klar: Schon 2011 können die sieben ältesten Atomkraftwerke, das AKW Krümmel und das in einem Erdbebengebiet stehende Neckarwestheim 2 mit einer Kapazität von 10,2 Gigawatt dauerhaft stillgelegt werden. Das würde weder dazu führen, dass in Deutschland die Lichter ausgehen, noch dass die Strompreise „signifikant“ in die Höhe klettern, schreiben die Umweltschützer. Denn Deutschland produziere bislang viel mehr Strom, als es verbrauche.

Kohle ist keine Lösung

Greenpeace baut auch darauf, dass in diesem Jahr Kraftwerke auf Basis erneuerbarer Energien wie Wind und Sonne ans Netz gehen werden. Zudem nehme die Energiewirtschaft nach Angaben ihres Verbandes BDEW in den kommenden Monaten ein neues Gas-Kraftwerk

mit 530 Megawatt und ein Steinkohle-Kraftwerk mit 800 Megawatt in Betrieb. Das zusammen sollte reichen, um die angenommene Spitzenlast von 80 Gigawatt „zu jeder Zeit im Jahr“ zu decken, meint Greenpeace. Selbst an extrem windstillen Tagen und Nächten, wenn kaum Strom aus Wind- und Sonnenenergie zur Verfügung stehe.

Und nach 2011? Bis 2015 gehen in dem Greenpeace-Szenario jedes Jahr zwei weitere AKWs für immer vom Netz. Die dadurch ausfallenden 11,29 Gigawatt sollen unter anderem 430 000 neue Solar-, 4000 Windkraft- und 30 Erdwärmeanlagen kompensieren. Zudem 15 bereits geplante oder im Bau befindliche Erdgaskraftwerke sowie bis 2012 auch weitere Steinkohleanlagen.

Doch Kohle, das ist den Umweltschützern klar, ist nicht die Lösung. Deshalb will die Organisation bis 2030 die großen Elektrizitätswerke dieser Art abgeschaltet wissen.

Zehn Jahre später wären dann auch die kleineren Anlagen auf Kohlebasis an der Reihe. Als Ersatz würden vor allem 18 170 Windräder im Meer und 2,8 Millionen neue Solaranlagen auf Dächern aufgestellt. Kühlschränke mit geringem Energieverbrauch und andere Einsparmöglichkeiten müssten die benötigte Strommenge bis 2030 im Vergleich zu 2008 um zwölf Prozent senken. Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) forderte dafür einen Energieeffizienzfonds, der über eine Milliarde Euro pro Jahr verfügen sollte.

Bleibt als einziger fossiler Energieträger noch das Erdgas. Ihn will Greenpeace bis 2050 fast völlig ersetzen – mit weiteren 20 650 Windkraft- und 1,66 Millionen Photovoltaikanlagen sowie mit etwas Biogas.

Fragt sich, ob das Ausstiegsszenario von Greenpeace realistisch ist. Der Kraftwerksbetreiberverband BDEW will den Plan nicht kommentieren. Pressesprecher *Frank Brachvogel* verweist nur auf einen Vorstandsbeschluss, nach dem das letzte Atomkraftwerk erst 2020 vom Netz gehen kann.

Unterstützung bekommt die Umweltorganisation vom Öko-Institut. Dessen Energieexperte *Charlotte Loreck* bestätigt, dass es realistisch sei, noch in diesem Jahr neun Atomkraftwerke stillzulegen. „Die Überkapazitäten würden sogar für zehn AKWs reichen“, erklärt Loreck. Dafür seien noch nicht einmal die von Greenpeace einkalkulierten sieben Gigawatt neuer Kapazität aus erneu-

erbaren Energien nötig. Der Markt habe sich wegen des rot-grünen Ausstiegsgegesetzes schon langfristig auf weniger Atomkraft eingestellt.

Kritiker wenden gegen den Atomausstieg oft ein, dass er den Klimaschutz erschwere. Diese Sorge sei unbegründet, urteilen neben Greenpeace auch die Experten des Umweltbundesamts (UBA). In Wirklichkeit, so Amtschef *Jochen Flasbarth*, dürfe der Ausstoß nicht wachsen, weil der Emissionshandel der Europäischen Union (EU) eine feste Obergrenze vorgebe. Das heißt: Wenn die Energieversorger mehr Kohle- und Gaskraftwerke laufen lassen wollen, muss das dabei entstehende CO₂ an anderer Stelle eingespart werden.

Atomstrom ist teurer

Politiker etwa von CDU und CSU warnen aber auch vor angeblich hohen Kosten des Atomausstiegs. Schließlich sei Strom aus Erdgas oder Solarzellen kurzfristig immer noch teurer als aus alten, abgeschriebenen AKWs. Doch Greenpeace sagt voraus, dass die Haushalte durch die Stilllegung der sieben ältesten Reaktoren nur bis zu 2,5 Prozent mehr zahlen müssten. Tatsächlich sind laut UBA die Preise an der Strombörse in Leipzig aufgrund der von der Bundesregierung offiziell verhängten vorübergehenden Abschaltung von acht AKWs kaum gestiegen.

Der Grund: Derzeit liefern Atomkraftwerke Greenpeace zufolge lediglich 25 Prozent des Stroms, die Erzeugungskosten machten weniger als 30 Prozent des Endpreises aus. Fraglich ist aber, ob sich die Kraftwerksbetreiber die Chance entgehen lassen, die Preise noch weiter zu erhöhen.

Selbst dann steht für die Umweltschützer fest: Kalkuliert man auch die Kosten für Altlasten und Steuerprivilegien der Atomindustrie ein, wäre Atomstrom heute rund vier Cent pro Kilowattstunde teurer. Richtig kostspielig wird es, wenn ein Kraftwerk hochgeht. „Wenn wegen eines Unfalls ein Landstrich nicht mehr bewohnbar ist, ist das ein immenser Verlust“, so der Wissenschaftler Michael Sterner vom Fraunhofer-Institut für Windenergie und Energiesystemtechnik.

Die Energiewende lohnt sich laut Greenpeace aber auch ökonomisch: Bis 2030 werde Deutschland 300 Milliarden Euro weniger für Brennstoffe ausgeben müssen. In der Erneuerbaren-Energien-Branche würden bis zu einer Million Arbeitsplätze entstehen.

Jost Maurin, taz-Redakteur

„Frankfurter Modell setzt Maßstäbe“

Kommune verbessert Energiebilanz mit Passivhausbauweise

Keine Energiewende ohne Energiesparen. Das gilt nicht nur für Privathäuser, sondern auch für öffentliche Einrichtungen wie Schulen. Frankfurt am Main könnte durch den Passivhausstandard für Schulgebäude eine Vorreiterrolle einnehmen.

Im Rathaus sprechen sie vom „Frankfurter Modell“. Mit dem habe die Stadt am Main Maßstäbe gesetzt, sagt *Martin Müller-Bialon*, Referent der Schuldezernentin *Jutta Ebeling* (Grüne). Und tatsächlich dienen derzeit viele Frankfurter Schulen als Vorbild: für eine energiesparende und damit umweltbewusste Bauweise. Nach der Atomkatastrophe in Fukushima interessieren sich viele Kommunen für den Passivhausstandard. Dabei werden die stark gedämmten Gebäude – verkürzt ausgedrückt – durch die Wärmeabgabe von Personen und Geräten im Haus und durch Sonnenenergie geheizt.

Doch schon längst vor der Atomkatastrophe in Japan war klar, dass sich die Energiebilanz in Schulen verbessern muss. Viele Gebäude – insbesondere Gymnasien – sind Altbauten, die einen hohen Energieverbrauch haben. Damit im Winter warme Klassenzimmer garantiert sind, muss die Heizung auf Höchstleistung laufen. Das treibt die Kosten in die Höhe. Die Europäische Kommission hat deshalb beschlossen, dass von 2015 an alle Schulneubauten in energie-

sparender Passivhausbauweise errichtet werden sollen.

In der Mainmetropole geht man noch einen Schritt weiter. Vor fünf Jahren beschloss die Kommune nicht nur, die Vorgabe der Europäischen Kommission umzusetzen. Zudem entschieden die Stadtpolitiker, dass fortan bei jeder anstehenden Sanierung auf Passivhausstandard umgerüstet werden soll – sofern das technisch möglich und wirtschaftlich vertretbar ist. Gerade bei Altbauten, von denen viele sogar unter Denkmalschutz stehen, ist die Passivhausbauweise schwierig umzusetzen. Dann sei das Ziel, den Energieverbrauch so weit wie möglich zu drosseln, heißt es aus dem Schulamt.

50 Schulen baut die Stadt derzeit auf diese Weise um. Kostenpunkt: knapp 190 Millionen Euro. Die Hälfte zahlt die Kommune, die andere stammt aus dem Konjunkturprogramm, das Bund und Länder 2009 während der Finanzkrise auflegten. Wenn das Programm ausgelaufen ist, muss die Kommune die Kosten vollständig übernehmen.

Bis sämtliche Schulen Frankfurts in Passivhausbauweise oder zumindest energieeffizient saniert sind, dürften daher noch zehn bis fünfzehn Jahre vergehen, heißt es aus dem Büro von Ebeling. Denn saniert werde nur, wenn an einem Gebäude ohnehin etwas zu reparieren ist. Gerade bei älteren Schulhäusern ist das in recht kurzen Abständen der Fall. Größtes und mit elf Millionen Euro teuerstes Projekt



Mainmetropole als Vorreiter: Die Kommune will die Energiebilanz in Schulen durch Passivhausstandards verbessern.

der Stadt ist derzeit der Umbau der Lesing-Schule, ein humanistisches Gymnasium im Frankfurter Westend.

Geringer Energieverbrauch

Die bundesweit erste Passivhausschule eröffnete im November 2004 im Neubaugebiet auf dem Frankfurter Riedberg. Gerade für Schulen eigne sich diese Bauweise, so Experten damals. Allein mit der Wärme, die die Schüler in der Turnhalle abgeben und die gespeichert wird, ließen sich weite Teile der übrigen Gebäude heizen, hieß es.

Die Fachleute behielten Recht. Zwar ist auch die Grundschule weiterhin auf Heizungen angewiesen. Doch ergaben Messungen einen Energieverbrauch von lediglich 24,4 Kilowattstunden pro Quadratmeter – 90 Prozent weniger als an anderen Schulen. Und in den Klassenzimmern werden auch im Winter 20 Grad erreicht. „Das Lernklima ist im wahrsten Sinne des Wortes sehr positiv“, sagt Müller-Bialon.

Vertreter zahlreicher Kommunen – aus Hessen und anderen Bundesländern – haben die Grundschule am Riedberg schon besucht, um sich über Einsparmöglichkeiten durch Passivhausbauweise zu informieren. Dass sich dieses Verfahren für Schulen und andere öffentliche Gebäude lohnt, ist mittlerweile eine gesicherte Erkenntnis. Auch wenn die Baukosten um bis zu 15 Prozent höher als bei der herkömmlichen Bauweise und die technischen Voraussetzungen nicht unproblematisch herzustellen sind. Die Kunst ist es, bei einem öffentlichen Gebäude mit viel Betrieb einen guten Luftaustausch zu gewährleisten, bei dem keine Wärme verloren geht. Dennoch entstehen auch außerhalb Frankfurts viele neue Schulen in Passivhausbauweise. Ganz aktuell in Freiburg, wo der Neubau zweier Schulgebäude begonnen hat.

Bislang hat jedoch nur die Kommunalpolitik in der Mainmetropole beschlossen, alle älteren Schulen umzurüsten. Die meisten anderen Kommunen fürchten die hohen Investitionen, an denen sich die Länder mit Verweis auf die übliche Kostenverteilung an Schulen (pädagogisches Personal bezahlt das Land, Bau und Unterhalt der Gebäude übernehmen die Kommunen) nicht beteiligen.

Mit einem Nachteil müssen die Schüler auf dem Frankfurter Riedberg allerdings leben: Aufgrund der guten Wärmedämmung bleibt es in den Räumen auch im Sommer kühl. An der Riedbergschule gab es noch keinen einzigen Tag hitzefrei.

Georg Leppert, Redakteur der „Frankfurter Rundschau“

„Energie ist Thema in allen Fächern“

Interview mit Schulleiter Norbert Rehner, Frankfurt



Foto: privat

Norbert Rehner

E & W: Herr Rehner, Sie sind seit 1978 an der Wöblerschule, können somit den Vergleich ziehen: Reagieren die Schüler auf die Reaktor-katastrophe in Japan anders als 1986 nach dem Super-GAU in Tschernobyl?

Rehner: Nach Tschernobyl war das Entsetzen auch groß. Ich weiß noch: Wir hatten damals gerade unseren Schulgarten eröffnet. Die Schülerinnen und Schüler durften ihn dann zwei Monate lang nicht benutzen, weil die Angst vor Strahlung auch in Deutschland sehr stark war. Das ist jetzt nicht der Fall. Ich glaube aber, das Bedürfnis über das Geschehen zu sprechen, ist nach Fukushima größer als damals nach Tschernobyl. Gerade für die Mittel- und Oberstufe hat das Thema Atom- und Energiepolitik nun eine ganz andere Bedeutung.

E & W: Reagieren Sie darauf im Unterricht?

Rehner: Natürlich. Wir behandeln die Themen Energie und Umwelt in allen Stufen – und zwar in mehreren Fächern. Auf welche Energieformen ein Staat setzen kann oder muss, ist natürlich ein Thema für den Unterricht in Politik und Wirtschaft. Auch im Fach Ethik können Sie mit den Schülern über Atompolitik und die Konsequenzen sprechen.

E & W: Ist es Zeit, das Pflichtfach Umwelt einzuführen?

Rehner: Davon halte ich nicht viel. Man schiebt mit so einem Fach die Verantwortung auf einzelne Lehrkräfte ab. Das ist der falsche Weg. Umwelt- und Energiefragen müssen in allen Fächern behandelt werden. Die Schüler sollen doch die Zusammenhänge zwischen naturwissenschaftlichen Entwicklungen auf der einen und der Energiepolitik auf der anderen Seite verstehen lernen. Das funktioniert nicht, wenn Sie das Thema auf ein Schulfach beschränken...

E & W: ... oder auf eine AG zum Energiesparen?

Rehner: Nein, das genügt nicht. In so einer AG sitzen sieben chronisch interessierte Schüler, den Rest erreicht man nicht. Natürlich ist es unsere Aufgabe, den Schülern ein Umweltbewusstsein zu vermitteln. Das tun wir auch. Aber dazu brauchen wir kein eigenes Fach.

E & W: Sondern?

Rehner: In Fächern wie Physik oder Chemie steht das Thema Energie – und damit auch das Energiesparen – ohnehin verpflichtend auf dem Lehrplan der 9. Klasse. Das ist aber bei Weitem nicht genug. Wir sind eine Umweltschule, da müssen wir früher ansetzen. Unsere Fünftklässler machen zum Beispiel den „Umweltführerschein“. Sie lernen etwa, wie viel Kohlendioxid sie im Alltag verbrauchen und an welcher Stelle sie welches einsparen können. Und sie lassen sich von unseren Neuntklässlern zu so genannten Energie-Agenten ausbilden.

E & W: Was ist ein Energie-Agent?

Rehner: Jemand, der erforscht, wo und wie jeder sparsamer und umweltbewusster handeln kann. Das fängt bereits in den Unterrichtsräumen an. Unsere Energie-Agenten achten beispielsweise genau darauf, dass in unserer Einrichtung nicht überflüssig geheizt wird. Die Schülerinnen und Schüler schauen auch zu Hause genauer hin. Die wissen, dass beim Heizen jedes Grad weniger sechs Prozent Energieersparnis ausmacht.

E & W: Ist die Wöblerschule selbst Vorbild in Sachen Umweltbewusstsein?

Rehner: Durchaus. Wir haben zum Beispiel im November 2009 auf dem Dach unserer Mensa eine schuleigene Photovoltaikanlage gebaut. Die liefert pro Jahr 5500 Kilowattstunden Strom. Die Anlage hat 25000 Euro gekostet. Wir haben sie über zinslose Darlehen von Eltern und Lehrkräften finanziert.

E & W: Was machen Sie mit dem produzierten Strom?

Rehner: Wir verkaufen ihn an Mainova, den örtlichen Energieversorger. Wir gehen davon aus, dass sich die Anschaffung schon nach siebeneinhalb Jahren amortisieren wird. Zudem bauen wir zusammen mit einigen außerschulischen Partnern* eine Solartankstelle.

E & W: Wer soll dort Strom zapfen?

Rehner: Zunächst einmal unsere Schülerinnen und Schüler. Sie können dort ihre Handys und Notebooks aufladen. In zwei Jahren soll es möglich sein, an der Solartankstelle Elektrofahräder aufzupumpen. Dann können auch die Nachbarn aus dem Stadtteil ihre Räder an unsere Solarpumpe anschließen.

Interview: Georg Leppert, Redakteur der „Frankfurter Rundschau“

* Anm.d.Red.: die Polytechnische Stiftung, die FH Frankfurt, die Mainova sowie die Firma Schott-Glas

Freier Zugang zum Master

Interview mit Wilhelm Achelpöhler, Fachanwalt für Verwaltungsrecht

E & W: Nach Berechnungen der GEW ist 2011 mit rund 125 000 Bachelor-Absolventen zu rechnen. 2009 waren es rund 75 000. Im vergangenen Semester haben viele keinen Platz in einem Masterstudiengang bekommen. Warum?

Wilhelm Achelpöhler: Das erste Problem bestand darin, dass nach der ursprünglichen Konzeption der Bologna-Reform nur ein ganz geringer Teil der Bachelor-Absolventen zum Masterstudium zugelassen werden sollte. In Nordrhein-Westfalen (NRW) zum Beispiel sprach man von einem Viertel bis zu einem Drittel der Bachelor-Absolventen. Doch jetzt wollen fast alle ihr Studium in einem Masterstudiengang fortsetzen. Die Übergangsquoten liegen gegenwärtig etwa bei 78 Prozent.

Da es angeblich zu wenig Master-Studienplätze gibt, haben die Hochschulen Zugangsbeschränkungen eingeführt. Und darin liegt ein weiteres Problem. Denn jede Hochschule hat ihre eigenen Zulassungsbedingungen, die häufig sehr undurchsichtig sind. Die Folge: Der Studierende weiß nicht, ob er mit seiner Qualifikation an einer Hochschule überhaupt eine Chance hat, den Master zu machen. Er weiß nicht, wie die Zulassungsvoraussetzungen vor Ort konkret aussehen, wie die Unis die einzelnen Kriterien gewichten. Diese werden häufig nicht in Zulassungsordnungen festgelegt, sondern von irgendwelchen Kommissionen bestimmt. Die Konsequenz ist ein Chaos. Die Studienplatz-Interessenten bewerben sich bei zig Hochschulen. Und die wissen nicht, wie viele der Bewerber tatsächlich an ihrer Einrichtung studieren werden. In Münster zum Beispiel haben sich über 1400 Studierende für den Master in Betriebswirtschaftslehre (BWL) beworben. Die Hochschule hatte angeblich nur 150 freie Studienplätze.

E & W: Was ist die Folge?

Achelpöhler: Die Hochschulverwaltung hat aber über 380 Studienplätze vergeben, weil sie davon ausging, dass viele wieder abprängen. Doch dann stellte sie fest, dass mehr als 190 Anwärter ihre Studienplätze nutzen wollten. Der Studiengang war total „überbucht“. Das sind die grotesken Folgen, um die es dabei geht.

E & W: Haben Betroffene auf die Zulassung zum Masterstudium geklagt?

Achelpöhler: Die Uni Münster hat sich ein Zulassungsverfahren ausgedacht, das alles andere als transparent ist. Sie hat ihre Auswahlkriterien nicht in einer Zulassungsordnung festgehalten. Noch dazu waren eine ganze Reihe schwer fassbar und vom Gesetzgeber auch nicht vorgesehen. Das Oberverwaltungsgericht (OVG) urteilte, dass dieses Verfahren nicht den gesetzlichen Vorgaben entspreche. Mit der Folge, dass klagende Bewerber einen Studienplatz erhielten, obwohl sie aus Sicht der Universität weiter hinten in der Rangliste lagen.

E & W: Die GEW hat Sie mit einem Rechtsgutachten* beauftragt, in dem Sie prüfen sollten, ob der Bund den Zugang zum Masterstudium einheitlich regeln kann.

Achelpöhler: Genau. Der Bund hat mit der Föderalismusreform I die Gesetzgebungskompetenzen zwischen Bund und Ländern neu geregelt. Bis dahin hatte er allein die Kompetenz für die Rahmengesetzgebung im Hochschulbereich. Jetzt herrscht eine konkurrierende Gesetzgebungskompetenz. Das heißt, der Bund kann zwar noch die Hochschulzulassung und die -abschlüsse regeln, die Länder können allerdings davon abweichende Regelungen treffen. Das Gutachten lotet aus, wie weit die Kompetenz des Bundes für die Zulassung an Hochschulen reicht.

E & W: Kann der Bund den freien Zugang zum Master regeln?

Achelpöhler: Nach Maßgabe des Grundgesetzes kann er das. Außerdem: Der Bachelorabschluss qualifiziert für das Masterstudium und da der Bund dafür zuständig ist, Hochschulabschlüsse zu regeln, ist er auch hier in der Ver-

antwortung. Er hat die Möglichkeit, das zeigt auch das Gutachten, bestehende Zugangshürden in Landeshochschulgesetzen oder Hochschulzulassungsordnungen durch ein Bundesgesetz zu beseitigen.

E & W: Jeder Bachelor hat also das Recht auf ein Masterstudium?

Achelpöhler: Ja. In unserem Gutachten geht es aber zunächst um die Frage, welche Gesetzgebungskompetenz hat der Bund im Hochschulbereich, was kann er regeln? Wir haben allerdings auch vorgeschlagen, wie es zu regeln wäre. Nämlich, dass im Prinzip jeder, der den Bachelor erworben hat, auch den entsprechenden Masterstudiengang studieren darf. Das entspricht auch der GEW-Position.

E & W: Womit aber das Kapazitätsproblem der Hochschulen noch nicht gelöst ist?

Achelpöhler: Zunächst einmal bedeutet das: Wenn es einen Bewerberüberhang gibt, wäre zu klären, wie die Studienplätze verteilt werden. Auf die Dauer heißt das, dass das Problem nur mit einem ausreichenden Ausbau von Studienplätzen zu lösen ist. Letztlich: Man muss Abschied nehmen von der inzwischen zur Schimäre gewordenen Vorstellung, dass nur ein Bruchteil der Studierenden vom Bachelor ins Masterstudium übergeht. In diesem Punkt sehe ich die Bologna-Reform als komplett gescheitert an. Die Absicht der Politiker, wir schaffen den Bachelor als ein Schmalpuststudium für die breite Masse und das Masterstudium nur für eine kleine Elite, akzeptieren die Studierenden nicht mehr.

Interview: Karl-Heinz Heinemann, freier Journalist



Foto: privat

Wilhelm Achelpöhler



Foto: dpa

„Man muss Abschied nehmen von der inzwischen zur Schimäre gewordenen Vorstellung, dass nur ein Bruchteil der Studierenden vom Bachelor ins Masterstudium übergeht.“

„Wer nicht spurt ...“

GEW-Kommentar: Euro-Plus-Pakt gegen Arbeitnehmerinteressen



Foto: Kay Henschelmann

Ulrich Thöne

„Alternativlos“ war das Unwort des Jahres 2010. Dass eine Jury von Sprachforschern gerade dieses Wort auswählte, hatte eindeutig einen politischen Hintergrund: Als „alternativlos“ hatte Bundeskanzlerin *Angela Merkel* (CDU) die finanziellen Hilfen der EU für Griechenland bezeichnet. Die Kritik der Sprachexperten: Das Wort suggeriere sachlich unangemessen, dass es bei einem Entscheidungsprozess von vornherein keine Alternativen und damit auch keine Notwendigkeit der Diskussion und Argumentation gebe.

Seitdem vermeiden Merckels Redenschreiber das Wort „alternativlos“. Was allerdings die europäischen Staats- und Regierungschefs, maßgeblich beeinflusst durch Merkel und den französischen Staatspräsidenten *Nicolas Sarkozy*, beschlossen haben, vernichtet politische Alternativen bereits im Keim. „Euro-Plus-Pakt“ nennt sich das Ergebnis – ein schier unglaublicher Euphemismus – oder anders ausgedrückt: eine Beschönigung einer gravierenden Verschlechterung.

„Euro-Plus-Pakt“: Was nach einem neuen Super-Benzin für Konjunktur und Währung klingt, entpuppt sich aus gewerkschaftlicher Sicht als Pakt gegen die europäischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wenige Menschen wissen, was dabei genau geregelt werden soll.

Zu den bekannteren Maßnahmen zählt, dass

- die Stabilisierungsmechanismen der EU bis zu 500 Milliarden Euro bereit stellen, um finanzschwachen Mitgliedsstaaten aus der Klemme zu helfen – ob das reichen wird, ist allerdings völlig offen,
- über den Ankauf von Staatsanleihen die Spekulationsgefahr eingedämmt werden kann und
- Zinsen, z. B. für Griechenland, gesenkt werden, damit das Land die Chance hat, aus der Schuldenfalle wieder heraus zu kommen.

Alles durchaus sinnvolle Maßnahmen. Aber ohne wirksame Kontrolle und Regulierung des Finanzmarktes bleiben sie bestenfalls Stückwerk. Wenn z. B. dieselben Banken, die sich bei der europäischen Zentralbank für ein Prozent Zinsen Geld entleihen können, gleichzeitig berechtigt sind, in den Krisenregionen ihrerseits Kredite zu einem Zinssatz von zwölf oder 13 Prozent (!) zu vergeben, kann man sich nur verwundert die Augen reiben. Gleichzeitig werden insbesondere die Griechen als Verschwender und Betrüger diffamiert, denen die reichen EU-Staaten kein Geld hinterherwerfen sollten. Das bedient landläufige Stimmungen und bereitet die Basis für viel weitergehende Eingriffe in die Autonomie der EU-Staaten und vor allem in die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. So sollen unter anderem

- die Lohnentwicklung künftig ausschließlich der Produktivität folgen („produktivitätsorientierte Lohnpolitik“),
- ein Inflationsausgleich keine Rolle spielen,
- die Lohnstückkosten niedrig gehalten und
- die Lohnfindung möglichst auf Betriebsebene verlagert werden – ein klarer Angriff auf den Flächentarifvertrag.

Dem öffentlichen Dienst wird eine deutliche Lohnzurückhaltung auferlegt. Die Paktunterzeichner wollen sicherstellen, dass die Lohnabschlüsse im öffentlichen Sektor den Anstrengungen für mehr Wettbewerbsfähigkeit im privaten Sektor „förderlich seien“ – eingedenk der wichtigen Signalwirkung der Löhne im öffentlichen Dienst. Im Klartext heißt das für dessen Beschäftigte: Nullrunden, damit auch in der Privatwirtschaft nicht mehr Geld verdient wird.

Unnötig zu sagen, dass auch die sozialen Sicherungssysteme „geschliffen“ werden sollen. So wollen die Pakt-Unterzeichner die Rentenaltersgrenzen künftig automatisch an die Lebenserwartung koppeln.

Das Ganze ist nicht nur ein gezielter Angriff auf die soziale Sicherheit, sondern auch auf die Demokratie. Denn: Die Bürgerinnen und Bürger werden gar keine Chance mehr haben, gestaltend auf die Politik einzuwirken. Wer nicht spurt, darf eben nicht unter den Euro-Rettungsschirm. Keine Alternative – das ist das, was nach dem Willen von Merkel, Sarkozy und anderen am Ende stehen soll. Wettbewerbsfähigkeit und Zurückdrängen des Staates – das sind die Lehren aus der Wirtschafts- und Finanzkrise. Die neoliberale Politik, Ursache der meisten aktuellen ökonomischen Probleme, feiert fröhliche Auferstehung. Was sich Kanzlerin Merkel nicht getraut hat, in den schwarz-gelben Koalitionsvertrag zu schreiben, soll uns nun als Wille der EU verkauft werden.

„Alternativlos“ ist aber nur eines: eine Debatte über Alternativen. Statt einer Politik für mehr Wettbewerb und höhere Profite braucht Europa einen Kurswechsel. Und zwar einen, der die Tarifautonomie achtet, die sozialen Systeme sichert, die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Haushalte erhält und Investitionen in Bildung und Gesundheit ermöglicht. Ansonsten droht Europa an der Rettung des Euro zu zerbrechen.

Ulrich Thöne, GEW-Vorsitzender

„Alles Schoko – oder was?“

Infos, Materialien und Aktionsvorschläge

Am 12. Juni ist der „Welttag gegen Kinderarbeit“. Ein guter Anlass, das Thema im Unterricht zu behandeln. E&W veröffentlicht deshalb eine Liste mit Infomaterial, mit dessen Hilfe Stunden, aber auch Projekte gestaltet werden können.

Wer beim städtischen Bestattungsinstitut in München ein Grab erwirbt, erhält mit dem Kaufvertrag eine Broschüre ausgehändig: „Grab- und Natursteine fair einkaufen – ausbeuterische Kinderarbeit verhindern“. Kurz und knapp wird das Problem beschrieben. Danach folgen Adressen von Steinmetzen aus der Region, die sich verpflichtet haben, nur „sauberes“ Material zu verarbeiten. Das Thema Kinderarbeit lässt sich im Unterricht aber auch mit jugendtypischeren Produkten als Grabsteinen aufgreifen. Einige Beispiele: „Anziehend anders“ heißt der zehnminütige Film von Fairtrade über Baumwollanbau und -verarbeitung zu akzeptablen Bedingungen in Burkina Faso. „Die ganze Familie hilft bei der Ernte“, berichtet ein Bauer. Produziert wird ohne Pestizide. Mit der Extraprämie des „fairen“ Händlers hat das Dorf eine Schule gebaut. Die DVD ist Teil der Broschüre „Fairtrade-Baumwolle. Ein Gewinn für alle“, in der man Hintergrundmaterial zur „leidvollen Geschichte des weißen Goldes“, zum Ernteeinsatz kleiner Kinder und zu Alternativen findet. Mehr Infos unter www.transfair.org. Einen Designer von Luxusklamotten, der in seinen Boutiquen nur Ware verkauft, die ohne Kinderarbeit hergestellt wurde, präsentiert die DVD der Welthungerhilfe: „Kinderarbeit – aus der Mode!“ Je nach Verwendungszweck gibt es das Video in einer Sechs- und in einer 45-Minuten-Fassung. Per Fax zu bestellen unter 0228/2288-333. Wer die Antwort auf die Frage, wo bekomme ich fair erzeugte Produkte, d. h. einschlägige Läden sucht, braucht lokale Hilfe: Oft geben Kommunen oder Eine-Welt-Initiativen handliche Ratgeber unter dem Motto „Fairer Einkauf in xy. Gewusst wo!“ heraus. „Wer ist schuld, dass Vinod lebenslang

arm bleiben wird?“ Unter diesem Titel hat *terres des hommes* eine komplette Unterrichtseinheit „Ausbeutung für den Weltmarkt: Natursteine aus Indien – Handelsstrukturen, Problembereiche und Lösungsansätze“ zusammengestellt. Bezug über www.tdh.de. Die Materialie richtet sich vor allem an ältere Schüler.

Um bei den Kleineren Sensibilität fürs Thema zu wecken, eignet sich der Vorschlag der Welthungerhilfe, ein „kinderarbeitsfreies Frühstück“ mit regionalen, saisonalen und fair gehandelten Produkten in Kita oder Grundschule zuzubereiten. Weitere Anregungen – Rezepte inklusive – enthält das Materialheft „Lernen hilft Leben. Globales Lernen in der Schule“ (mehr dazu: www.welthungerhilfe.de).

„Alles Schoko – oder was?“ heißt die Materialbox der GEPA für den spielerischen Einstieg ins Thema „Fairer Handel“ (www.gepa.de).

Weniger didaktisch als direkt führt die WDR-Produktion „die story: Kindersklaven“ von *Rebecca Gudisch* und *Tilo Gummel* in die Problematik ein. Das Reporterteam zeigt in dem halbstündigen Film verschleppte Kinder, die in Indien ihre Gesundheit beim Schweißen, beim Herstellen von Modeschmuck oder im Steinbruch ruinieren. Der Film kann über den GEW-Shop bestellt werden.

Einen kompakten und anregenden Orientierungsfaden bietet schließlich die Broschüre „Kinderarbeit – Was wir tun können“ von *terres des hommes* (weitere Infos: www.tdh.de). Vorgestellt werden Projekte, wie man Kinder beschützt, die gezwungen sind, zum Familienunterhalt beizutragen. Daneben enthält die Materialie viele Adressen zum fairen Handel. Außerdem wird die Rolle der öffentlichen Hand thematisiert als „größter Konsument“ von Natursteinen, Berufsbekleidung, Sportbällen, Kaffee, Tee, Orangensaft, Kakaoprodukten, Spielzeug und Blumen. Wer nicht nur erreichen will, dass Kinder und Jugendliche ihr eigenes Einkaufsverhalten verändern, sollte Kinderarbeit auf Elternabenden zum Thema machen, auch bei der Schulleitung vorstellig werden und sich Aktionen für die kommunale Öffentlichkeit einfallen lassen.

Die Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) der GEW hat zum Thema Kinderarbeit ebenfalls eine

Auswahl von Literatur zusammengestellt – zum Selberlesen, für Klassenlektüre oder als Anregung für Gruppen und Projektarbeiten:

Abrens, Thomas: Der Ball ist rund. Globalisierungskrimi. Theaterstück und Materialheft des GRIPS-Theaters, Autorenagentur, Berlin 2003, für Menschen ab zehn, vier Euro (www.ajum.de/html/bwap/bwap_2005.pdf).

Grindley, Sally: Das Mädchen Lu Si-Yan. Bloomsbury/Berlin Verlag, Berlin 2006, Lesealter: zehn bis 15 Jahre, 14,90 Euro (www.ajum.de/anzeige.php?id=16070640).

Ben Julloun, Tahar: Die Schule der Armen. Rowohlt-Berlin, Berlin 2002, zehn bis 13 Jahre, 14,- Euro (www.ajum.de/anzeige.php?id=16021243).

D'Adamo, Francesco: Iqals Geschichte. Peter Hammer, Wuppertal 2003, ab zwölf Jahren, elf Euro (www.ajum.de/anzeige.php?id=12030606).

Philipps, Carolin: Made in Vietnam. Ueberreuter, Wien 2009, zwölf bis 17 Jahre, 9,95 Euro (www.ajum.de/anzeige.php?id=1809224).

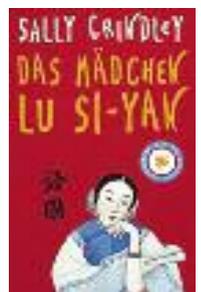
Günther, Herbert: Mach's gut, Lucia. dtv, Reihe Hanser, München 2006, ab zwölf Jahre, 7,50 Euro (www.ajum.de/anzeige.php?id=1906170).

Engelmann, Reiner: Kinder – ausgegrenzt und ausgebeutet. Horlemann, Bad Honnef 2008, zwölf bis 17 Jahre, 12,90 Euro (www.ajum.de/anzeige.php?id=1408155).

Werner-Lobo, Klaus: Uns gehört die Welt! Macht und Machenschaften der Multis. Hanser, München 2008, 16,90 Euro (www.ajum.de/anzeige.php?id=1410154).

Lenz, Jo: Max Ball – Im Abseits durch Europa. Hans Kaiser, Fürstenfeldbruck 2006, ab sechs Jahre, 14,40 Euro (www.ajum.de/anzeige.php?id=10070827102).

Weitere Informationen unter: www.ajum.de.
Zusammengestellt von Helga Ballauf,
freie Journalistin



Weitere Adressen:
www.transfair.org
www.welthungerhilfe.de
www.tdh.de
www.brot-fuer-die-welt.de
www.fairtrade.de
www.suedwind.org
www.eed.de
www.gepa.org
www.kindernothilfe.de

Der Film „die story: Kindersklaven“ kann ebenso über den GEW-Shop bestellt werden wie die E&W-extra, Plakate und weitere Infos zum Thema „Bildung statt Kinderarbeit“: www.gew-shop.de



Schoko-Genuss ohne Beigeschmack

Alternatives Vertriebsnetz ermöglicht Bildung statt Kinderarbeit

Ansu Lamin baut in Sierra Leone Bio-Kakaobohnen an. Er und seine Kinder profitieren davon, dass der Rohstoff – Zutat von Millionen Schokoladentafeln, Riegeln und Pralines – knapp und damit wertvoll geworden ist.



Alle Infos zur GEW-Stiftung „Fair Childhood – Bildung statt Kinderarbeit“ finden Sie unter: www.fair-childhood.eu. Hier können Sie auch bequem online spenden. Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft, Kontonummer: 375 188 0 188, BLZ: 700 20 500

Ansu Lamin, Kakaobauer in dritter Generation, taucht seinen Zeigefinger sachte in die weiche Masse. Dann leckt er daran, lässt die Schokolade auf der Zunge zergehen. „Ziemlich süß“, meint Ansu und hält sich die Schokotafel, die bei 30 Grad im Schatten schon jegliche Kontur verloren hat, unter die Nase. Da ist er wieder, der typische Duft des Kakao – seiner Kakaobohnen, die er erntet, sortiert, fermentiert, trocknet und an die Händler aus Deutschland, Holland oder England verkauft.

Acht Euro pro Woche

Dass fern von Afrika und fern von seinen Kakaobäumen aus den bitter schmeckenden Bohnen süße Pralinen oder Schoko-Riegel hergestellt werden, weiß Ansu. Doch probiert hat er die weltweit begehrte Süßigkeit erst jetzt, mit 55 Jahren. Die aus Europa importierten Schoko-Köstlichkeiten, die im klimatisierten Supermarkt in Freetown, der Hauptstadt Sierra Leones, angeboten werden, könnte sich Ansu niemals leisten – weder die Tafel *Milka* für umgerechnet drei Euro noch das Glas *Nutella* für acht. Von acht Euro leben Ansu, seine zwei Frauen und fünf Kinder eine ganze Woche.

Jährlich elf Kilo Schokolade essen die Deutschen im Schnitt. 90 Prozent der weltweit produzierten Schokolade wird in den reichen Industrieländern verascht – 70 Prozent des Kakao stammt aus Westafrika. Glück und Genuss verbinden wir mit der glänzend braunen Süßigkeit. Doch für Ansu bedeutet sie harte Arbeit. Und Überleben.

Ansus Kakaobäume stehen im Hinterland von Sierra Leone, einem Land, zweimal so groß wie die Schweiz, nahe der Grenze zu Liberia. Die Stammesältesten in Kailahun, Ansus Distrikt, haben ihm eine Parzelle überlassen. Ein bisschen Mais, ein paar Tomaten,

Ananas, Okra, Maniok, zum Verkauf noch Ölpalmfrüchte oder Kaffeebohnen – die meisten Familien leben von der Hand in den Mund. Der Bürgerkrieg, der elf Jahre lang, bis 2002, am heftigsten im Osten des Landes wütete, hat nicht nur Familien ausgelöscht, sondern auch Dörfer und Felder zerstört. Heute zählt Sierra Leone zu den ärmsten Ländern der Welt.

Ansu klagt nicht. Im Gegenteil. Er ist voller Hoffnung: „Meine Kinder werden ausreichend zu Essen haben. Sie müssen nicht mehr wie früher auf dem Feld arbeiten. Heute kann ich sie zur Schule schicken.“ Was ihn so zuversichtlich stimmt: Der Preis für Kakao schießt seit zwei Jahren in die Höhe und hat sich innerhalb dieses Jahres nahezu verdoppelt. An den Rohstoffbörsen erreichten die Kakaonotierungen Rekordstände. Kakao ist knapp geworden. Weil auch in China, Indien und Osteuropa mehr genascht wird. Und weil einzelne Hedgefonds mit dem Rohstoff spekulieren, sich große Mengen sichern und damit den Markt leerfegen. Auch, weil Produzentenländer Kakao horten, um den Preis in die Höhe zu treiben.

Bohnen in Bioqualität

Es ist angenehm kühl auf Ansus Plantage. Seine Kakaobäume wachsen zwischen hohen Bananenstauden und Ölpalmen. Avocados und Ananas sorgen für einen gesunden Mix – die 7000 Bauern der „Millennium-Kooperative der Kakaopflanzer“, zu der Ansu gehört, wissen, dass Monokultur den Boden

auslaugt und die Pflanzen schwächt. Auf Kunstdünger oder Pestizide verzichten sie – sie produzieren Kakaobohnen in Bioqualität für den europäischen Markt.

Obgleich Sierra Leone im Vergleich zur Elfenbeinküste, zu Indonesien oder Ecuador wenig Kakao liefert, hat der Engpass auf dem Weltmarkt dazu geführt, dass die großen Rohstoffhändler inzwischen auch Ansus Bohnen im Blick haben – zumal deren Qualität immer besser wird. Ansu rafft seinen weißen Kaftan zusammen, bückt sich, hebt eine gelbe Kakaofrucht auf, bricht sie auseinander und streckt dem Besucher stolz die beiden Hälften hin. Die Schalen sind voller dicker Bohnen, umgeben von glibbrig-weißem Fruchtfleisch: „Wenn wir eine gute Qualität liefern, bekommen wir auch mehr Geld für unsere Ernte.“

Ansu erhält aber auch mehr Geld für seine Kakaobohnen, weil er nicht mehr von den Aufkäufern übers Ohr gehauen wird, seit er der Kooperative angehört. Und seitdem die Welthungerhilfe Kakaobauern unterstützt, ein alternatives Vertriebsnetz aufzubauen. Lange lag der Kakaohandel von Sierra Leone fest in den Händen eingewanderter Libanesen. Lange verkauften Bauern wie Ansu ihre Ernte unter Wert. Von der Preisdrückerei der Zwischenhändler profitierten am Ende in Übersee auch Konzerne wie *Nestlé*, *Kraft Foods*, *Cadbury*, *Lindt & Sprüngli*, *Barry Callebaut* – und die Verbraucher. Nur ein kleiner Teil der verkauften Schokolade wird nachhaltig



Ansu Lamin und seine Familie erhalten mehr Geld für ihre Kakaobohnen, seit sie der Kooperative angehören und der Kakao fair gehandelt wird.

Foto: Martina Hahn

produziert – bio oder fair gehandelt sind gerade mal drei Prozent der weltweiten Kakaoernte.

Früher erhielt Ansu für einen Sack Kakao einen Sack Reis – obwohl Kakao das Zehnfache wert war. Oder die Aufkäufer manipulierten die Waagen. „Wir hatten keine Wahl, wurden immer belogen und betrogen“, berichtet Ansu. Heute thront in der Ecke der Lagerhalle der Kooperative, in der sich die Bio-Bohnen in Säcken bis zur Decke stapeln, eine große, rostige Waage. „Wir wissen nun, was wir verlangen können“, sagt Ansu selbstbewusst.

Seine Biobohnen liefert er jetzt nicht mehr an die Libanesen. Sie gehen direkt an die Kooperative und von dort in den Export – gegen Quittung. „Ein Papier, auf dem genau steht, was wir bekommen haben – das war neu für uns“, erzählt der Kakobauer. Und vielleicht, sagt *Franz Möstl*, Leiter des Kakaoprojekts der Welthungerhilfe in Sierra Leone, sind diese ungewohnte Transparenz sowie das neue Selbstbewusstsein, mitentscheiden zu können, für die Bauern sogar noch wichtiger als der höhere Preis, den sie heute für ihre Ernte erzielen.

Ansus Bohnen werden bald schon in Schokoriegeln von Cadbury und Zotter, in der „Fairglobe“-Tafel von Lidl oder im Eis von Ben&Jerry's – und damit im deutschen Supermarkt landen. Denn die Kooperative stieg Anfang des Jahres in den fairen Handel ein. Für Ansu bedeutet das, dass seine Bohnen an Schokoladenhersteller verkauft werden, die einen fairen Preis zahlen – und die dafür das grün-blaue Fairtrade-Siegel auf die Verpackung kleben dürfen. Auch Sklavenarbeit verschleppter Kinder, wie es sie etwa auf vielen Plantagen der Elfenbeinküste, dem größten Lieferanten der globalen Schokoladenindustrie, gibt – ist im Fairtrade-System und somit auch auf Ansus Plantage tabu.

Schafft Ansus Kooperative die Zertifizierung, wird sie einen Fairtrade-Aufschlag erhalten. Mit dem Geld kann sie eine Schule für die Kinder der Plantagenarbeiter gründen oder eine neue Fermentierungsanlage kaufen. Als Mitglied der Kooperative bekommt Ansu, wenn er das möchte, auch einen günstigen Kredit. Er müsste sich im Juni und Juli, den Monaten vor der Ernte, dann nicht mehr wie bisher bei lokalen Geldverleihern für einen Wucherzins verschulden. Mit der fairen Bohne, so Möstl, könnten die Bauern endlich den Kreislauf aus Armut und Schulden durchbrechen.

*Martina Hahn, Redakteurin
„Sächsische Zeitung“*

„Richtige Debatte“

(E&W 1/2011, Seite 27: *Leserbrief von Hartmut Draeger*)

Hartmut Draeger behauptet in seinem Leserbrief in der E&W 1/2011, *Peter Petersen* habe mit seinen rassistischen und antisemitischen Äußerungen zwischen 1933 und 1945 lediglich „versucht“, „eine Bejahung des Nationalsozialismus vorzutäuschen“. Nun, nach 1945 gab es für Petersen ja keinen Grund mehr, Derartiges „vorzutäuschen“. Aber noch 1954 hat er sich positiv auf den „Nationalsozialismus“ bezogen. In seiner letzten Schrift schreibt er von einer „Gruppe satanischer Menschen, die sich im Führerkorps des Nationalsozialismus zusammenfanden“, „unter ihnen verwandelte sich der Nationalsozialismus zum teuflischen Nazismus und bewirkte in jeder Hinsicht durchaus das Gegenteil von dem, was sein kompiliertes Programm verhieß“. Der Nationalsozialismus soll also keine von vornherein und von A bis Z verbrecherische Ideologie sein?!

Wolfgang Häberle, Aschaffenburg

**Peter Petersen: Der Mensch in der Erziehungswirklichkeit, 1. Auflage 1954, Neuauflage Reprint 1986, Basel/Weinheim.*

„Große Erschütterung“

(E&W 2/2011, Seite 34: *Leserbrief „Vertuschen, verdrängen, diskreditieren“*)

Ich habe mit großer Erschütterung in einer Leserschrift von *Torsten Schwan* gelesen, dass der Aufenthalt jüdischer Kinder an der Jenenser Petersen-Schule, über den Prof. *Hein Retter* in seinem Buch „Die Universitätschule Jena im NS“ berichtet, eine Erfindung des Autors sei. Es gab jedoch jüdische Kinder in der Petersenschule: Ich bin eines von ihnen. 1934 geboren, galt ich in der Nazizeit als Halbjude und habe trotz dieses „Makels“ von 1940 bis Kriegsende 1945 eben jene Schule Petersens besuchen können. Meine jüdische Mutter *Erna Schrade* wurde in dieser Zeit in das Konzentrationslager Theresienstadt verschleppt. Mein Vater, damals

Personal- und später Planungschef von Carl Zeiss Jena, der sich geweigert hatte, sich von meiner Mutter scheiden zu lassen, wurde 1944 in ein Arbeitslager nach Merseburg „überstellt“. Meine Eltern haben wie durch ein Wunder KZ und Lager überlebt. Dass auch ich in Jena überlebt habe, verdanke ich mutigen Menschen wie Petersen, die mich durch ihr unkonventionelles Verhalten geschützt haben.

Zu einer historischen Betrachtung gehört auch, tatsächlich alle Seiten einer Person und eines Geschehens zu beachten. Eine polemische einseitige Darstellung beleidigt auch die Menschen, die das Leid und die Verbrechen der Nazizeit ertragen mussten.

Rolf Schrade, Mahlow

„Ein Rätsel“

(E&W 4/2011, Seite 26:

„*Deutschland hat eine Technikfeindlichkeit*“)

Der Artikel „Deutschland hat eine Technikfeindlichkeit“ ist mir ein Rätsel. Ich entnehme ihm, dass der Autor den badischen Akzent nicht mag und gegen Lehrkräfte mit Autorität einen Vorbehalt hat. Ferner, dass ein Wirtschaftsboss einen Lehrer finanziert, dass auf einer Veranstaltung des *Handelsblatts* die Arbeitgeber dominieren und dass der Autor Überlegungen zur Verbesserung der MINT-Fächer für falsch hält. Zudem wundert sich der Autor, dass Industrievertreter auch fortschrittliche Gedanken haben können. Ich stelle fest: Es besteht wenig Zusammenhang zwischen Titel und Inhalt des Beitrags. Was ist da schief gelaufen? War er bloß „Füllwerk“ oder war die Veranstaltung schlecht? Schade!

Stephan Hell, Lehrer für Mathe und Informatik, Berlin

„Wachsamkeit geboten“

(E&W 4/2011, Seite 27: „*Nicht nur ein homo oeconomicus*“)

Das Interview mit Prof. em. *Gerd-E. Famulla* berührt ein interessantes Thema, denn immerhin ist in Diskussionen feststell-

bar, dass ökonomische Unwissenheit eine erschreckende Dimension hat. Dies allerdings keineswegs nur an Biertischen, oder in Talkshows, sondern auch an den wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten selbst. Wer sich hier mal auf eine durchaus (auch) erheiternde Weise informieren will, der lese von *Alexander B. Voegele*: „Das Elend der Ökonomie / Von einer Wissenschaft die keine ist“. Der Autor lehrt derzeit an der Fachhochschule für Wirtschaft (FHW) in Berlin und entlarvt die üblich vermittelten Parameter der klassischen Volkswirtschaftslehre (VWL) als ungenau, überholt sowie stellenweise definitionslos. Hier dient die Wissenschaft dem Systemerhalt und ähnliches befürchtet Famulla berechtigterweise auf dem Niveau der Schulen auch, sollten sich denn Arbeitgeber und Wirtschaftsverbände mit ihrem Ansinnen nach einem Fach „Ökonomische Bildung“ durchsetzen. Hier ist wirklich Wachsamkeit geboten, zumal (auch) erkennbar ist, dass kritische Lehrstühle an den Universitäten ausgedünnt oder gar nicht mehr besetzt werden. Sich hier einmal genauer umzusehen wäre empfehlenswert.

Michael Mansion (per E-Mail)

„Alter Duden“?

(E&W 4/2011, Seite 40: *Leserbrief „Dumm und primitiv“*)

Lieber *Werner Kästle*, welchen alten Duden benutzen Sie? In meinem Duden (25. Ausgabe) wird „Prekariat“ erklärt!

Es grüßt Sie ein „Nordlicht“ von der Waterkant aus der Nähe Bremerhavens.

Bernd Schumann, Schiffdorf



E&W-Briefkasten

Postanschrift der Redaktion:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Postfach 90 04 09, 60444 Frankfurt a. M.,
E-Mail: renate.koerner@gew.de

Die E&W-Rubrik „Anschlagtafel“ ist auf unserer Website unter www.gew.de/GEW-Anschlagtafel.html zu finden.

Recht und Rechtsschutz

5/2011

Informationen der GEW-Bundesstelle für Rechtsschutz.
Verantwortlich: Katrin Löber, Volker Busch, Gerhard Jens
63. Jahrgang

Teilzeit Zulagenkürzung nicht diskriminierend

Das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) hatte erneut über einen Fall zur Besoldung bei Teilzeitbeschäftigung zu entscheiden. Es ging um die Frage, ob die anteilige Zulagenkürzung für eine zusätzliche Funktion gegen gemeinschaftsrechtliche oder nationale Diskriminierungsverbote verstoße.

Geklagt hatte eine Sonderschullehrerin im Landesbeamtenverhältnis, auf deren Fall aber das Bundesbesoldungsgesetz (BBesG) anzuwenden war: Die Klägerin arbeitete in Teilzeit, zunächst 18 von 27, ab September 2003 18 von 26 Wochenstunden – nach einer allgemeinen Kürzung des Stundendeputats. Ab September 2000 hat man sie als pädagogische Beraterin für Sprachbehindertenpädagogik eingesetzt. Der Arbeitsaufwand unterscheidet sich nicht von dem eines vollzeitbeschäftigten Beamten in derselben Funktion. Die Zulage für die neue Aufgabe wurde der Klägerin dennoch anteilig gekürzt, das heißt: Arbeitet eine Lehrkraft zum Beispiel 60 Prozent der

regulären Pflichtarbeitszeit, erhält sie auch nur 60 Prozent einer Funktionszulage. Als Ausgleich für entgangene Zulagenanteile kürzte der Dienstherr ihr Stundendeputat – ohne geringere Dienstbezüge – um drei Unterrichtsstunden.

Das BVerwG hat diese Verfahrensweise des Landes im Wesentlichen bestätigt. Laut BVerwG habe das Land zwar einzelne Vorschriften des Landesbesoldungsgesetzes geändert, das BBesG aber nicht durch Landesrecht ersetzt. Das Gericht stellte fest, dass die Regelung des BBesG weder gegen gemeinschaftsrechtliche noch gegen nationale Diskriminierungsverbote verstoße: Die Fachberaterzulage sei nach dem BBesG (Paragraf 6 Abs. 1) ein Bestandteil der Dienstbezüge, es gelte der Grundsatz der „Einheit der Dienstbezüge“. Nach BBesG werden Dienstbezüge bei Teilzeitarbeit im gleichen Verhältnis wie Arbeitszeit gekürzt. Die anteilige Kürzung der Besoldung sei daher rechtlich nicht zu beanstanden; eine Diskriminierung liege auch deshalb nicht vor, da die Klägerin rein rechnerisch durch die als Ausgleich gewährte Kürzung des Stundendeputats sich besser stelle als vergleichbare Vollzeitlehrkräfte. Man habe zwar eine gekürzte Zulage erhalten, sie sei aber nach dem Schlüssel für Vollzeitkräfte um volle drei Unterrichtsstunden entlastet worden: Bei der Arbeitszeitverpflichtung sei sie um 16,67 Prozent entlastet worden, bei Vollzeit-Lehrkräften betrage die Entlastung um drei Stunden

bei derselben Funktion dagegen 11,54 Prozent.

Eine Diskriminierung bei der Besoldung von Teilzeitkräften liege, so die Richter, auf der Grundlage europäischen Rechts dann vor, wenn sich nach einem Vergleich aller Entgeltparameter – wie Arbeitszeit, Stundenlohn etc. – eine Schlechterstellung ergebe. Das sei im Fall der Sonderschullehrerin unter dem Strich nicht gegeben. Die anteilige Kürzung der Funktionszulage sei bei der Klägerin per Arbeitszeitentlastung mehr als kompensiert worden.

Sofern zusätzliche Aufgaben durch entsprechende Entlastungen ganz oder nahezu vollständig ausgeglichen würden, existiere keine gleichheitswidrige Benachteiligung. Diese Sichtweise teile der Europäische Gerichtshof (EuGH). Der EuGH setze für diese Fälle eine hinreichende Transparenz mit Blick auf einzelne Entgeltbestandteile – wie Stundendeputat und Besoldung – voraus. Diese Voraussetzung sei bei der Klägerin erfüllt. Die Entgeltbestandteile ließen sich anteilig errechnen und mit denen von Vollzeitlehrkräften vergleichen. Der Vergleich ergebe einen Besoldungsvorteil der Klägerin.

Fazit: Dem Dienstherrn bleiben nach Auffassung des BVerwG mehrere Möglichkeiten, zusätzliche Funktionen bei teilzeitbeschäftigten Beamten auszugleichen, solange der Saldo aus Mehrbelastung und Entlastung stimmt.

BVerwG vom 29. Oktober 2009 – 2 C 82/08

Verschiedenes

Sucht, Depression, Angst, Burn-out

Zurück ins Leben

Beratung und Information
0800 32 22 32 2
(kostenfrei)

Unsere privaten Akutkrankenhäuser:
Schwarzwald, Weserbergland,
Berlin/Brandenburg
www.oberbergkliniken.de

Sofortaufnahme – auch im akuten Krankheitsstadium.
Hochintensive und individuelle Therapien
für Privatversicherte und Beihilferechtigte.
Wir helfen bei der Klärung der Kostenübernahme.


Oberberg
Psychotherapie · Psychiatrie · Psychosomatik

Nachfolger gesucht für eine langjährig bestehende Internatsherberge für Berufsschüler in Niedersachsen, PLZ 29378. Eine sozialpädagogische Arbeit, verbunden mit der Möglichkeit eigene Veranstaltungen anzubieten.
T: 05831 / 7486, Mobil: 0173 / 6018275
www.berlinerhof-rade.de

www.hamosons.de

Umhängetasche für Lehrer
• leichtes, robustes Leder
• geräumig + Laptopfach



Nur 149 Euro. 1 Monat Widerrufsrecht.

Beamtenkredite für Beamte auf Lebenszeit, Beamte auf Probe und Tarifbeschäftigte im Öffentlichen Dienst

www.kredite-fuer-beamte.de

oder fordern Sie Ihr persönliches Angebot telefonisch an unter 0800-500 9880

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.

0800 - 1000 500

Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns, seit über 30 Jahren.



Beamendarlehen mit *Best-Preis-Garantie

Hypotheken- und Beamendarlehendiscounter



* Best-Preis-Garantie der AK-FINANZ: Bekommen Sie bei einem anderen Anbieter als Beamter a. L. oder unkündbarer Angestellter (i.ö.D.) nachweislich eine günstigere monatliche Rate für ein Beamendarlehen als bei uns - bei 12jähriger Laufzeit - (inklusive Überschuss aus der Police), erhalten Sie einen **100,- € Tankgutschein**.

AK FINANZ

Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Fax: (0621) 178180-25
info@ak-finanz.de

www.ak-finanz.de

Angebotsbeispiel:

Äußerst günstige Beamten-/Angestelltdarlehen, z.B. B.a.L./Angestellte ö.D. unkündbar, 30J. alt, Lfz. 12 J., Solzins fest (gebunden) 5,6%, 50.000 € Darlehensnennbetrag, mtl. Rate 566,56 € inkl. erforderlicher LV, Kosten der Bank 1000 € = 2%, Darlehensnettoertrag 49.000 €, effektiver Jahreszins 6,66%. Bei 20 J. Lfz. Rate deutlich niedriger. Laufzeitverkürzung durch Gewinnanteilsverrechnung. Rufen Sie jetzt kostenfrei an. Baufinanzierungen ohne Eigenkapital bis 110%.

Beamten- und Angestellten-Darlehen

Partner der Nürnberger Versicherung

TOP - ZINSSÄTZE für Beamte und Tarifbeschäftigte ab 5-jähriger Beschäftigung, auch für Pensionäre bis 58 Jahre

Darlehenshöhe ab 10.000,00 € bis 80.000,00 €, Festzinsgarantie, Laufzeiten 12, 15 und 20 Jahre, Sondertilgung und Laufzeitverkürzung möglich, auch ohne Ehepartner, für jeden Zweck: Anschaffungen, Ausgleich Girokonto, Ablösung anderer Kredite
kostenlose Beratung: Mo - Fr von 8:00 - 20:00 Uhr

Info-Büro: 0800 / 77 88 000

vermittelt: K. Jäckel, Am Husalsberg 3, 30900 Wedemark
Fax: 05130 / 79 03 95, jaeckel@beamtendarlehen-center.de

www.beamtendarlehen-center.de



Die Wollmarshöhe

Klinik Wollmarshöhe

Fachkrankenhaus für psychosomatische Medizin

Individuelle Hilfe mit Verfahren der klassischen Medizin, Psychotherapie und Naturheilkunde.

Akutaufnahme möglich nach § 4 Abs. 4 (Privatversicherer). 40 Betten, Arzt / Pat. Verhältnis 1:5. EZ-Unterbringung, persönliche Atmosphäre, in Bodenseenähe (Bodnegg).

Für Privatpatienten und Beihilferechtigte.

Gerne senden wir Ihnen unser Exposé.

Information: ☎ 07520 927-0

Klinik Wollmarshöhe GmbH
info@klinik-wollmarshoeh.de

www.wollmarshoeh.de

www.klinik-wollmarshoeh.de

TANZIMPULSE

Institut für Tanzpädagogik

1jährige Zusatzqualifikation Tanzpädagogin/ in
Infotag: 21. Mai, Ausbildungsbeginn: 17.-19. Juni 2011

www.tanzimpulse-koeln.de

lutzgoerner.de

Ein Titan der Erzählkunst (RP)
Klicken lohnt sich

NaturaMed
Fachklinik

BurnOut
Lebenskrise
Depression
Ängste
chronische Schmerzen
Essstörung

Ganzheitsmedizinische Ursachendiagnose

Psychosomatisches Privatkrankenhaus beihilfefähig
0 75 24 - 990 - 222
88339 Bad Waldsee
naturamed.de



HERMEDIA Verlag
Postfach 109
93337 Riedenburg
F: 09442/92209-66

T: 09442 / 922 090

Besuchen Sie uns: www.timetex.de

Der Rucksack-Trolley für Lehrer/innen

- hochwertiges Nylongewebe, sorgfältige und gute Verarbeitung
- Alu-Teleskop-Griff lässt sich bündig einschieben
- Schutz-Cape zum einfachen Überziehen
- Tragegurte in Rücken-Tasche verstaub
- Farben: schwarz, mocca, rot, blau



nur 89,90 €

www.sonderdarlehen.de

I-Phone-App gratis: Beamtendarlehen

NULLTARIF: 0800 056 7836

☆☆☆
3-Sterne-S SEEHOF



Beihilfefähiges Kneipp-Sanatorium, Arzt und Anwendungen im Haus, Direktabrechnung mit den Kassen, beste Südlage direkt am See, Liegewiese, Seezugang, Hausprospekt, Fastenwochen, Kurpauschalen. Inhaber: Familie Rummel, T.: 0 75 51/ 94 798-0
info@seehof-bodensee.de www.seehof-bodensee.de

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker **Seit 1997**

Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.

Festzinsgarantie bei allen Laufzeiten: Ratenkredite bis 10 Jahre, Beamtendarlehen von 12 bis 20 Jahre.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.

Top-Finanz.de • Nulltarif ☎ 0800-33 10 332

Andreas Wendholt • Unabhängige Kapitalvermittlung • Prälat-Höing-Str. 19 • 46325 Borken

Z A R B Arbeitsblätter – kreativ und schnell erstellen

ZARB erstellt attraktive Übungen und anspruchsvolle Tests aus Ihren deutschen oder fremdsprachlichen Texten. Ganz einfach per Mausclick! In Microsoft Word oder OpenOffice Writer integriert. Zum Beispiel Rätsel, Wortformen- und Zuordnungsübungen, Geheimschriften, Lücken-, Schüttel-, Schlangen- und Fehlertexte.

hans zyburasoftware

Waldquellenweg 52 • 33649 Bielefeld • Fon 0521.9 45 72 90
Fax 0521.9 45 72 92 • www.zyburasoft.com

Neue Produkte:

MatheBlatt

LESEN 2000

M3 MathBox

Ihre Anzeige in der Erziehung und Wissenschaft

Gerne beraten wir Sie persönlich, rufen Sie einfach an: ☎ 0201 / 843 00 - 31

www.erziehungundwissenschaft.de

www.freundschaftspins.de
über 190 Kombinationen kurzfristig ab Lager lieferbar!

Klassenfahrten nach Berlin

(incl. Transfer, Unterkunft, Programmgestaltung nach Absprache)
Biss, Fichtestr. 30, 10967 Berlin
Telefon (0 30) 6 93 65 30
www.berlin-mit-biss.de

• Berlin – Stadtführungen

• **Schülertouren mit dem Rad und zu Fuß**
TRAVELXSITE
www.travelxsite.de

vinculum MUNDI

Ihre Reiseleiter in PARIS

für Klassenfahrten und Gruppenreisen

www.vinculum-mundi.com

Tel.: 00 33 6 74 45 83 59

Gratkatalog anfordern: 0221 - 760 99 70 www.highlander-reisen.de

HIGHLANDER
AKTIV REISEN

Willkommen in Irland!

TOSKANA unweit der Kunstzentren. Sie suchen Ruhe, Schönheit, Entspannung - das alles finden Sie bei uns! Schöne FeWo, großer Pool, 80000 qm Park, Terrassen, Panoramablick, sichere Parkplätze.
PILDNER, Montaione, www.pievalinghe.it
Tel. + Fax 0039 - 0571 - 69502 deutsch spr., privat.

MESO Klassenfahrten und Individualreisen mit dem Boot

LAHN LOIRE MECKLENBURG MASUREN

52074 Aachen Vennweg 5a, 18
Tel. 024 00/3196 oder 0172/2422080
Fax 024 00/6327 www.meso-reisen.de

Klassenfahrten maßgeschneidert

www.cts-reisen.de



Gruppen- und Studienreisen GmbH

Tel. 05261 2506-0 | info@cts-reisen.de | www.cts-reisen.de

Urlaub / Klassenfahrten

Winterspecial BERLIN

www.cts-reisen.de/topangebote

4-tägige Klassenfahrt ab **74 €**

Gruppen- und Studienreisen GmbH

Tel. 05261 2506-7110 | deutschland@cts-reisen.de | www.cts-reisen.de

CJD MALENTE –BILDUNGSZENTRUM–



Erlebnis-Klassenfahrten nach Malente / Holsteinische Schweiz

Teamentwicklung für Schulklassen:

- Selbstvertrauen und Körperbeherrschung
- Training im Hochseilgarten Malente
- Ein Tag im Outdoor-Camp / GPS-Rallye

Infos, Flyer und Präsentationshilfen: Godenbergstr. 7b, 23714 Malente Fon 04523 / 9916-0, Fax / 9916-16 www.cjd-malente.de info@cjd-malente.de

Holiday Village Florenz, ITALIEN

Ideal für Schulausflüge nach Italien, ab 25 €/Person /Tag, HP

- Direkt am Meer, Schwimmbad, Animation, Basketballplatz, Volleyballfeld, 8-Mann-Fußballplatz
- Venedig 100 km, Ravenna 30 km, Ferrara 60 km, Florenz 200 km
- Unterbringung in modernen Mobilheimen, mit TV Sat, Klimaanlage, gratis WI FI



www.holidayvillageflorenz.com



REAL-TOURS S.R.L.

Tel 00 39 / 05 47 / 67 27 27
Fax 00 39 / 05 47 / 67 27 67
Via Bartolini, 12
47042 Cesenatico/Italia
www.real-tours.de
24 h online buchen
E-Mail: Info@real-tours.de

SCHULFAHRTEN 2011

6 1/2 Tage Busfahrt nach Cesenatico mit Ausflügen ab € 218,- HP. Leistungen: Busfahrt hin und zurück, 4 Tage HP, Ausflüge: Venedig, San Marino, Ravenna.

8 1/2 Tage Busfahrt nach Cesenatico mit Ausflügen ab € 244,- HP. Leistungen: Busfahrt hin und zurück, 6 Tage HP, Ausflüge: Urbino & San Marino, Venedig, Ravenna.

Freiplätze CESENATICO: 16 - 20 Schüler 1 Freiplatz, 21 - 35 Schüler 2 Freiplätze, 36 - 45 Schüler 3 Freiplätze, 46 - 60 Schüler 4 Freiplätze.

6 1/2 Tage Busfahrt zur Toskana-Küste mit Ausflügen ab € 249,- HP. Leistungen: Busfahrt hin und zurück, 4 Tage HP, Ausflüge: Florenz, Pisa & Lucca.

8 1/2 Tage Busfahrt zur Toskana-Küste mit Ausflügen ab € 274,- HP. Leistungen: Busfahrt hin und zurück, 6 Tage HP, Ausflüge: Florenz, Pisa & Lucca, Siena & San Gimignano.

6 Tage Busfahrt nach Südtirol mit Ausflügen € 250,- VP. Leistungen: Busfahrt hin und zurück (keine Nachtfahrt), 5 Tage VP, Ausflüge: Venedig o. Verona, Sterzing, Brixen & Bruneck.

9 1/2 Tage Busfahrt nach Rom mit Ausflügen ab € 329,- HP. Leistungen: Busfahrt hin und zurück, 7 Tage HP im Mittelklassehotel ca. 50 km bis Rom, 4 Tagesfahrten i. d. Stadt mit Programmorschlägen.

6 1/2 Tage Busfahrt zum Gardasee mit Ausflügen ab € 288,- HP. Leistungen: Busfahrt hin und zurück, 4 Tage HP, Ausflüge: Verona, Venedig, Sirmione.

8 1/2 Tage Busfahrt zum Gardasee mit Ausflügen ab € 339,- HP. Leistungen: Busfahrt hin und zurück, 6 Tage HP, Ausflüge: Verona, Venedig, Sirmione, Riva.

9 1/2 Tage Busfahrt nach Sorrent mit Ausflügen ab € 329,- HP. Leistungen: Busfahrt hin und zurück mit Zwischenübernachtung, 7 Tage HP, Ausflüge: Pompeji, Vesuv, Amalfiküste, Neapel/Capri.

9 1/2 Tage Busfahrt nach Griechenland mit Ausflügen ab € 373,- HP. Leistungen: Busfahrt hin und zurück, Fähre Ancona - Patras, Ausflüge: Athen, Olympia, Mykene & Epidaurus.

8 Tage Busfahrt nach Spanien mit Ausflügen ab € 278,- HP. Leistungen: Busfahrt hin und zurück, 5 Tage HP, Ausflüge: Barcelona, Montserrat, Figeres & Gerona.

10 Tage Busfahrt nach Spanien mit Ausflügen ab € 327,- HP. Leistungen: Busfahrt hin und zurück, 7 Tage HP, Ausflüge: Barcelona, Montserrat, Figeres & Gerona, Fahrt entlang der Küste.

4-Tage-Fahrt nach Berlin, 4-Tage-Fahrt nach München, 7 1/2 Tage London mit Ausflügen, 6 Tage Paris mit Ausflügen, 6 Tage Prag mit Ausflügen. Preise auf Anfrage.

NEU +++ Pakete für Fahrten bei eigener Anreise, z. B. per Flug +++ NEU
4-Tage-Fahrt nach Barcelona, 4-Tage-Fahrt nach Madrid, 4-Tage-Fahrt nach Sevilla, 6-Tage-Fahrt nach Spanien / Katalonien 6-Tage-Fahrt nach Cesenatico. Preise auf Anfrage.

Bitte fragen Sie nach unserem Katalog 2011.

Weitere Informationen auch bei R. Peverada, Im Steinach 30, 87561 Oberstdorf, Telefon 0 83 22 / 800 222, Telefax 0 83 22 / 800 223.

Schüler-Gruppenreisen

Hier stimmen Preis und Leistung - europaweit

Alle Reisen inkl. Ausflugsprogramm
- 5 1/2 Tage London, 3 x ÜF ab € 149,-
- 5 1/2 Tage Trentino, 4 x HP ab € 145,-
- 6 1/2 Tage Gardasee, 4 x HP ab € 159,-
- 6 1/2 Tage Rom, 4 x ÜF ab € 164,-
- 7 1/2 Tage Toskana, 5 x HP ab € 185,-
- 7 1/2 Tage Ital. Adria, 5 x HP ab € 174,-
- 7 1/2 Tage Spanien, 5 x HP ab € 154,-
- 5 Tage Prag, 4 x ÜF ab € 92,-
Fordern Sie jetzt unverbindlich und kostenlos Ihr individuelles Angebot an.

49733 Haren - Kruppstr. 6
Tel.: 0 59 32 / 40 66 - Fax: 41 65
E-Mail: Info@Gravelaar.de
Reiseveranstalter - Busunternehmer

Gravelaar REISEN

SARDINIEN: DIE UMWELTOASE
Individ. Häuser + Whg. v. Privat direkt an Super-Sandstrand! Ideal f. Familie, Surfer, Taucher u. Faulenzer! Günstig! Gratis-Prospekt: Tel. (05563) 1000! www.sardinienferienhaus.de

Segeln in der westlichen Ostsee. Klassenfahrten auf einem schönen Segellogger für Gruppen bis 32 Pers. Segeln, Navigieren, die Reiseroute mitbestimmen. Ankers - Baden - Spaß haben. J. Kowalski, Martinsberg 6, 24941 Flensburg. www.ryvar.de, Tel. 0461 /13238, Fax /180439

Studienreisen Patrick Jung

SPANIEN • ITALIEN

Studien- / Klassenfahrten mit Bus oder Flugzeug
Nähe Barcelona → direkt am Meer
Nähe Venedig

5 - 8 Tage ab 260,- €

- mit HP im 2- oder 3-Sterne-Hotel
- Transfer, Bus vor Ort
- individuelle Programme
- Bootsfahrt
- Ausflüge/Besichtigungen mit Führung

Telefon: (02 21) 9 43 54 11
studienreisen-jung@netcologne.de
www.studienreisen-jung.de

Günstige Klassenfahrt?

4xÜ Mo-Fr
ab 130,- Euro p.P.

Inklusive Vollpension, Hochseilgarten
Kanutour, Stadtbesichtigung Lüneburg
ilmenaupark-melbeck.de

Die ostfriesische Nordseeküste

5 Tage ab € 99,00 inkl. HP

www.klassenfahrt-nordsee.de

Jugendwerk Brookerland
Leezdorfer Straße 70, 26529 Leezdorf
Tel. 04934 - 804257, Fax 04934 - 7827
info@klassenfahrt-nordsee.de

KLASSENREISEN

Super-Auswahl an Zielen in ganz Europa – zum Beispiel:

Toscana, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 209,-
Spanien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 199,-
Kroatien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 199,-
Griechenland, 10 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 359,-
Oder Österreich ... Holland	

Städtetouren Berlin, Prag, Rom, London

KLASSE REISEN GmbH
Württembergallee 2 • 14052 Berlin
Tel. (030) 303083-6 • Fax (030) 303083-77
www.klasse-reisen.com

Katalog unter:
030-303083-6

www.Herberge-Harz.de

3 Tage ab 49 € - 5 Tage ab 79 €
(ÜB/VP, Programm inklusive).

Keine Stornoklausel, Freiplätze für Begleitpersonen.

Besondere Angebote:
Winter-, Weihnachts- und Outdoorprogramme.

Telefon: 03947 - 2793

SCHWEDEN

100 seitiger Katalog gratis!!!
SÜDSCHWEDISCHE FERIENHAUS-VERMIETUNG
Box 41, S-289 21 Knislinge, Tel. 004644/60655
Fax 004644/61519, E-mail So@ssf-turist.se

Schullandheim
Freizeitstätte
Tagungshaus



Für Schulkinder, Jugendliche und Erwachsene.

Direkt am Elbe-Lübeck-Kanal.
Info: Pro FUN, Staatl. Handelsschule
Kellinghusenstr. 11, 20249 Hamburg
T: 0 40 428985-233, F: 040 428985-234
www.HausLankau.de

Klassenfahrten, Abi- & Studienreisen nach Berlin

www.berlinreisen.de

Türkische Ägäis –
Wiege der Zivilisationen
Kunst - Kultur - Natur in kleiner Pension am Nationalpark am Meer
www.domizil-lina-art.de

TÜRKEI EINMAL ANDERS

Urlaub im malerischen Fischerstädtchen Kas.
Kleine Pension, dt.-türk. Ltg., Dachterrasse, traumhafter Meerblick, alle Zi. mit DU/WC.
Zi.-Preise/Nacht mit Frühstück: DZ 54 €, EZ 40 €, Fam.-Zi. 80 €.
Telefon: 0172 / 913 66 77
www.britgitte-krickl-reisen.de

TOSCANA

Weingut zw. Florenz u. Pisa, Zi. mit HP, FeWoS und Häuschen, gr. Pool. Ermäß. für GEW-Mitgl.
Tel. und Fax: 0039 - 0571 - 408041
info@aglion.it, www.aglion.it

Winterspecial HAMBURG

www.cts-reisen.de/topangebote

4-tägige Klassenfahrt ab **59 €**



Tel. 05261 2506-7120 | deutschland@cts-reisen.de | www.cts-reisen.de

STUDIENREISEN 2011

Sommer: ISLAND 11.7.-20.7.11
Reisepreis: € 2.395,- im DZ, vorw. HP

Herbst: SÜDAFRIKA 18.9.-3.10.11
Reisepreis: ab € 3.240,- im DZ, vorw. HP
zzgl. akt. Flughafensteuer, Tax + Geb.

Ausführliche Programme bei:
KiS-Reisen, Klemm's individuelle
Studienreisen, Greinstr. 19, 64291 Darm-
stadt, Tel. 06151/933133, Fax/933134
info@kis-reisen.de, www.kis-reisen.de

HISTORISCHE ZEILVAART **Segeln auf Wattenmeer und IJsselmeer**

HARLINGEN Traditionelle Segelschiffe mit erfahrener Besatzung. Klassenfahrten ab Harlingen.

Fordern Sie kostenlos unsere Broschüren mit Aktiv-Programm an:
Schipperscoöperatie Historische Zeilvaart Harlingen
Postbus 114, 8860 AC Harlingen, Holland,
Tel.: 0031 - 517 - 413242, Fax: 0031 - 517 - 414654
www.historischesegefahrt.de

Klassenfahrten SEGEL- u. SURFKURSE

Mountainbikes, Skating, Beachvolleyball
1 Woche (5 Tg.) Kurs + Vollpension € 159,-
1 Woche (5 Tg.) Kurs + Übernachtung € 119,-
Je 12 Personen - 1 Begleiter frei

03.10.-30.04.
5 Tage Übernachtung/
Vollpension 79,- €

OSTWIND SEGELSPORT GmbH
Am Brackstock, 24321 Hohwacht/Ostsee
Tel. 0 43 81 - 90 51 - 0, Fax 90 51 - 10, info@ostwind.com

Schullandheim im Nordschwarzwald

15 Autominuten von Baden-Baden entfernt liegt unser "Else-Stolz-Heim". Mit 41 Betten bietet es 36 Jugendlichen nebst Betreuern Platz und ist für Selbstversorger mit allem Komfort eingerichtet. In herrlicher Lage, mitten im Wald, nur 400 m von der Schwarzwaldhochstraße entfernt am Unterplättig, genießen Sie einen ungestörten Aufenthalt. Gute Wandermöglichkeiten bis auf über 1000 m Höhe (Badener Höhe) und im Winter Skisportmöglichkeiten. Lifte sind zu Fuß oder mit dem Bus erreichbar.

AWO Baden-Baden gGmbH Rheinstr. 164 76532 Baden-Baden
Tel. (0 72 21) 36 17-20 Fax (0 72 21) 36 17-50 www.awo-bb.de

Berlin, Berlin wir fahren nach Berlin!

SPORTJUGEND BERLIN

JUGENDHOTEL BERLIN
KOMPETENT - FAIR - FREUNDLICH

- Zentral gelegenes City-Hostel, U-Bhf. direkt vor der Tür, alle Sehenswürdigkeiten sind bequem und schnell erreichbar
- Spezialisiert auf Schulklassen, Fachgruppen, Sportvereine und Sportler, Ferienfreizeiten und junge Familien
- Alle Zimmer mit Bad / WC, Einzelzimmer für Begleiter und Busfahrer
- Preis pro Person im Dreibettzimmer inkl. Frühstück: ab 20,50 €
- Aufsichtsführende Lehrkräfte gratis im Einzelzimmer (20 : 1)

Einfach anrufen: 030 - 322 10 11
jugendhotel@sportjugend-berlin.de
www.sportjugendhotel-berlin.de
Kaiserdamm 3 • 14057 Berlin - Charlottenburg

Klassenfahrt Prag
inklusive Programm und Halbpension zum unschlagbaren Festpreis!

Hotel Luna: Idealer Ausgangspunkt; Sie wohnen in Apartments mit Du/WC, Sauna, Fitnesscenter, Hallenbad etc. finden Sie unweit. Im Hotel werden Sie deutschsprachig beraten und betreut.

abwechslungsreiches Programm bereits inklusive:
halbtägige jugendgerechte Stadtführung, Ausflüge nach Theresienstadt und in die Brauereistadt Pilsen bzw. zum Skodawerk/-museum Mlada Boleslav

Schnell Termin sichern und sparen: Schülereisen dienst GmbH - Telefon: 0 35 04/64 33-0
Fax: 0 35 04/64 33 77 -19 - E-Mail: info@schulfahrt.de

AGARIA TOURS
Fachveranstalter für Pragreisen

PRAHA

Prag? Nur mit uns!
Vor Ort Service:
Wir sind immer für Sie da.

Infos: 040 / 280 95 90 • www.agaria.de • prag@agaria.de

LONDON www.s-e-t.de
Tel: 0421-308820

S-E-T • Top-Hotels • Top-Programm • inkl. Oxford
Der Spezialist für Klassenfahrten England
• Shakespeare at the Globe

Schleswig-Holsteinische Gesellschaft für Einrichtungen der Jugendpflege e.V.

Kennen Sie uns schon?
Häuser und Zeltlager an Nord- und Ostsee für Ihre Klassenfahrten, Jugendbildungsreisen, Ferienfreizeiten, Chor- und Orchesterproben...

Rufen Sie uns an: 0431 / 82 460
Mehr Infos unter: www.shgej.de

Klassenfahrt

Reit- und Ponyhof
in Ostsee-Nähe mit Natur-Angeboten

Leistungen: 2 Reitstunden abwechselnd mit Ausritten u. Planwagenfahrten, 2 Fußballplätze, Volleyball- u. Basketballplatz, Spielwiese, Kletterbäume, Badensee mit Flößen, Fahrradverleih. Jede Klasse erhält eigenen Aufenthaltsraum. Kulturstätten: Kiel und Schleswig. Preis: 5 Tage VP inkl. Reiten 135 € / Schüler, 2 Freiplätze je Klasse.
Sonderpreis: 110 € vom 30. Oktober - 31. März
24361 Hof Kirchhorst, Tel 04356 / 99750, Fax 1413
www.hof-kirchhorst.de

Klassenfahrten Versailles
mit oder ohne Sprachkurs

ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
versailles@reichardt.eu, T: 06181 424830
www.reichardt.eu

Berlin hotel greifswald **Berlin**

Das freundliche Hotel in Prenzlauer Berg. Für Oberstufengruppen und Einzelreisende.
T: 030 4435283, www.hotel-greifswald.de

Klassenfahrten 2011
Freizeit Aktiv
KLASSENFAHRTEN • STUDIENREISEN

Amsterdam	3 x ÜF	ab 107,- €
London	4 x ÜF	ab 115,- €
Caorle/Venedig	4 x Ü	ab 91,- €
Gardasee	4 x Ü	ab 85,- €
Toskana	4 x Ü	ab 86,- €
Rom	4 x ÜF	ab 109,- €
Côte d'Azur	4 x Ü	ab 80,- €
Prag	3 x ÜF	ab 58,- €
Costa Brava	4 x Ü	ab 79,- €
Kroatien	4 x Ü	ab 69,- €
Ferienpark Nordsee	4 x Ü	ab 94,- €
Berlin	3 x ÜF	ab 82,- €

Alle Preise exkl. Anreise. Individuelle Anreisekosten a.A. Weitere interessante Ziele mit Bus-, Bahn- o. Low cost-Fluganreise Verlängerungstage möglich Attraktive Lehrer-Info-Reisen Bonus bei Buchung von 3 Klassen! je 25 Schüler 1 Freiplatz Behindertengerechte Unterkünfte!

Fordern Sie unseren Katalog 2011 an!
Freizeit Aktiv Studienreisen GmbH
Postfach 11 55 • D-64659 Alsbach
Fon: 0 62 57-9 98 19-0 • Fax: 9 98 19-25
info@freizeit-aktiv.de • www.freizeit-aktiv.de

Seit 1966

Friesland Charter

Gruppenfahrten auf traditionellen Segelschiffen
Auf IJsselmeer und Binnengewässer
8 bis 60 Personen
• Klassenfahrten
• Wochenendarrangements
Familie Koopmans
De Slinke 19, NL 9011 WV Jirnsum
Ruf 0031-566-631604
An Bord 0031-6-50681864
E-mail: info@frieslandcharter.nl
Internet: www.frieslandcharter.nl
Klipper DE HOOP****

5 Tage inkl. Programm zum Festpreis
(= ohne Zuschläge, unabhängig von Gruppengröße u. Schulort)

28.11.-02.12.2011, 05.12.-09.12.2011, 12.12.-16.12.2011, 09.01.-13.01.2012	119,- €
31.10.-04.11.2011, 07.11.-11.11.2011, 14.11.-18.11.2011, 21.11.-25.11.2011, 23.01.-27.01.2012	129,- €

oder 4****- Kongresshotel: komfortable Zimmer, Wellnessbereich, Bowling, Tennis nur 7 EUR Zuschlag pro Pers./Nacht!

www.schulfahrt.de

Diesmal

